



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Neben dem humanoiden Roboter Zenzi beteiligten sich an der Pressekonferenz zur Eröffnung der KOMMUNALE (v. l.): Eduard Heilmayr, Herausgeber Kommunale ITK, Christian Arnold von der NürnbergMesse, Gemeindegastpräsident Dr. Uwe Brandl sowie Dr. Franz Dirnberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied und Direktor des Bayerischen Gemeindetags. Bilder: NürnbergMesse

Jubiläums-KOMMUNALE in Nürnberg:

Vom Einmalprojekt zum Erfolgsgarant

Kongress des Bayerischen Gemeindetags
Ehrenpräsident Heribert Thallmair mit Kommunalpreis geehrt

Großer Anlass zur Freude: Mit deutlich mehr Ausstellern, wesentlich mehr Fläche und stabiler Besucherzahl ist die 10. KOMMUNALE im Messezentrum Nürnberg zu Ende gegangen. 1999 als einmaliger Event anlässlich der Jahrtausendwende geplant, hat sich Deutschlands größte Fachmesse für Kommunalbedarf zum Erfolgsprodukt entwickelt.

Über 4.000 kommunale Entscheider kamen, um sich an zwei Tagen bei 357 Ausstellern (2015: 313) zu informieren und im begleitenden Kongress des Bayerischen Gemeindetags über aktuelle Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik oder die Digitalisierung der Verwaltung zu diskutieren.

Viele zufriedene Besucherstimmen

„Die Kommunale 2017 ist wunderbar gelaufen. In den Hallen habe ich sehr viele zufriedene

Besucherstimmen gehört. Die Messegäste waren vom noch breiteren Fachangebot für Kommunalbedarf beeindruckt, das vom Parkscheinautomat über pfiffige IT-Lösungen für Kommunen bis hin zum innovativen Fugenausräumer reichte“, resümierte Christian Arnold, Abteilungsleiter Partner- und Publikumsveranstaltungen bei der NürnbergMesse, zufrieden. Auch die Kommunale-Aussteller seien begeistert gewesen. „Sie trafen besucherseitig auf über 93 Prozent Beschaffungsverantwortliche aus dem gesamten Bundesgebiet und lobten die hohe Gesprächsqualität an den Ständen“, so Arnold.

Bereits zum zweiten Mal fand die Kommunale in zwei Messehallen statt, um der stark gestiege-

nen Ausstellerzahl Platz zu bieten. Der Umzug in die Hallen 8 und 9 des Messezentrums Nürnberg wurde auch dieses Mal nochmals von Ausstellern und Besuchern gelobt. Mit einer Ausstellungsfläche von über 15.000 Quadratmetern war die Jubiläums-Kommunale ausgebucht.

Bundesweiter Anspruch

Die Messe wurde auch 2017 ihrem bundesweitem Anspruch gerecht, was sich im breiten Ausstellerportfolio widerspiegelte. Ob Kommunale IT, eGovernment, Energiewende, Kommunaltechnik, öffentliche Verwaltung oder Stadtplanung: Auf der diesjährigen Kommunale wurden alle relevanten Themenfelder abgebildet.

Fachforen

Auch die beliebten Ausstellerfachforen, mitten im Messegeschehen platziert, boten ein Potpourri an spannenden Zukunftsthemen für Städte und Gemeinden. Experten aus Fachverlagen,

Verbänden, Kanzleien, Hochschulen und Behörden vermittelten den Fachbesuchern kompaktes, praxisorientiertes Fachwissen im 30-Minuten-Takt.

Die Themenvielfalt reichte dabei von kommunalem Infrastruktur-Management über Beleuchtungsplanung und Porto-Optimierung bis hin zu Strategien für den Straßenerhalt in Kommunen. Vorträge über kommunale Apps und Livestreams, digitales Parkraumwirtschaftsmanagement und der Einsatz von Drohnen zu Datenerhebungszwecken vervollständigten das umfangreiche Programm.

Kommunaler IT-Profi

Premiere auf der Kommunale feierte die Verleihung des Preises „Kommunaler IT-Profi“, die im Rahmen des IT-Talks der Kommunen stattfand. Beiträge zu den Themen Digitale Archivierung, Prozessdigitalisierung sowie mo-



Dr. Uwe Brandl.

derne Stadtentwicklungsinstrumente standen auf der Agenda.

Kongress des Bayerischen Gemeindetags

Ebenfalls sehr erfolgreich ging der begleitende Kongress des Bayerischen Gemeindetags zu Ende. Zahlreiche Bürgermeister, renommierte Politiker und Experten, u. a. auch aus Frankreich und Belgien, gaben sich hier die Klinke in die Hand und diskutierten über bundesweit relevante Kommunalthemen.

So wurden beispielsweise im Forum „Interkommunale Zusammenarbeit – Chancen, Hürden und Lösungen aus der Praxis“ nach einem allgemeinen Überblick zu den Chancen und Herausforderungen der Interkommunalität Beispiele aus unterschiedlichsten Bereichen wie etwa Bauhoforganisation, Standesamtswesen, allgemeine Verwaltung, Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung vorgestellt.

Kommunale Finanzthemen im Fokus

Im Forum „Geldanlage in Zeiten der Niedrigzinsphase: Rahmen-Strategien-Herausforderungen“ ging es wiederum um das aktuelle Marktgeschehen in Zeiten von Niedrigzins und Verwahrntentgelten. Zudem wurde ein Ausblick auf die weitere Entwicklung gegeben. Weiteres Thema war (Fortsetzung auf Seite 5)

GZ-BreitbandForum am 9. 11.

Tagungsort: ESKARA Arena Essenbach

Am 9. November 2017 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 5. Bayerischen Breitbandforum in die ESKARA Arena in Essenbach bei Landshut ein. Ziel ist es, den Fachbesuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Tempo aufnehmen!

Für eine möglichst kurze politische Findungsphase nach der Bundestagswahl hat sich der Deutsche Landkreistag bei seiner Präsidiumssitzung in Freiburg ausgesprochen. Laut Präsident Landrat Reinhard Sager duldet der politische Gestaltungsauftrag keinen Aufschub.

In der neuen Legislaturperiode müsse es ganz wesentlich darum gehen, die ländlichen Räume als Orte des Lebens und Arbeitens voranzubringen: Dazu zählen nach Auffassung des DLT tatkräftige wie gestaltungsstarke Landkreise und Gemeinden, um Entwicklungs- und Veränderungsprozesse betreiben zu können. Wesentlich hierfür sei eine ausreichende Finanzausstattung.

Flexibilisierung von Angeboten, den Ausbau des schnellen Internets, um die Sicherstellung des Öffentlichen Nahverkehrs auf Straße und Schiene auch in entlegeneren Gebieten, um attraktives Wohnen, eine flächendeckende medizinische Versorgung und passende Förderanreize bei Unternehmensansiedlungen.

Wesentlich sei hierbei die Frage der Digitalisierung, wobei den Basisinfrastrukturen Breitband und Mobilfunk besondere Auf-

Mitgestaltung und Wohlstand als Schutz gegen Verunsicherung und Unzufriedenheit

Wichtig ist es Sager zufolge, die Kommunen in die Lage zu versetzen, maßgebliche Zukunftsinvestitionen etwa im Zusammenhang mit Bildung, Digitalisierung oder Mobilität zu betreiben: „Mitgestaltung und Wohlstand sind zudem das beste Mittel gegen Verunsicherung, Unzufriedenheit oder das Gefühl des Abgehängtseins in einigen Teilen der Bevölkerung. Die Bundestagswahl hat uns mehr als bewusst gemacht, dass hier viel Engagement notwendig ist.“

Landkreise als Wirtschaftsstandorte voranbringen

Es gehe darum, die Landkreise als Wirtschaftsstandorte voranzubringen, um Digitalisierung und



Elektromobilität ist ein Megathema. Ob den Elektroautos aber wirklich die Zukunft gehört, wird sich erst noch erweisen. Der Bürgermeister möchte gerne zu den Innovativen gehören und lässt das Städtchen mit Ladeinfrastruktur ausstatten. S. 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Freude über die künftige Kooperation zwischen dem Energieforum der Bayerischen Gemeindezeitung und den bayerischen Energieagenturen am Rande der KOMMUNALE. Von links: Stefan Drexmeier (Energiewende Oberland), Theresa und Constanze von Hassel sowie Energieagenturen-Vorsitzender Ludwig Friedl (Energieagentur Regensburg).

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kommunalwahlrecht in der Diskussion	2
Ausbau weiterer barrierefreier Bahnhöfe	2
GZ-Kolumne Gabriele Bauer:	
Integrationsmanagement noch im Entwicklungsstadium	3
Tagung der bayerischen Krankenhausdirektoren	3
Verbesserungen für Menschen mit Behinderung	3
Ersthelfer-Leitfaden für Ehrenamtliche	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Finanzthemen	5 - 10
Wasser · Abwasser	11 / 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Expertenanhörung im Landtag:

Kommunalwahlrecht in der Diskussion

Eine Reform des Kommunalwahlrechts in Bayern ist nicht notwendig bzw. nicht empfehlenswert. Zu diesem Ergebnis kommt die Mehrheit der Experten die in der vergangenen Woche im Kommunalausschuss des Landtags zu einem Antrag der CSU-Fraktion gehört wurden. Diese hatte sich dafür ausgesprochen, die Sitze in den Gemeinde- und Stadträten sowie den Kreistagen wieder nach dem sogenannten d'Hondt-Verfahren zuzuteilen.

Seit den Kommunalwahlen 2013 wird in Bayern das Hare-Niemeyer-Verfahren bei der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien angewandt. Dieses und auch das d'Hondt-Verfahren führten immer wieder zu Ungenauigkeiten, urteilten die Wissenschaftler in ihrem Gutachten.

Immer wieder Ungenauigkeiten

Für den Mathematiker Johannes Grabmeier von der Technischen Hochschule Deggendorf sei d'Hondt nicht mehr demokratisch zu verantworten weil es das Wahlergebnis zulasten der kleineren Parteien verzerrt. Aber auch Hare-Niemeyer habe Defizite und führe immer wieder zu Ungenauigkeiten, die jedoch nicht so gravierend seien. Diese Meinung teilte der Politikwissenschaftler Manuel Kronschnabel, für den das derzeit angewandte Verfahren mancherorts zu „paradoxen Ergebnissen“ führt.

Für Matthias Rossi, Professor an der Universität Augsburg beinträchtigt das von der CSU gewünschte Auszählungsverfahren

die Chancengleichheit der Parteien stark.

Favorit: Verfahren Sainte-Laguë/Schepers

Die von der CSU-Fraktion angeführte Begründung, mit der Rückkehr zu d'Hondt könne man eine Zersplitterung kommunaler Gremien verhindern und deren Arbeitsfähigkeit sichern, rechtfertige nicht den Wechsel von einem bewährten System zu einem anderen.

Im Ergebnis bevorzugten die meisten Experten ein drittes Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers, das seit 2008 bei Bundestagswahlen eingesetzt wird. Dabei werde kaufmännisch auf- und abgerundet, was jede Partei gleichermaßen treffen könne. Dieses Verfahren gewinne bei der Genauigkeit immer, sagte Grabmeier.

Die Argumentation des Ausschussvorsitzenden Dr. Florian Herrmann (CSU), mit der Rückkehr zu d'Hondt der Zersplitterung von Kommunalparlamenten entgegenzuwirken, wollte die Opposition nicht gelten lassen.

Ausbau weiterer barrierefreier Bahnhöfe

Für Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann bleibt der barrierefreie Ausbau von Bahnstationen in Bayern ein wichtiges Thema. In diesem Zusammenhang begrüßte er die Entscheidung des Bundes zum barrierefreien Ausbau von vier zusätzlichen Bahnhöfen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms.

Im Einzelnen handelt es sich um die Bahnstationen Siegersdorf, Zirndorf und Emskirchen in Mittelfranken sowie die S-Bahnstation Ebenhausen-Schäftlarn in Oberbayern, die vom Bundesverkehrsministerium jüngst in den „Planungsvorrat Barrierefreiheit“ aufgenommen wurden. Dieser stelle ein separates Programm zum barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen mit weniger als 1.000 Ein- und Aussteigern dar.

Zudem werde dadurch auch ein Planungsvorrat zur Umsetzung von Elementen der Barrierefreiheit an einzelnen Bahnstationen innerhalb zukünftiger Sonderprogramme des Bundes finanziert, erläuterte Herrmann. Mit den vier Nachrückern erhöhe sich

die Zahl der zum Zuge gekommenen Verkehrsstationen auf insgesamt 30.

Aktionsprogramm für barrierefreie Stationsinfrastruktur

Nach Ansicht des Verkehrsministers erweitern die vier neu aufgenommenen Bahnstationen, an denen derzeit an Werktagen ca. 6.100 Fahrgäste ein- und aussteigen, auch das bayerische Aktionsprogramm für barrierefreie Stationsinfrastruktur 2021 (BABS 21). Dadurch soll erreicht werden, dass bis 2021 mehr als 80% aller Reisenden im Bahnland Bayern barrierefrei ein-, aus- und umsteigen können. **rm**

Der Regensburger Grünen-Abgeordnete Jürgen Mistol unterstellte, dass die CSU ihren eigenen Vorteil im Blick habe. Durch eine Änderung des Sitzverteilungsverfahrens in den kommunalen Gremien könne man populistische Parteien jedenfalls nicht aufhalten.

Bayerischer Landtag:

Bürgerpreise für interreligiösen Dialog

„Mein Glaube. Dein Glaube. Kein Glaube. – Unser Land! Bürgerschaftliches Engagement und weltanschaulicher Diskurs für eine Gesellschaft des Respekts und der Verständigung“ lautete das Motto des mit insgesamt 50.000 Euro dotierten Bürgerpreises, der von Landtagspräsidentin Barbara Stamm bei einem Festakt im Maximilianeum an sechs Gruppierungen vergeben wurde.

Der erste Preis ging an die Eugen-Biser-Stiftung (12.000 Euro). Seit 2002 engagiert sich die Stiftung für einen „Dialog aus christlichem Ursprung“ und ein friedliches Miteinander verschiedener Glaubensrichtungen. Mit wissenschaftlichen Projekten einerseits und vielfältigen Veranstaltungsformaten insbesondere auch für Jugendliche andererseits leistet die Stiftung einen wichtigen Beitrag für ein friedliches Zusammenleben in einer pluralen, freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Die Jury zeigte sich insbesondere beeindruckt von der Vielfalt, der Einbindung aller Generationen und dem langen Atem bei der Durchführung der nachhaltigen Projekte.

Dauerhafte Begegnungsstätte

Mit dem zweiten Preis bedacht wurden zu gleichen Teilen (je 9.000 Euro) das „Zelt der Religionen“ in Bamberg und der Interreligiöse Gesprächskreis Würzburg. Das „Zelt der Religionen“ entstand im Rahmen der Landesgartenschau und entwickelte sich anschließend durch das Engagement von Bamberger Christen, Juden und Muslimen zu einer dauerhaften Begegnungsstätte für den interreligiösen Dialog. Der Interreligiöse Gesprächskreis Würzburg ist bereits seit 1996 ein Ort der Begegnung. Bei regelmäßigen Gesprächstreffen in wechselnden Gemeinden lernen die Teilnehmer ihre jeweiligen religiösen und kulturellen Hintergründe kennen. Regelmäßig finden auch größere gemeinsame Veranstaltungen wie „Gebete der Religionen“ statt.

Interkulturelle Integrationsprojekte

Der dritte Preis (je 7.500 Euro) wurde ebenfalls geteilt zwischen dem Eitz-Chaim-Schulpokal und einem interkulturellen Integrationsprojekt mit russisch-sprachigen Christen, Juden und Muslimen. Der Schulpokal „Eitz-Chaim“ (hebräisch: Baum des Lebens) wird von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Franken vergeben und wandert seit einigen Jahren von Schule zu Schule. Dabei ist er nicht Anerkennung für bereits Geleistetes, sondern Ansporn für das vorausliegende Schuljahr. Die Schülerinnen und Schüler führen verschiedenste Projekte durch, in denen es um die Verständigung der Religionen geht.

Das Interkulturelle Integrationsprojekt der SinN-Stiftung bringt in einem sozialen Brennpunkt Nürnbergs russisch-sprachige Menschen unterschiedlichen Glaubens zusammen, deren Zusammenleben bislang oft von Unwissenheit und religiöser Intoleranz geprägt war.

Mit einem Sonderpreis der Jury (5.000 Euro) wurde die Freunde Abrahams e.V. – Gesellschaft für religionsgeschichtliche Forschung und interreligiösen Dialog ausgezeichnet. Der Verein be-

Als Reaktion auf die Anhörung, die auf Vorschlag der Grünen-Fraktion stattfand, sprach sich der CSU-Abgeordnete Andreas Lorenz für Sainte Laguë/Schepers aus. Eine Entscheidung, wie es künftig weitergeht, wurde in der Sitzung nicht getroffen. **rm**

müht sich seit 2001 durch wissenschaftliche Beschäftigung mit Religionsgeschichte, die gemeinsamen Wurzeln der Glaubensvorstellungen von Christen, Juden und Muslimen freizulegen. Die Themen reichen von der Geschichte bis zu aktuellen Fragen der Gegenwart, vom Alten Orient bis zum Alltagsgeschehen im Europa des 21. Jahrhunderts.

Dialog zwischen den Religionen

Wie Landtagspräsidentin Barbara Stamm betonte, sei es gerade in schwierigen Zeiten von ehrenamtlich tätigen Bürgern so mutig wie notwendig, auch schwierige Themen anzugehen. Der Beirat des Bürgerpreises habe sich sehr bewusst für das The-

Interpellation zum Schulsport im Landtag:

Mehr Bewegung im Interesse der Gesundheit

Die Freien Wähler fordern mehr Sportunterricht an Bayerns Schulen. Dafür soll die Staatsregierung dem Schulsport, der gegenwärtig nicht oben auf ihrer bildungspolitischen Prioritätenliste stehe, größere Bedeutung beimessen. Dies erklärte der bildungspolitische Sprecher der FW-Landtagsfraktion, Michael Piazzolo, in einer Landtagsdebatte zur Antwort der Staatsregierung auf eine Interpellation seiner Fraktion zum Thema „Bewegtes Lernen 2020“.

Für den FW-Abgeordneten ist Sport in der Schule das einzige Bewegungsfach. Er fördere Konzentration und Koordination und beuge Übergewicht vor. Piazzolo forderte die Einführung einer dritten Sportstunde für Erstklässler sowie mehr Schwimmunterricht in der Grundschule. In den Jahrgangsstufen zwei bis vier sei diese bereits Pflicht, jedoch nicht in der schwierigen Übergangsstufe vom „Spielkind“ im Kindergarten zum „Sitzkind“ an den Schulen. Darüber hinaus sollten bis spätestens zur sechsten Klasse alle Schüler das Jugendschwimmabzeichen Bronze haben. Hierbei gehe es nicht nur um Bewegung, sondern auch um die Fähigkeit zur Rettung des eigenen Lebens. Vor allem an den Grundschulen müssten mehr ausgebildete Sportlehrer unterrichten. Zur Umsetzung seiner Forderungen seien 163 zusätzliche Lehrstellen erforderlich, erläuterte Piazzolo.

Zahlreiche ergänzende Angebote

Der bildungspolitische Sprecher der CSU-Fraktion, Gerhard Waschler, wies die Kritik Piazzolos zurück. Schulsport beschränke sich nicht auf den Stundenplan. Bewegung sei wichtig, egal ob im pflichtmäßigen Schulsport oder im freiwilligen Wahlkurs der Ganztageschule. Waschler verwies auf zahlreiche ergänzende Angebote wie „Sport nach 1“ oder „Voll in Form“, die in vielen Schulen zum Programm gehörten. Zudem bestünden mehrere Ganztagesangebote aus sportlichen Betätigungen. Wer zusätzlichen regulären Sportunterricht einführen wolle, müsse wissen,

Elektromobilität weiter voranbringen

Förderprogramm für Ladesäulen erfolgreich gestartet

Die Bayerische Staatsregierung will der Elektromobilität neuen Schwung verleihen. Hierzu hat Wirtschaftsministerin Ilse Aigner Mitte Oktober die ersten Förderbescheide zum Ausbau der Ladeinfrastruktur in Bayern vergeben. Für sie stellt das Bayerische Förderprogramm für Ladesäulen lediglich einen Baustein zur Unterstützung der Elektromobilität dar.

Laut Aigner sind bisher insgesamt 230 Anträge mit einem Volumen von rund 2,3 Millionen Euro in ihrem Ministerium eingegangen. Damit werden Gesamtinvestitionen von ca. 6,7 Millionen Euro ausgelöst. Bis 2020 beabsichtige der Freistaat die Errichtung von 7.000 öffentlich zugänglichen Ladesäulen. Davon würden jetzt 450 verteilt über ganz Bayern aufgebaut. Neben der ausgewogenen regionalen Verteilung wies die Ministerin auch noch auf den breiten Antragsstellerkreis hin. Dazu gehörten Energieversorger ebenso wie Bildungseinrichtungen, Kommunen und die katholische Kirche.

Bei der Ladeinfrastruktur gehe es nicht nur um die Anzahl der Ladesäulen, sondern auch um die Frage der nächsten freien Lademöglichkeit. Deswegen habe ihr Ministerium den Ladeatlas Bayern entwickelt, der dem Nutzer auf dem Smartphone den Weg zur nächsten freien Ladesäule aufzeige, erklärte Aigner. Zudem sei die „Kompetenzstelle eMobilität“ geschaffen worden um den Kommunen, den staatlichen Einrichtungen sowie den Unternehmen als zentraler Ansprechpartner für alle Fragen zur Elektromobilität zur Verfügung zu stehen. Darüber hinaus investiere der Freistaat gezielt in die Forschung und Entwicklung innovativer Antriebstechnologien. **rm**

ma des Dialogs zwischen den Religionen entschieden. „Die Würde des Anderen sollte im Mittelpunkt stehen. Es gibt bei uns keine Staatsreligion, es herrscht Religionsfreiheit. Und die kann es nur geben, wenn jeder den jeweils anderen Glauben respektiert und auch akzeptiert“, unterstrich Stamm. **DK**

Instagram-Kanal @wirfeiernbayern zum Jubiläumsjahr

Staatskanzleichef Huber: „Zeigen Sie uns Ihr Bayern!“

Nunmehr ist der Instagram-Kanal zum Jubiläumsjahr 2018 WIR FEIERN BAYERN live geschaltet und unter <https://www.instagram.com/wirfeiernbayern/> zu erreichen.

Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber betonte zum Start: „Das Jubiläumsjahr 2018 steht unter dem Motto WIR FEIERN BAYERN, weil wir die Menschen in Bayern motivieren wollen, mitzumachen und sich einzubringen. Dafür gibt es verschiedene Wege und Aktionen – ab sofort auch den offiziellen Instagram-Kanal zum Jubiläumsjahr. Unter @wirfeiernbayern kann ab jetzt jeder auf Instagram sein Bild von Bayern posten. Zeigen Sie uns Ihr Bayern. Ob Landschaft oder Stadtleben, ob Menschen, Tiere, Augenblicke oder Fundstücke – Ihr persönlicher Eindruck zählt.“

Der Freistaat aus verschiedenen Blickwinkeln

Der Instagram-Kanal @wirfeiernbayern soll den Freistaat im Jubiläumsjahr 2018 aus verschiedenen Blickwinkeln zeigen, vom „typisch Bayerischen“ bis „Bayern unexpected“. Er ergänzt die bestehenden Social-Media-Angebote der Bayerischen Staatskanzlei wie z.B. die „Unser Bayern“-Fanpage auf Facebook und ist eines von vielen Mitmach-Angeboten im Jubiläumsjahr 2018 WIR FEIERN BAYERN. Informationen zum Jubiläumsjahr sind auf der Webseite der Bayerischen Staatskanzlei zu finden unter <http://www.bayern.de/freistaat/jubilaeumsjahr2018/>. Am 8. November 2017 wird außerdem die Jubiläumswebseite www.wir-feiern.bayern online gehen und einen Gesamtüberblick zu allen Jubiläumsaktivitäten in Bayern geben. **□**

stärkte Förderung von Projekten zur Sport, Bewegungs- und Gesundheitserziehung an den Schulen an. Zu deren Umsetzung leistete der Freistaat über erhöhte Fördersätze einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Sportinfrastruktur. So habe man u.a. die Bestandsschutzgarantien bei der Generalsanierung von schulisch genutzten Schwimmbädern, Sporthallen und Außensportanlagen erweitert. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Klein
63925 Loudenbach
am 2.11.

Bürgermeister Manfred Kössel
87637 Eisenberg
am 3.11.

Bürgermeister Karl Fleschhut
87787 Wolfertschwenden
am 4.11.

Bürgermeister Emil Sebald
97633 Großbeilstadt
am 7.11.

Bürgermeister Norbert Strahllechner
83536 Gars am Inn
am 30.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Baumgartner
84494 Neumarkt St. Veith
am 6.11.

Bürgermeister Jakob Eglseider
83624 Otterfing
am 26.10.

Bürgermeister Johann Aumeier
93468 Miltach
am 27.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Irmgard Sauerer
93179 Brennbrennberg
am 4.11.

Bürgermeister Karl Hörmann
86456 Gablingen
am 29.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Grundner
84405 Dorfen
am 1.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jochen Vogel
97786 Motten
am 24.10.

Bürgermeister Franz Rasp
83471 Berchtesgaden
am 28.10.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Tagung der bayerischen Krankenhausdirektoren in Bad Wörishofen:

Mehr Spielraum für Investitionen

Ein hervorragendes Forum für Führungskräfte und Entscheider bot einmal mehr die diesjährige Tagung der bayerischen Krankenhausdirektoren in Bad Wörishofen. Das Programm wartete mit einem informativen Querschnitt aktueller Themen auf: von der Gesundheitspolitik über Pflegepersonaluntergrenzen bis IT-Sicherheit und von Datenschutz bis Tarifrecht. Veranstalter waren die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) und die VKD-Landesgruppe Bayern.

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml verwies darauf, dass der Freistaat Bayern verlässlicher Partner der Krankenhäuser ist. Finanzministerium und kommunale Spitzenverbände hätten nunmehr eine Anhebung des Krankenhausförderetats für 2018 um 140 Millionen Euro auf rund 643 Millionen beschlossen. Dies sei ein starkes gesundheitspolitisches Signal für die Krankenhäuser, vor allem aber auch für die Patienten in Bayern und schaffe zusätzliche finanziellen Spielraum für notwendige Investitionen.

„Klar ist: Wir brauchen auch in Zukunft ausreichend Finanzmittel für die Modernisierung unserer bayerischen Krankenhäuser“, fuhr Huml fort. Nur mit zeitgemäßen Gebäuden und einer modernen Infrastruktur in den Kliniken könnten die qualitativ hochwertige und flächendeckende stationäre Versorgung der Menschen im Freistaat aufrechterhalten und die Herausforderungen des medizinischen Fortschritts bewältigt werden.

Auch hat sich die Ministerin zum Ziel gesetzt, die IT-Sicherheit in den bayerischen Krankenhäusern weiter zu verbessern: „Patientendaten sind äußerst sensible Daten von einem Menschen. Der Schutz der IT-Systeme für alle Krankenhäuser muss daher mit hoher Priorität vorangebracht werden.“

Sektorenübergreifende Patientenbehandlung

Krankenhäuser, Ärzte, Zahnärzte und Krankenkassen gründen Arbeitsgemeinschaft zur Qualitätssicherung

Krankenhäuser, Ärzte, Zahnärzte und Krankenkassen gehen in Bayern bei der Qualitätssicherung in der Patientenbehandlung neue Wege. Erstmals wird die Qualität von Behandlungen in einem einheitlichen gemeinsamen Verfahren dokumentiert und ausgewertet. Dazu gründeten die vier Vertragspartner eine Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) zur sektorenübergreifenden Qualitätssicherung.

In jedem der Versorgungsbereiche, ob stationäre Behandlung in der Klinik oder ambulant in der Arztpraxis, bestehen seit Jahren unterschiedliche Verfahren der Qualitätssicherung. Mit dem neu geschaffenen „sektorenübergreifenden“ System sollen für bestimmte Behandlungen, die sowohl ambulant als auch stationär durchgeführt werden, einheitliche Regeln für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser gelten. Dies beginnt bei der Dokumentation der Behandlungsdaten und geht über eine gemeinsame Auswertung bis hin zur Beurteilung von Auffälligkeiten. Eine mit Experten besetzte Fachkommission empfiehlt dann im Einzelfall einem gemeinsamen Lenkungsgremium Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung. Patientenvertreter nehmen an den Beratungen ebenfalls teil.

Schrittweise Einführung

Das sektorenübergreifende System wird schrittweise eingeführt. Den Anfang macht man mit der „Percutanen Coronaren Intervention“ (PCI), einer Untersuchung, bei der verengte oder verschlossene Herzkranzgefäße mittels eines Katheters erweitert werden.

Künftig sollen auch zahnärztliche Behandlungen in das gemeinsame System integriert werden. Die Vorgaben liefert bundesweit der Gemeinsame Bundesausschuss, der für Kliniken, Ärzte und Krankenkassen dazu ver-

weit über den akzeptablen Rahmen hinaus. Vor allem gelte dies für starre Vorgaben im Nachdienst.

Wie Reumann betonte, sei der Personalbedarf nicht schematisch festlegbar, sondern vielmehr abhängig von den Erkrankungen und dem Alter der Patienten, dem Personalmix und den baulichen Bedingungen in den Häusern. Außerdem müssten derartige Vorgaben die Alltagsprobleme des Personaleinsatzes wie Ausfall durch Krankheiten und vorübergehende Vakanz berücksichtigen.

Auch sei zu berücksichtigen, dass die Arbeitsmärkte für Pflegekräfte leer gefegt sind. Objektiv Unmögliches dürfe von den Krankenhäusern nicht verlangt werden, sei doch die Patientenversorgung gefährdet, wenn Klinikabteilungen oder Stationen geschlossen werden müssten.

Aufgrund der Personalnot belastet das Arbeiten im Krankenhaus extrem, die Krankheitsquote vor allem bei psychischen Erkrankungen ist überdurchschnittlich hoch. „Die Arbeitgeber müssen endlich Verantwortung übernehmen“, forderte Sylvia Bühler, im ver.di-Bundesvorstand zuständig für das Gesundheitswesen. Die Arbeit müsse so organisiert werden, dass die Gesundheit der Beschäftigten nicht gefährdet wird.

Am Rande der Tagung demonstrierten mehrere hundert Pflegekräfte für mehr Personal in den Krankenhäusern. Die Gewerkschaft ver.di hatte zu der Demo aufgerufen. Nach deren Erhebungen fehlen in bayerischen Kliniken bis zu 21.000 Stellen, 10.000 allein in der Pflege. Neben Bad Wörishofen fanden auch in Augsburg, Günzburg, Dachau und Bamberg Protestaktionen statt. Zudem streikten an der Kreisklinik Günzburg-Krumbach und am Augsburger Klinikum die Pflegekräfte. DK

Um die Krankenhäuser zu unterstützen, beabsichtige die Bayerische Staatsregierung, im Rahmen der Initiative „Bayern digital II“ ein Projekt zum Thema „Smart Hospital“ zu initiieren. Ziel soll sein, ab 2018 zunächst Erkenntnisse über den Stand der IT-Ausstattung und IT-Anwendung insbesondere im Bereich der Sicherheitstechnik in den bayerischen Krankenhäusern zu gewinnen und daraus konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Risiken durch Cyber-Attacken

Huml warnte: „Die Risiken durch Cyber-Attacken dürfen nicht unterschätzt werden. Denn selbstverständlich nutzen auch Krankenhäuser digitale Medien längst zur internen und externen Kommunikation. Klar ist zudem: Bei einem Krankenhausaufenthalt entstehen sehr sensible und persönliche Daten – zum Beispiel Diagnosen, Untersuchungsergebnisse und Therapieempfehlungen. Auch deshalb ist es Aufgabe der Krankenhäuser, ausreichend Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.“

Landrat Thomas Reumann, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Berlin, kritisierte die von Koalition und Ländern geplante Einführung von Anhaltzahlen für die Personalbesetzung in der Pflege. Diese gehe

bindliche Richtlinien beschließt.

Neutraler Vorsitzender

Der Gründung der bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft in Bayern gingen intensive Verhandlungen voraus. Zahlreiche organisatorische, personelle und technische Details mussten geklärt werden. Bei der Gründungsversammlung einigte man sich auch auf einen neutralen Vorsitzenden, der dem Lenkungsgremium der LAG vorstehen wird.

Mit Dr. Gerhard Knorr, dem ehemaligen Abteilungsleiter der Krankenhausabteilung beim Bayerischen Gesundheitsministerium und aktuellem Vorsitzenden des Landesausschusses Ärzte/Krankenkassen in Bayern, gewann man für diese Position einen erfahrenen Kenner des bayerischen Gesundheitswesens.

Handlungsfähigkeit sichergestellt

Bayern ist eines der ersten Bundesländer, dem es gelungen ist, die Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses termingerecht umzusetzen und damit die Handlungsfähigkeit der gemeinsamen Selbstverwaltung zu beweisen. Bis Ende 2018 will man nun erste Erfahrungen sammeln und dann die geschaffenen Strukturen einer Prüfung unterziehen, um diese ggf. weiterzuentwickeln, so die Präambel des Gründungsvertrages. □

GZ

Kolumne
Gabriele Bauer

Liebe Leserinnen und Leser,

was bleibt zwei Jahre nach den großen Flüchtlingsströmen? Es gibt sie noch, die ehrenamtlichen Helfer, die Paten, die jeden Tag ihr Bestes geben für die Geflüchteten in unserer Stadt. Doch die Themen haben sich verändert. Jetzt geht es nicht mehr darum, die ersten Dinge des Alltags zu erledigen. Jetzt geht es darum, die Integrationsleistung tatsächlich zu bewältigen. Im Fokus stehen dabei nicht nur Flüchtlinge. Es geht auch um große Zuwanderungsgruppen aus südosteuropäischen EU-Ländern.

Die harte Realität dabei ist: Nicht jeder Bedarf – und sei er auch noch so berechtigt oder ge-

Integrationsmanagement noch im Entwicklungsstadium

wünscht – kann befriedigt werden. Das mag frustrieren. Aber es geht nicht anders. Auch in der Integrationspolitik sind die Mittel begrenzt. Vor diesem Hintergrund müssen Integrationsmaßnahmen so effizient wie möglich eingesetzt werden. Das wirksamste Mittel ist Bildung.

Diesen Zusammenhang sieht auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und finanziert allein in Bayern derzeit rund 80 „Bildungskoordinatoren für Neuzugewanderte“ in Landkreisen und kreisfreien Städten – auch in Rosenheim. Für die Verlängerung dieser Förderung um weitere zwei Jahre sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt. Ihre Aufgabe: Bildungsangebote für Neuzugewanderte in einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft zu steuern, um so Zugänge zu Bildungsangeboten zu verbessern und Angebotslücken zu schließen.

Wie kann das funktionieren? Wichtig in Rosenheim war im ersten Schritt eine umfassende Analyse der Angebotsstruktur, der Bildungsbelegung sowie der Bildungserfolge von Neuzugewanderten. Die Ergebnisse wurden im ersten Rosenheimer Bildungsbericht „Integration durch Bildung“



veröffentlicht. Außerdem konnten im vergangenen Jahr gute Kooperationsstrukturen entwickelt werden. Bei inzwischen zwei Rosenheimer Bildungsforen diskutierte eine breite Öffentlichkeit über die Themen Zuwanderung und Gesellschaft.

Der Bildungsbericht zeigt an vielen Stellen Ansatzpunkte für kommunales Handeln. Dabei geht es um Qualitätsmanagement, etwa in Kindertagesstätten, um Standardisierung von Prozessen, zum Beispiel bei der Kooperation mit den allgemeinen und beruflichen Schulen. Es geht auch um Transparenz und kultursensible Öffentlichkeitsarbeit, um interkulturelle Öffnung und Qualifizierung in den Betrieben, in den Schulen, Vereinen und auch der Stadtverwaltung. Schritte, die richtig und wichtig sind und vieles verbessern.

Parallel dazu ist es allerdings notwendig, dass von Beginn an Informationen über sprachliche Kompetenzen, Bildungsbiographien oder berufliche Qualifikationen vorliegen. Nur so können passgenaue Bildungsangebote wie Sprach- oder Orientierungskurse bereitgestellt werden – nicht erst bei der Arbeitsvermittlung.

Viele Probleme allerdings bleiben: Wie kann Integration kommunal gesteuert werden, wenn solche wichtige Informationen über Neuzugewanderte nicht zur Verfügung stehen? Wie können Informationen und Ressourcen an zentraler Stelle so gebündelt werden, dass eine aktive Niederlassungsbegleitung in den Kommunen gewährleistet werden kann?

Integration ist ein Angebot, aber auch eine Verpflichtung zu eigener Anstrengung.

Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ muss klar sein, dass Integration nur gelingen kann, wenn unsere offene, demokratische und pluralistische Werteordnung anerkannt und respektiert und unsere Sprache erlernt wird. Wer sich dieser Integration verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen.

Das Integrationsmanagement steht erst am Anfang. Fest steht nur, dass es in diesen Fragen keine kommunalen Insellösungen geben darf.

Ihre Gabriele Bauer

Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim
Stv. KPV-Landesvorsitzende

Bayerisches Teilhabegesetz

Sozialministerin Müller: „Bayern setzt sich für Verbesserungen bei Menschen mit Behinderung ein“

„Bayern setzt sich umfassend für die Verbesserung von Menschen mit Behinderung ein. Das Bundesteilhabegesetz ist eine der größten Sozialreformen der vergangenen Jahrzehnte. Sie wurde aus Bayern angestoßen. Mit dem Bundesheilhabegesetz ermöglichen wir Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmteres Leben. Unterstützungsangebote werden zukünftig nicht mehr über die Sozialhilfe gewährt. Stattdessen wurde für Menschen mit Behinderung ein eigenständiges Recht auf Leistungen geschaffen“, so Bayerns Sozialministerin Emilia Müller anlässlich der ersten Lesung des Gesetzes zur landesrechtlichen Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Bayerischen Landtag.

„Das Bundesteilhabegesetz ist ein weiterer Meilenstein bei den Verbesserungen, die wir jüngst für Menschen mit Behinderung auf den Weg gebracht haben. Zudem wollen wir Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei machen, wir führen ein Sehbehindertengeld ein und wir investieren kräftig, damit auch Menschen mit Behinderung die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt“, so die Ministerin.

Menschen mit Behinderung erhalten in Bayern künftig ihre Leistungen aus einer Hand. Die Bezirke stehen als Ansprechpartner für alle Belange bereit. Damit gehört die Diskussion um Zuständigkeiten der Vergangenheit an. „Im Mittelpunkt steht der Mensch mit Behinderung und seine Bedürfnisse“, so Müller weiter. Die Bezirke werden damit gleichzeitig für die Eingliederungshilfe, die Hilfe zur Pflege und die Leistungen, die zur Sicherung des Lebensunterhalts dienen, zuständig sein.

Bayern nutzt seinen landesgesetzlichen Spielraum aber auch, um Menschen mit Behinderung bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu geben. So soll

das sogenannte „Budget für Arbeit“ in Bayern um 20 Prozent besser ausgestattet werden als vom Bund vorgesehen. Dieses Budget entlastet Arbeitgeber, die einen Menschen mit Behinderung anstellen. Sie erhalten einen finanziellen Ausgleich z.B. für einen höheren Betreuungsaufwand am Arbeitsplatz. „Damit schaffen wir eine für Arbeitgeber attraktive Finanzierung“, so die Ministerin.

Bayern hat mit seiner Initiative für das Bundesteilhabegesetz eine der größten Sozialreformen der vergangenen Jahrzehnte angestoßen. In den Verhandlungen hat sich der Freistaat für die Verbesserung der Belange von Menschen mit Behinderung eingesetzt, ohne jedoch gleichzeitig die Kommunalfinanzen aus den Augen zu verlieren. Das Gesetz zur landesrechtlichen Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wurde im Rahmen eines umfassenden Beteiligungsprozesses transparent erarbeitet. So wurden die gefundenen Lösungen und Kompromisse im Rahmen der Verbändeanhörung nicht in Frage gestellt und überwiegend begrüßt. □

Oberbürgermeister für Erhöhung der Polizeipräsenz

Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Großen Kreisstädte

Rund 20 Oberbürgermeister der Großen Kreisstädte in Bayern folgten der Einladung des Lindauer Oberbürgermeisters, Dr. Gerhard Ecker, zum Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Großen Kreisstädte nach Lindau. Ein besonderes Augenmerk legten die Teilnehmer auf die Themen Sicherheit im öffentlichen Raum, Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum und den Erhalt stabiler Strukturen in den Städten.

Die Städte beobachten eine Zunahme von Gewalt, von Störungen und Verunstaltungen im öffentlichen Raum. Schmierereien an Hauswänden, Alkoholkonsum an öffentlichen Plätzen oder Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig nimmt die Polizeipräsenz in vielen Großen Kreisstädten ab. Trotz der Schaffung neuer Stellen sind vielerorts vorhandene Planstellen aus vielerlei Gründen unbesetzt.

Die fehlende Sichtbarkeit von Polizeikräften im öffentlichen Raum kann durch die ehrenamtliche staatliche Sicherheitswacht, durch einen kommunalen Ordnungsdienst oder durch beauftragte private Sicherheitsfirmen nur unzureichend kompensiert werden. Trotzdem setzt eine große Mehrheit der Großen Kreisstädte private Sicherheitsfirmen ein, um besondere Plätze, Parks und Straßenzüge in den Städten auch in den Abend- und Nachtstunden zu überwachen. Ein Ersatz für die Polizei ist dies nicht, da diesen Diensten polizeiliche Befugnisse fehlen und sie oft auf eine geringe Akzeptanz stoßen.

Die Oberbürgermeister der Großen Kreisstädte appellieren deshalb einmütig an die Staatsregierung, die Polizeipräsenz in

den öffentlichen Räumen zu erhöhen. Darüber hinaus müssen mehr Möglichkeiten der Videoüberwachungen geschaffen werden. Bislang verlangt der Datenschutz in Bayern für eine Videoüberwachung öffentlicher Plätze den Nachweis einer Häufung schwerer Straftaten an bestimmten öffentlichen Plätzen.

Die Praxis anderer Bundesländer mit geringeren Voraussetzungen zeigt durchaus Erfolg und rückläufige Beeinträchtigungen des öffentlichen Sicherheitsempfindens. Jüngere Umfragen zeigen, dass über drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger bereit wären, eine stärkere Videoüberwachung öffentlicher Räume zu Gunsten von mehr öffentlicher Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsempfindens hinzunehmen.

Schließlich forderten die Oberbürgermeister der Großen Kreisstädte die bayerische Staatsregierung auf, die rechtlichen Rahmenbedingungen für stationäre und teilstationäre Überwachungsanlagen zur Geschwindigkeitsmessung zu reduzieren. Dabei geht es den Städten um die Verkehrssicherheit an Ortseinfahrten, in Siedlungsgebieten oder an Schulen und Kindergärten, um eine Reduzierung des Verkehrslärms sowie um einen geringeren Ausstoß von Feinstaub. IBdBSt

Landräte sind sich einig:

ÖPNV im ländlichen Raum braucht weitere Unterstützung

Vor wenigen Tagen erst wurden die Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs 2018 verkündet. Dank der Bestform der Wirtschaft konnten auch die Mittel zum Ausgleich der Betriebskostendefizite im ÖPNV um 23 Mio. Euro aufgestockt werden. Sie haben damit fast das Niveau wiedererreicht, das sie seit der Kürzung im Jahr 2004 hatten. Die Landräte, die dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag angehören, begrüßen das, sehen aber die Notwendigkeit für weitere Verbesserungen. Grund ist die Behandlung des Öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum durch den Freistaat Bayern.

„Mobilität, Logistik und Erreichbarkeit spielen eine zentrale Rolle, um auch in Zukunft die Attraktivität der Regionen als Wohn-, Arbeits- oder Unternehmensstandort aufrechterhalten zu können. In ländlichen Regionen geht es um die individuelle Mobilität weniger Personen über weite Strecken und nicht um den effizienten Transport von Menschenmassen über vergleichsweise kurze Distanzen.“

entenen Transport von Menschenmassen über vergleichsweise kurze Distanzen.

Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit

Während man im Großraum der Stadt München quasi das Rund-um-Sorglos-Paket be-

kommt, wirken sich unattraktive ÖPNV-Angebote im ländlichen Raum direkt auf unsere Bevölkerungszahlen und damit unsere Zukunftsfähigkeit aus. Dabei sind in den bayerischen Landkreisen die verschiedensten Konzepte zur Bereitstellung nahtloser Mobilitätskonzepte vorhanden. Diese werden aber fördertechnisch vom Freistaat bisher eher stiefmütterlich behandelt“, so Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag.

Alternative Förderungsmodelle ...

Löffler bezieht sich dabei auf die Förderkriterien, die in Bayern für die Ballungszentren und für den ländlichen Raum die gleichen sind. Dabei sind die Ausgangsbedingungen aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen

völlig andere. Anders als in den großen Städten ist es im ländlichen Raum schwierig, klassische Linienverkehre wie in der Stadt eigenwirtschaftlich zu betreiben.

... für attraktive Mobilitätsangebote

Deswegen müssen im ländlichen Raum alternative Beförderungsmodelle her, um flächendeckende attraktive Mobilitätsangebote vorhalten zu können. Alternative Bedienformen werden über die Betriebskostenzuschüsse aber zeitlich nur begrenzt gefördert.

Das heißt, dass der Zuschuss nach Ablauf einer fünfjährigen Einführungsphase und einer höchstens dreijährigen Anschlussförderung eingestellt wird. Investitionszuschüsse wie beispielsweise Tunnelbau in Großstädten werden hingegen maßnahmenbezogen gewährt. „Eine Änderung der bisherigen Förderpolitik ist für den ländlichen Raum unerlässlich. Wir – die bayerischen Landräte – fordern deswegen vom Freistaat, einen gesetzlichen Förderanspruch ohne zeitliche Begrenzung und ohne degressive Förderquoten zu schaffen“, so Landrat Franz Löffler. □

Tempo aufnehmen ...

(Fortsetzung von Seite 1) merksamkeit gewidmet werden müsse. Der DLT fordert vom Bund, Förderungen zum Breitbandausbau fortzuentwickeln und so zu dotieren, dass in allen Landkreisen flächendeckende, hochleistungsfähige Breitbandnetze als wichtiges Element der Daseinsvorsorge vor Ort entstehen können. Die Förderung müsse sich vor allem auf die Errichtung von Glasfasernetzen konzentrieren und alle gängigen Formen (Deckungslückenmodell und kommunales Betreibermodell) gleich behandeln.

Konzessionsvergabe

Darüber hinaus seien die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass in schwer zu versorgenden Gebieten exklusive Rechte („Konzessionen“) zur Errichtung und zum Betrieb flächendeckender Glasfaserinfrastrukturen vergeben werden können. Die Vergabe müsse auf der Grundlage fairer und diskriminierungsfreier Auswahlverfahren beruhen und zeitlich beschränkt erfolgen. Die so errichteten Infrastrukturen müssten allen Diensteanbietern offen stehen.

Laut Sager ist Glasfaser ein Innovations- und Wachstumstreiber, auch und gerade in den ländlichen Räumen. Neben mehr Mitteln müsse sichergestellt werden, dass das Geld schneller und deutlich unbürokratischer verteilt werde. „Es hat sich bewährt, dass 70 % der bisher gewährten Bundesmittel an die Landkreise ausgereicht worden sind. Dieser Modus sollte beibehalten werden.“

Vergabe der Frequenzen

Ferner müssten im Rahmen der Vergabe der Frequenzen für den Ausbau von Mobilfunknetzen der nächsten Generation (5G) Auflagen zur flächendeckenden Versorgung ausgesprochen werden. Eine digitale Spaltung sei von vorneherein zu vermeiden.

Mit Blick auf den Nutzen der Digitalisierung betonte Sager: „Für Unternehmen, digitale Bildungsangebote, moderne medizinische Anwendungen oder die Vernetzung von Mobilitätsangeboten ist schnelles Internet strukturelle Bedingung. Digitalisierung kann aber auch Verwaltungsdienste bürgerfreundlicher machen, wenn es gelingt, dem persönlichen Kontakt zur Kommunalverwaltung eine digitale Komponente hinzuzufügen. Online-Kommunikation kann und sollte allerdings nicht den Bürgerkontakt ersetzen, sondern diesen sinnvoll ergänzen.“ Daher sei besonderes auf eine Passfähigkeit in Bezug auf bestehende kommunale Zuständigkeiten und Abläufe zu achten.

Generell müssen nach Ansicht des DLT die vielfältigen Chancen der ländlichen Räume als unverzichtbare Wirtschaftsstandorte auch seitens des Bundes in der kommenden Legislaturperiode gleichberechtigt zu den urbanen Zentren unterstützt werden. Insbesondere das Handwerk sei als Stabilitätsanker auch für wirtschaftlich schwächere Räume mit einem gezielten Förderprogramm, das auch die Digitalisierung berücksichtigt, zu stärken. Darüber hinaus seien weitere Hürden durch gezielten Standardabbau und Deregulierung zu reduzieren.

Kompetenziell aufzuwertendes Ministerium für ländliche Entwicklung

Neue verwaltungsaufwändige Belastungen dürften nur dort zugelassen werden, wo es zwingend erforderlich ist und müssten von einer Entlastung an anderer Stelle begleitet werden. Außerdem seien die flächenbezogenen Belange seitens des Bundes weiter zu bindeln, und zwar in einem kompetenziell aufzuwertenden Ministerium für die ländliche Entwicklung, das daneben auch für Ernährung und Landwirtschaft verantwortlich ist.

Laut Präsident Sager sind öffentliche Infrastrukturen „wesentliche Standortfaktoren einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik in den ländlichen Räumen“. Dafür brauche es tatkräftige und gestaltungsstarke Landkreise und Gemeinden. Von daher komme der kommunalen Finanzausstattung eine zentrale Bedeutung zu.

Gerade in Anbetracht weiter stark anwachsender Sozialausgaben, kommunaler Investitionserfordernisse etwa in Schulen und Digitalisierung sowie im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen werde die gestaltende Rolle der Kommunen für das Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zunehmen. Dafür würden entsprechend ausgestattete kommunale Haushalte benötigt.

Aufgabengerechtere Steuerverteilung

Daher strebe der Deutsche Landkreistag eine bessere und aufgabengerechtere Steuerverteilung an, die nicht nur diejenigen begünstigt, die wirtschaftsstarke sind. „Das kann und muss über eine Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils erfolgen“, machte Sager deutlich. So würde es aus seiner Sicht gelingen, die kommunale Steuereinnahmehöhe zu verbessern, anstatt zunehmend von Finanzzuweisungen der Länder und Investitionsprogrammen des Bundes abhängig zu sein. DK

Ersthelfer-Leitfaden für Ehrenamtliche

Materialien zur sprachlichen und kulturellen Orientierung in Deutschland

Der Erwerb von Grundkenntnissen in der deutschen Sprache gilt als Grundbedingung für die Orientierung in der fremden Kultur und als wichtiges Mittel der Verständigung in Bezug auf lebensnotwendige Erfordernisse des Alltags, wie der Gesundheit, des Aufenthaltes, des Verkehrs, der Ernährung oder auch der gesellschaftlichen und politischen Spielregeln und Normen. Mit dem Projekt „Lernen – Lehren – Helfen“ unterstützt das Institut für Deutsch als Fremdsprache der LMU gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration Ehrenamtliche, die Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf diesem oft schwierigen Weg mit hohem persönlichen Einsatz begleiten.

Der Leitfaden umfasst leicht einsetzbare, praktische Materialien für die Orientierung von Asylbewerberinnen und -bewerbern im deutschsprachigen Alltag sowie Hinweise für die Helferinnen und Helfer.

Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller hebt die Bedeutung des Spracherwerbs hervor: „Wir legen bereits seit Jahren den Fokus auf möglichst frühzeitige Vermittlung von Sprachkenntnissen für Asylbewerber. Denn die deutsche Sprache verschafft Zugang zu unserer Kultur und unseren Werten. Sie hilft, sich besser in unserer Gesellschaft zu Recht zu finden. Sprache ist zudem der Schlüssel für gelingende Integration. Ich freue mich, wenn möglichst viele Sprachkursteilnehmer, aber auch Kursleiter vom neuen Leitfaden profitieren.“

Ehrenamtliche Helferkreise erfahren durch ihre zahlreichen Aufgaben der Betreuung eine fordernde etwa in Schulen und Digitalisierung sowie im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen werde die gestaltende Rolle der Kommunen für das Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zunehmen. Dafür würden entsprechend ausgestattete kommunale Haushalte benötigt.

Der Ersthelfer-Leitfaden enthält:

- 10 Kapitel zu relevanten Themen zum Zurechtfinden in Deutschland
- Vermittlungshinweise für Helferinnen und Helfer
- situativ eingebettete Redemittel
- abwechslungsreiche Verstehensübungen
- Informationen zu weiterführenden Materialien, Links, Literaturhinweisen und Fortbildungsangeboten.

Themen: Einkaufen, Unterwegs, Wohnen, Ernährung, Gesundheit, Gesellschaft, Medien, Bildung, Arbeit, Rechtsstaat und

zivilgesellschaftliche Grundregeln.

Die Materialien sind:

- leicht und flexibel einsetzbar
- niedrigschwellig: für lernunbewusste Lernerinnen und Lerner geeignet
- relevant und handlungsorientiert: konkrete und relevante Handlungsfelder für den Alltag in Deutschland, primär rezeptive Lerneraktivierung, in Mini-Szenarien mit Bild- und Sprachinformationen aufbereitet
- motivierend: einfach, stark visualisiert, methodisch abwechslungsreich
- eine gute Grundlage für weiterführende Sprachkurse und bieten eine gute Grundlage in die zivilgesellschaftlichen Spielregeln in Deutschland.

Aus einem Freiwilligenprojekt der Fachschaft Deutsch als Fremdsprache der Ludwig-Maximilians-Universität München entstand ein Ersthelfer-Leitfaden mit Materialien zur sprachlichen und kulturellen Orientierung in Deutschland für den Unterricht mit Flüchtlingen. Im Rahmen des Projekts „Lernen – Lehren – Helfen“ (gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration) wurde er weiterentwickelt und nun herausgegeben. Er ist in Bayern für Ehrenamtliche und Geflüchtete über das Projekt „Lernen – Lehren – Helfen“ kostenfrei in gedruckter Form und zum Download unter folgendem Link erhältlich: <http://www.lernen-lehren-helfen.daf.uni-muenchen.de/downloads/index.html>. Im Buchhandel kann der Leitfaden zum Ladenpreis von EUR 5,99 erworben werden (ISBN 978-3-8233-8172-3).

Infos: Institut für Deutsch als Fremdsprache, Ludwig-Maximilians-Universität München www.lernen-lehren-helfen.de e-Mail: LLH@daf.lmu.de □

Prof. Gerhard Waschler:

Bayerische Grundschüler bleiben in Deutschland Spitze

„Das sehr gute Abschneiden der bayerischen Viertklässler in der jüngst veröffentlichten Bildungsstudie beweist, dass die bayerischen Antworten auf die aktuellen bildungspolitischen Fragen die richtigen sind“, freut sich Prof. Dr. Waschler, bildungspolitischer Sprecher des CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Die bayerischen Schülerinnen und Schüler können ihre Spitzenposition, die sie 2011 eindrucksvoll bewiesen haben, in allen Bereichen behaupten. So bleiben die Mädchen und Buben in Bayern sowohl im Fach Deutsch (Lesen, Zuhören, Rechtschreibung) als auch im Bereich Mathematik insgesamt an der Spitze! Bayern erreicht das Ziel „eines hohen Kompetenzniveaus“, heißt es hierzu in dem von der Kultusministerkonferenz vorgestellten Bericht des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Gleichzeitig stellt die Studie fest, dass in Bayern die Leistungsunterschiede in Deutsch innerhalb der Klassen geringer sind. „Bei uns in Bayern gelingt es also besser als in anderen Teilen Deutschlands, alle Kinder mitzunehmen und individuell zu fördern“, erläutert Waschler.

Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass Kinder mit Migrationshintergrund zur Spitze im Bereich Orthographie in ihrer jeweiligen Vergleichsgruppe gehören und sogar deutsche Kinder ohne Zuwanderungshintergrund in 14 anderen Bundesländern übertreffen. Dies gilt in ähnlicher Weise für den Bereich Mathematik: Hier belegen Kinder mit zwei im Ausland geborenen Eltern im deutschlandweiten Vergleich Platz Eins. Das differenzierte Modell aus Übergangsklassen, Deutschförderklassen und Deutschförderkursen, die an den bayerischen Grundschulen je nach Bedarf vor Ort eingerichtet und mit entsprechenden Kräften ausgestattet werden, bewährt sich großartig. Im Jahr 2016 stellte der Bayerische Landtag mit seiner CSU-Mehrheit allein für diesen Bereich rund 232 Millionen Euro bereit. Der Erfolg belohnt also die gemeinsamen Anstrengungen. □



Beschlossen die Zukunft der Europaregion Donau-Moldau: Dr. Olaf Heinrich, Bezirkspräsident von Niederbayern (2. v. r.) und Franz Löffler, Bezirkspräsident der Oberpfalz (2. v. l.). Das Präsidium der EDM tagte in Niederaltich. Bild: Bez. Ndb.

Durchbruch für die Europaregion Donau-Moldau

Trilateraler Zusammenschluss will erstmals eigene Projekte definieren – Neue mögliche Rechtsform wird untersucht

Dicke Bretter sind bei der Sitzung des Präsidiums der Europaregion Donau-Moldau (EDM) in Niederaltich (Lkr. Deggendorf) gebort worden. Der Zusammenschluss von sieben Regionen in Ostbayern, Tschechien und Österreich hat einstimmig beschlossen, sich verstärkt auf zwei Schwerpunkte zu konzentrieren und hier bis zur nächsten Präsidiumssitzung konkrete Projekte vorzuschlagen – eine Premiere in der Geschichte der EDM. Und: Der Vorstand einigte sich darauf, zu prüfen, ob es Sinn macht, mit einem Europäischen Verband Territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) eine neue Rechtsform einzugehen, um auch in der neuen EU-Förderperiode weiter an die Töpfe in Brüssel zu kommen, von denen gerade die Grenzregionen jahrelang stark profitiert haben und die ab der neuen EU-Förderperiode 2020 wegfallen könnten.

Nach vielen Einzelgesprächen mit allen Beteiligten hat Bezirkspräsident Dr. Olaf Heinrich, der heuer die EDM als Präsident führt, einen echten Durchbruch erzielt: Der Beschluss, die Gründung des bisweilen doch etwas strittig gehandelten EVTZ auf Herz und Nieren zu prüfen, fiel einstimmig aus. Gemeinsam wollen sich die sieben Regionen nun also auf einen neuen Weg machen.

Die Europaregion Donau-Moldau, die im Konzert mit den Metropolregionen ihren Platz behaupten möchte, ist riesig. Deshalb hat sich das Präsidium darauf verständigt, einige wenige Leitthemen zu definieren, um klaren Strategien den Weg zu bereiten. In Sachen Wirtschaftsraum soll der Fokus auf Innovationen gelegt werden.

Beim zweiten Themenschwerpunkt sollen Projekte gegen den demographischen Wandel und gegen den Wegzug junger Leute im Grenzgebiet initiiert werden.

Erörtert wurde auch die Frage ob die EDM auf rechtlich andere Beine gestellt werden muss. Europaabgeordneter und EVP-Fraktionsvorsitzender Manfred Weber hatte wiederholt angeregt, einen EVTZ zu gründen. Denn die Förderkulisse in der EU ändert sich ab der neuen Förderperiode 2020: Der große Nettozahler Großbritannien fällt nach dem Brexit weg, zudem haben sich die Regionen der EDM wirtschaftlich so hervorragend entwickelt, dass auch die Grenzlandförderung vermutlich nicht mehr ausbezahlt werden wird.

Bedenken kamen aus Niederösterreich: Vertreter Andreas Pum mahnte zum Bürokratieabbau. „Neue Strukturen führen selten zur Vereinfachung.“ Ivana Stráská, neue Kreishauptfrau der Region Südböhmen, sprach sich für eine Prüfung aus: „Wenn wir von vornherein Möglichkeiten ablehnen, verbauen wir uns den Weg zu europäischen Fördergeldern.“ □



Mehr als 4.000 kommunale Entscheider aus ganz Deutschland nutzten die Gelegenheit, sich auf der KOMMUNALE in Nürnberg über neueste Trends zu informieren. Bilder: NürnbergMesse

Vom Einmalprojekt zum Erfolgsgarant ...

(Fortsetzung von Seite 1) der Ordnungs- und Handlungsrahmen aus Sicht des Innenministeriums im Hinblick auf die Geldanlage von Kommunen.

Ferner wurden Aussagen über eine mögliche Fortentwicklung der Anlagerichtlinie angesprochen und als mögliche Diskussionsgrundlage die Baden-Württembergische Regelung vorgestellt. Aus Bankensicht präsentierte das Forum Anlagemöglichkeiten für Kommunen und beleuchtete diese unter den Vorgaben Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Verfügbarkeit.



Von A wie „Abfallentsorgungssysteme“ bis Z wie „Zeiterfassung“ boten 357 Aussteller während der KOMMUNALE alles, was Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke für die Erfüllung ihrer Aufgaben der Daseinsvorsorge benötigen. Unsere Aufnahme entstand bei der Max Holder GmbH, die multifunktionale Geräteträger produziert.

Das Forum „Baulandentwicklung und Baulandvergabe – Rechtsrahmen, Modelle und Grenzen“ stellte seinerseits den Rechtsrahmen, praktische Modelle der Baulandentwicklung und Baulandvergabe sowie deren rechtliche Grenzen dar. Tägliche Praxisfragen der planenden Städte und Gemeinden wurden aufgegriffen und zielführende Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt.

In seiner Eröffnungsrede hatte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, darauf hingewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden von der Bundesregierung ein konsequentes Handeln in der immer noch schwelenden Flüchtlingskrise erwarteten. Das Ergebnis der Bundestagswahl sei ein deutlicher Warnschuss in diese Richtung gewesen.

Integrationsprobleme

„Ein Ignorieren der Integrationsprobleme und ein weiteres Durchwursteln wären unverantwortlich“, betonte Brandl und unterstrich, dass die Gemeinden und Städte seit Jahren größte Anstrengungen unternähmen, Wohnraum für die Flüchtlinge zu finden und anerkannte Asylbewerber schnell in die Gesellschaft zu integrieren. „Aber diese Aufnahmebereitschaft hat Grenzen. Es kann nicht sein, dass abgelehnte Asylbewer-

ber weiterhin jahrelang – oder dauerhaft – im Lande bleiben können. Dies lockt nur weitere Menschen aus aller Welt an.“

Abgelehnte Asylbewerber abschieben

Politisch Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge sollten Brandl zufolge selbstverständlich Schutz erhalten; aber abgelehnte Asylbewerber sollten konsequent abgeschoben werden, wenn sie nicht freiwillig Deutschland verlassen. Hier müsse der Bund viel konsequenter durchgreifen und koope-

nanzierten Aufgaben nähmen zu – Stichwort riesiger Sanierungsstau bei den Straßen.

Brandl kritisierte den „sehr großstadt- und landkreislastigen bayerischen Finanzausgleich“. Das System nannte er „mittlerweile recht ungerecht“. „Man finanziert in Augsburg ein Klinikum, man finanziert in München Kultur und Straßen und in Nürnberg baut man eine Universität. Das gleiche Geld sollte auch für viele kleine Projekte in den Gemeinden und Städte im ländlichen Raum bereitgestellt werden.“

Vor dem Hintergrund, dass die kommunalen Sozialausgaben in diesem Jahr bundesweit rund 63,5 Milliarden Euro betragen werden (ein Anstieg von über 110 % seit dem Jahr 2004), sei ein Gegensteuern der neuen Bundesregierung dringend geboten, mahnte Brandl. Tendenziell müssten eher Sozialleistungen abgebaut als neue geschaffen werden.

Lösung für die Altschuldenproblematik

Auch auf Bundesebene gelte es, endlich eine Lösung für die Altschuldenproblematik der Kommunen in vielen Ländern zu finden. „Dabei können aber nicht die Kassenkredite der Maßstab sein“, so der Präsident. Dadurch würden sonst die bayerischen Gemeinden und Städte massiv benachteiligt.

Die deutsche Automobilindustrie forderte Brandl zudem auf, endlich ein bundesweites Netz an Elektrotrankstellen aufzubauen, um die Elektromobilität in Schwung zu bringen. Vom Bund verlangte der Präsident, moderne Speichertechnologie finanziell massiv zu fördern, um die Energiewende nachhaltig abzusichern. Von der Bayerischen Staatsregierung forderte er ein milliarden-schweres schlüssiges Konzept, wie die Digitalisierung in den Schulen umgesetzt werden soll, „damit überall im Freistaat gleiche Bildungschancen bestehen“. Bildung könne nicht von der Haushaltslage der jeweiligen Kommune abhängen. Außerdem müssten alle Lehrer auf zeitgemäße Lehrstoffvermittlung und neuzeitliche Kompetenz mittels digitaler Medien geschult werden.

Strukturelle Neuausrichtung

Verbandschef Brandl, der mit Beginn des neuen Jahres auch Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sein wird, nahm in seiner Rede auch zu weiteren aktuellen kommunalpolitischen Themen Stellung. Mit Blick auf künftige Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich in Bayern muss nach Brandls Ansicht gelten: „Weniger neues, frisches Geld vom Staat, sondern eine strukturelle Neuausrichtung im Bereich der Beteiligungssätze – vor allem im Bereich des KFZ-Steueraufkommens.“ Die aus diesem Topf fi-

den kann“, eine Klagewelle auslösen, die auch zu Schadenersatzansprüchen gegenüber den Gemeinden führen könnte. Die Politik sollte den Eltern schulpflichtiger Kinder nichts versprechen, was die Gemeinden und Städte nicht einhalten können. Dies führe nur zu Politikverdrossenheit.

Erforderlich sei die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs, der beschreibt, wie sich Bund und Länder die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen schulischen Ganztagsplatz vorstellen, so Brandl. Zudem bedürfe es eines Finanzierungskonzepts, das klärt, wie Städte und Gemeinden mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden. „Sonst bleibt alles Utopie“, meinte der Gemeindetagspräsident.

Verleihung des Kommunalpreises

Bei der Abendveranstaltung der Kommunale bildete neben einem Grußwort von Sozialministerin Emilia Müller die Verleihung des Kommunalpreises des Bayerischen Gemeindetags an den früheren Verbandspräsidenten Heribert Thallmair den feierlichen Höhepunkt. Damit wurden dessen Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung gewürdigt.

1966 zog Thallmair für die CSU in den Starnberger Stadtrat und Kreistag ein. Von 1969 bis 2002 war er Erster Bürgermeister der Stadt Starnberg. 1984 wählte ihn der Bayerische Gemeindetag zum Präsidenten. Dieses Amt bekleidete er 18 Jahre. Von 1994 bis 1995 und von 1998 bis 2000 war Thallmair auch Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Von 1996 bis 1999 fungierte er als Präsident des schließlich durch Volksentscheid aufge-



Mit dem Kommunalpreis des Bayerischen Gemeindetags ehrte der Verband seinen langjährigen ehemaligen Präsidenten Heribert Thallmair.

lösten Bayerischen Senats. 2002 wurde Thallmair zum Ehrenpräsidenten des Bayerischen Gemeindetags ernannt.

Wie Präsident Brandl in seiner kurzen Laudatio hervorhob, hatte sich Thallmair unter anderem mit den Folgen der Gebietsreform auseinandergesetzt. Wie ein rotes Band zog sich auch der Kampf um die Konnexität durch dessen Amtszeit. Und schließlich habe der Gemeindetag im Zuge der Wiedervereinigung gewaltige Anstrengungen unternommen, Hilfe zu leisten. Viele Gemeinden hätten Mitarbeiter nach Thüringen und Sachsen geschickt, um dort den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung voranzutreiben und sie mit Sachwissen auszustatten.

Unverzichtbares Sprachrohr für die kommunalen Interessen

In seinen Dankesworten bezeichnete Thallmair es als „Freude und Ehre“, mit dem Kommunalpreis im Rahmen der Kommunale ausgezeichnet zu werden.

Die Messe sei ein „Kind des Gemeindetags“, bei dessen Geburt er erfreulicherweise dabei sein durfte. Aus Thallmairs Sicht ist der Bayerische Gemeindetag ein unverzichtbares Sprachrohr, um die kommunalen Interessen von über 2.000 Mitgliedern kreisangehöriger Gemeinden, Märkte und Städte zu bündeln. Der kommunale Spitzenverband stehe für den Erhalt und die Bewahrung der kommunalen Selbstverwaltung und habe sich als Fürsprecher des ländlichen Raums stets für gleichwertige Lebensbedingungen eingesetzt. „Wir werden auch in Zukunft einen starken Verband brauchen, um die anstehenden schwierigen Aufgaben politisch durchzusetzen“, gab Thallmair den zahlreichen Gästen abschließend mit auf den Weg.

Der undotierte Kommunalpreis wird in unregelmäßigen Abständen verliehen. Bislang gab es nur zwei Preisträger: Alt-Bundespräsident Professor Dr. Roman Herzog und den ehemaligen Landtagspräsidenten Alois Glück. DK



Mit 0% Zinsen energetisch sanieren und energieeffizient bauen

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Auf dem Weg zur Energiewende unterstützen wir die Finanzierung von Investitionen in die energetische Sanierung sowie den energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zum Teil zinslos für die ersten zehn Jahre mit optionalen Tilgungszuschüssen (Stand 23.10.2017). Informieren Sie sich unter ► www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB



Ernst & Young-Kommunenstudie 2017:

Sparkurs wird fortgesetzt

Dank sprudelnder Steuereinnahmen wurde den deutschen Kommunen im vergangenen Jahr ein Überschuss von 5,3 Milliarden Euro beschert. Die Verschuldung sank um 0,9 Prozent auf 142,9 Milliarden Euro. Von den größeren Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern konnten immerhin 57 Prozent ihre Verschuldung reduzieren. Dies geht aus einer aktuellen Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (Ernst & Young) hervor, die auf einer Umfrage unter 300 deutschen Kommunen sowie einer Analyse der Verschuldungssituation aller 681 deutschen Kommunen mit mindestens 20.000 Einwohnern beruht.

Zumindest diejenigen Kommunen setzten laut Studie ihren Konsolidierungskurs fort, die ohnehin eine eher geringe Verschuldung aufweisen: Von den Städten und Gemeinden mit einem eher niedrigen Schuldenstand von weniger als 1.000 Euro je Einwohner konnten sogar 71 Prozent ihren Verschuldungsgrad reduzieren oder stabil halten.

Ganz anders stellt sich die Entwicklung bei stark verschuldeten Kommunen dar, die eine Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 2.000 Euro aufweisen: Die Mehrheit (57 Prozent) musste im vergangenen Jahr zusätzliche Schulden machen. Am höchsten ist der Anteil der Kommunen mit gestiegener Verschuldung in Rheinland-Pfalz (67 Prozent Anstieg), Nordrhein-Westfalen (51 Prozent), Saarland, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen. Zum Vergleich: Bayern weist hier

eine steigende Pro-Kopf-Verschuldung von 25 Prozent auf.

Eher mit einem vorläufigen Ende der zuletzt positiven Entwicklung als mit einem weiteren Schuldenabbau rechnen Deutschlands Kämmerer für das kommende Jahr: 48 Prozent der für die aktuelle EY Kommunenstudie befragten Städte planen, zusätzliche Schulden aufzunehmen, nur 41 Prozent gehen von einer sinkenden Verschuldung aus. Die Folge für die Bürger: Drei von vier Kommunen wollen in diesem und im kommenden Jahr kommunale Steuern und Gebühren erhöhen, jede vierte Kommune wird Leistungen streichen.

Trotz der deutschlandweit deutlich steigenden Steuereinnahmen verzeichneten im vergangenen Jahr 33 der 50 am stärksten verschuldeten deutschen Städte einen Schuldenanstieg – von den 50 Städten mit der niedrigsten

Pro-Kopf-Verschuldung mussten hingegen nur drei Kommunen zusätzliche Kredite aufnehmen.

Sorge bereiten den Kommunen vor allem die kontinuierlich steigenden Sozialausgaben, die laut Untersuchung überproportional stark jene Kommunen treffen, die finanziell ohnehin angeschlagen sind. So erwarten für das laufende Jahr die Kommunen mit Haushaltsdefizit einen Anstieg ihrer Sozialausgaben um durchschnittlich 4,2 Prozent – die übrigen Städte sehen nur ein Plus von 2,8 Prozent.

Reduzierter Schuldenstand

Zwar konnte im vergangenen Jahr die Mehrheit der deutschen Städte ihren Schuldenstand reduzieren – von den 688 Städten und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern verzeichneten 392 zum Jahresende 2016 einen niedrigeren Schuldenstand als ein Jahr zuvor. Im Vorjahr war das allerdings noch 417 Städten gelungen. Unterm Strich gelang den deutschen Kommunen trotz der deutlich – um 7,0 Prozent – gestiegenen Einnahmen nur eine Reduzierung des Schuldenstandes um 0,9 Prozent.

Viele Kommunen reagieren auf

ihre finanzielle Situation mit einer Anhebung kommunaler Steuern (76 Prozent) und Einschnitten bei Leistungen für ihre Einwohner (25 Prozent). Tiefer in die Tasche greifen müssen vor allem Eltern für die Betreuung ihrer Kinder in der Kita oder in Ganztagschulen. 33 Prozent der Städte und Gemeinden wollen die entsprechenden Gebühren erhöhen. Ebenso viele Städte wollen die Friedhofsgebühren erhöhen. Und auch bei der Grundsteuer bitten die Kommunen verstärkt zur Kasse: 23 Prozent planen hier eine Erhöhung. In jeder vierten Stadt sollen zudem die Eintrittspreise etwa für Bäder und andere öffentliche Einrichtungen steigen. Eine An-

hebung der Gewerbesteuer steht bei 14 Prozent der Kommunen auf der Agenda.

Sparmaßnahmen

Beliebteste Sparmaßnahme ist wie schon in den Vorjahren die Reduzierung der Straßenbeleuchtung (acht Prozent). Gespart werden soll auch an den Angeboten für Jugendliche und Senioren (vier Prozent). Ebenfalls vier Prozent der befragten Kommunen wollen den Betrieb ihrer Schwimmbäder einschränken oder die Bäder sogar ganz schließen. Insgesamt ist der Anteil der Städte, die Einschnitte bei den kommunalen Leistungen vornehm-

men, 2017 gesunken (von 38 auf 25 Prozent), was aber kein Grund zur Entwarnung ist.

Nachdem die Sachinvestitionen der deutschen Kommunen im vergangenen Jahr um 4,4 Prozent gestiegen sind, wollen die befragten Städte und Gemeinden auch in diesem Jahr mehr investieren. Vor allem für Kitas und Schulen soll es mehr Geld geben (durchschnittlich plus 4,3 Prozent), die Ausgaben für die IT-Infrastruktur sollen um 2,0 Prozent steigen und in den Straßenbau sollen 1,7 Prozent mehr fließen als im Vorjahr. Insgesamt rechnen die befragten Städte und Gemeinden mit einem Anstieg ihrer Investitionen um 3,2 Prozent. **DK**

Ausbau der Kinderbetreuung in Bayern:

Millionenschweres Investitionsprogramm

Der Freistaat Bayern startet ein Investitionsprogramm zur Schaffung neuer Kitaplätze. Die Gemeinden erhalten aus Mitteln des Bundes einen Aufschlag von bis zu 35 Prozent auf die reguläre Förderung. Laut Sozialministerin Emilia Müller kommt das Programm zur rechten Zeit: „Die Geburtenzahlen steigen. Wir wollen aber auch inklusive Einrichtungen ausbauen und dem Betreuungsbedarf von Flüchtlingskindern gerecht werden. Insgesamt stehen 178 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, mit denen wir die reguläre staatliche Förderung erheblich verstärken können.“

So erhalten Kommunen künftig durchschnittlich 85 Prozent statt der regulären 50 Prozent ihrer förderfähigen Investitionskosten erstattet. Aktuell profitieren davon mehrere Landkreise. Im Kindergarten Hl. Raphael in Roding (Landkreis Cham) werden beispielsweise zwölf neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren entstehen. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 692.000 Euro. In der Kindertageseinrichtung „Am Schloss“ in Schwebheim entstehen 37 neue Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 778.000 Euro.

Im Kindergarten „Arche Noah“ in Kohlberg (Landkreis Neustadt-Waldnaab) wird für zwölf neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gesorgt. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 363.000 Euro.

Neustadt-Waldnaab

In der Stadt Schwandorf wird ein neues Kinderhaus mit 86 Betreuungsplätzen für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt gebaut. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 540.000 Euro.

Landkreis Kitzingen

Im Landkreis Kitzingen wiederum wird in der Kindertageseinrichtung „Arche Noah“ in Kleinlangheim für 16 neue Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt gesorgt. Bayern unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 480.000 Euro. Profiteur ist auch die Stadt Volkach: Dort werden in der Kindertageseinrichtung „Im Kastanienhof“ 39 neue Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt entstehen. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 710.000 Euro.

In Nittendorf (Landkreis Regensburg) entsteht ein neuer Kindergarten mit 75 Betreuungsplätzen für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 1.465.000 Euro. Das Kinderhaus „Rappelkiste“ in Obertraubling wird mit zwölf neuen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ausgestattet. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 216.100 Euro.

In Poppenhausen (Landkreis Schweinfurt) wird eine neue Kindertageseinrichtung mit 37 Betreuungsplätzen für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt errichtet. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer

Förderung in Höhe von insgesamt 1.964.000 Euro.

Im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz entstehen im Kinderhaus in See in Lupburg zwölf neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 548.000 Euro.

Rhön-Grabfeld

Im Landkreis Rhön-Grabfeld werden im Kindergarten Hendungen zwölf neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren entstehen. Der Freistaat unterstützt die Kommune mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 221.000 Euro.

Seit 2008 sind insgesamt rund 80.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren errichtet worden. Dafür standen 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Wie Ministerin Müller verdeutlichte, „wollen wir eine maßgeschneiderte Kinderbetreuung in allen Teilen Bayerns und höchste Qualität in den Kindertageseinrichtungen. Das vierte Investitionsprogramm ist ein Baustein dazu.“ Anträge können bis zum 31. August 2019 bei den zuständigen Regierungen gestellt werden. **DK**

LfA-Förderung weiter stark gefragt

Die LfA Förderbank Bayern hat die bayerische Wirtschaft in den ersten neun Monaten 2017 mit Darlehen in Höhe von über 1,5 Milliarden Euro unterstützt. Ein Zuwachs von rund 6 Prozent auf über 1,2 Milliarden Euro konnte bei den programmgebundenen Förderkrediten verzeichnet werden. Von diesem Angebot profitierten knapp 3.400 Unternehmen und Kommunen.

Nach wie vor stark im Fokus stand beim bayerischen Mittelstand die Anfang des Jahres optimierte Gründungs- und Wachstumsförderung: Das Zusatzevolumen legte um gut 14 Prozent auf rund 630 Millionen Euro zu. Auch der erst Mitte Juli eingeführte Energiekredit Gebäude war gefragt (rund 40 Millionen Euro). Bei den Konsortial- und Globaldarlehen ging die Nachfrage gegenüber dem Vorjahreszeitraum aufgrund von Einmaleffekten auf rund 300 Millionen Euro zurück.

„Die starke Nachfrage nach den Förderangeboten der LfA spiegelt die gute Konjunkturlage im Freistaat wider. Der bayerische Mittelstand investiert kräftig in seine Zukunft. Mit den Programmkrediten der LfA konnten die Betriebe bereits in diesem Jahr Investitionen von über 1,6 Milliarden Euro anpacken. Damit sichern bzw. schaffen sie fast 100.000 Arbeitsplätze am Standort. Trotz der guten Wirtschaftslage gibt es eine Reihe Herausforderungen, denen sich unsere Unternehmen stellen müssen. Dazu zählt beispielsweise die Digitalisierung. Gerade kleine und mitt-

lere Unternehmen benötigen dabei unsere Unterstützung. Hier hilft die LfA mit einem passgenauen, attraktiven und flexiblen Förderangebot“, betont Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Der Mittelstand profitiert

LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl erläutert: „Unser Förderangebot kommt da an, wo es gebraucht wird: Bei den vielen innovativen, engagierten und ideenreichen Gründern und mittelständischen Betrieben im Freistaat. Mit unserer optimierten Gründungs- und Wachstumsförderung haben wir in diesem Jahr schon gut 2.200 Vorhaben unterstützt. Besonders erfreulich ist, dass wir dem Mittelstand bereits 40 Millionen Euro für Investitionen in die Energieeffizienz von Firmengebäuden über den erst Mitte Juli eingeführten Energiekredit Gebäude zusagen konnten. Das kommt der Umwelt zugute und unser Tilgungszuschuss von bis 18,5 Prozent für diese Vorhaben schont gleichzeitig den Geldbeutel der Firmen.“ **□**

Bundesweiter Tag der Stiftungen:

Spannende Entdeckungsreise

Von Braunschweig bis Leipzig, von Bremen bis München zeigte sich beim diesjährigen bundesweiten Tag der Stiftungen die Vielfalt der deutschen Stiftungslandschaft und des damit verbundenen Engagements. Initiator des Aktionstages war einmal mehr der Bundesverband Deutscher Stiftungen. Unterstützt wurde der Tag durch Themenpaten in den Engagementbereichen Bildung, Bürgerstiftung, Gesundheit, Umwelt, Sport sowie Wissenschaft und Forschung.

Besucher erhielten on- wie offline die besondere Möglichkeit, die Arbeit der Stiftungen selbst zu entdecken. Mit welchen Projekten machen Stiftungen die Gesellschaft sozialer, inklusiver und zukunftsorientierter? Wie sieht der Alltag in einer Stiftung aus? Und was macht Stiftungen für die Gesellschaft überhaupt so wichtig? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum des europaweiten Aktionstages.

Architekturbegeisterte konnten beispielsweise in Eltville am Rhein die 900 Jahre alte Klosterkirche in besonderem Licht erkunden. Die Heinz Sielmann Stiftung ließ das Naturfreundeherz bei der Beobachtung von großen Kranichscharen in der ehemaligen Tagebaulandschaft Wanninchen bei Luckau höher schlagen. Kunstfans wiederum kamen bei einer Ausstellung des renommierten Malers Neo Rauch in Leipzig auf ihre Kosten.

Initiative Bürgerstiftungen

Die Initiative Bürgerstiftungen lenkte mit einer konzertierten, zweiwöchigen A(u)ktion die Aufmerksamkeit auf das Wirken von Stiftungen und akquirierte ganz nebenbei Spenden: Bis 1. Oktober 2017 ver steigerten die Bürgerstiftungen Deutschlands auf der Onlineplattform www.hood.de „unbezahlbare Gelegenheiten“. Die Erlöse kommen direkt und komplett den veranstaltenden Bürgerstiftungen zugute.

Auch in Bayern fanden zum Tag der Stiftungen einige Veranstaltungen statt. So präsentierten sich die Stiftungen Weltkulturerbe Bamberg und die Stiftung Zirkus Giovanni in bewährter Kooperation erstmals zusammen am Michaelstberg zum Federweißer-Fest. Der Zirkus Giovanni, der Projekte des Don Bosco Jugendwerks in

Bamberg, für die keine ausreichende öffentliche Förderung zur Verfügung steht, unterstützt, sorgte für eine passende Zirkusatmosphäre und gab praktische Einblicke in die zirkuspädagogische Arbeit. Wer Lust hatte, konnte sich auch selbst als Artist ausprobieren. Der Bamberger Stifftungsgarten lud zum Federweißer-Fest ein und spendete alle Erlöse der Stiftung Weltkulturerbe, die damit die Klosterkirche St. Michael sanieren soll.

Nachhaltigkeit in der Stadt

Während die Fuggerschen Stiftungen Fahrten durch den Stiftungswald in Laugna bei Augsburg anboten, wurden einige Besucher auf das ehemalige Produktionsgelände der Firma Pfanni direkt am Münchner Ostbahnhof geführt – genauer gesagt auf das Flachdach des früheren Werks 3. Dort entsteht eine ca. 2.000 qm große nutzbare Grünfläche für ein Naturerlebnis der besonderen Art.

59 Meter über der Isar und mit einer phantastischen Aussicht über die Dächer Münchens bis hin zur Voralpenkette ist das Ganze ein vorbildliches Beispiel dafür, wie Nachhaltigkeit – auch in technischer Hinsicht – in der Stadt funktionieren kann. Mit dem Erlös aus der Auktion will die Bürgerstiftung München künftigen Anwohnern im Werksviertel die Nutzung und Pflege von Hochbeeten ermöglichen.

In Deutschland engagieren sich Angaben zufolge mehr als 21.000 Stiftungen für das Gemeinwohl. 2016 wurden in Bayern 105 neue Stiftungen eingerichtet, darunter sechs kirchliche. Demnach verfolgen fast vier Fünftel der neu errichteten Stiftungen gemeinnützige Zwecke und erfüllen insbesondere soziale, kulturelle und wissenschaftliche Aufgaben. Laut

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann „sind Stiftungen der Beweis für ein starkes bürgerschaftliches Engagement, bei dem vor allem das Ehrenamt einen hohen Stellenwert hat“. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr 582 Stiftungen neu errichtet.

Insgesamt ist in Bayern die Zahl der rechtsfähigen, nicht-kirchlichen Stiftungen des bürgerlichen und öffentlichen Rechts zum Jahresende 2016 auf knapp über 4.000 gestiegen. Damit hat sich die Zahl der Stiftungen seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Fast 95 Prozent aller bestehenden Stiftungen erfüllen gemeinnützige Zwecke.

Nach Herrmanns Worten kommen auf die Stiftungen und ihre verantwortlichen Organe neue Herausforderungen vor allem beim Vermögensmanagement, der Mittelbeschaffung, Verwaltung und Zusammenarbeit mit anderen Stiftungen zu. Aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen müssten einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Aktuell sollten Stiftungsgründer vor allem auf eine ausreichende Vermögensausstattung und angemessene Zweck-Mittel-Relation sowie eine kompetente Verwaltung achten, da Stiftungen mit umfangreichen Stiftungsvermögen erfahrungsgemäß vielfältigere Möglichkeiten für wirtschaftliche und ertragreiche Anlageformen und auch für bessere Öffentlichkeitsarbeit zur Einwerbung von zusätzlichen Mitteln haben. Selbst für eine rechtsfähige Stiftung mit nur einfachen Stiftungszwecken würden heute allgemein mindestens mehrere 100.000 Euro als zu erhaltendes Grundstockvermögen empfohlen.

Herrmann zufolge sollten bei zu geringer Vermögensausstattung alternative Möglichkeiten für die Erfüllung gemeinnütziger Zwecke erwogen werden. Dazu zählten etwa die Zustimmung zu einer bestehenden Stiftung, eine unselbständige oder Treuhand-Stiftung, eine andere Rechtsform wie ein Verein oder aber gleich die direkte Finanzierung eines Projekts. **KI**

Deutscher Kämmerertag:

Kommunen im Wandel

Im Zeichen der „großen Politik“ stand der diesjährige Deutsche Kämmerertag in Berlin. Egal ob kommunale Selbstverwaltung, demographischer Wandel, Neuausrichtung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Zeiten der Digitalisierung oder die Entwicklungen an den Geld- und Finanzmärkten: Prominente Redner von Bund, Ländern und Kommunen sowie Vordenker aus der Wissenschaft präsentierten und diskutierten die wichtigsten Themen für kommunale Finanzentscheider.

Bund, Länder und Förderbanken stellen viele Fördermöglichkeiten für Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung. Doch in den Verwaltungen fehlt es oft an Planungs- und Kapazitäten. Der Workshop „Wege aus Planungseingängen bei Infrastrukturprojekten“ zeigte, wie diesen Engpässen durch konstruktive Lösungen begegnet werden kann.

2015 wurde in Düsseldorf die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH als 100-prozentige Tochter der Stadt ins Leben gerufen. Diese ist zusätzlich zum Amt des Gebäudemanagements und der Schulverwaltung tätig. Die IPM ist von der konzeptionellen Entwicklung über die Finanzierungsplanung sowie Bau- und Projektmanagement bis zum Controlling zuständig. Zur Beschleunigung führt vor allem, dass die Gesellschaft nicht den Vergabevorschriften der Stadt unterliegt, zentral in einem Projekt gearbeitet wird und keine Abstimmung mehrerer Ämter nötig ist.

Laut Geschäftsführer Dr. Heinrich Labbert besteht der Lösungsansatz des sog. Düsseldorfer Modells in der Bündelung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, in der Reform der Verwaltungsprozessabläufe sowie in der Erweiterung der Planungs- und Baukapazität. Das Ergebnis:

„Unter gesamtstädtischer Führung und Koordination kann eine privatwirtschaftlich organisierte und geführte Projektgesellschaft als Kapazitätsentlastung der Bauverwaltung tatsächlich die operative Abwicklung sämtlicher Teilprozesse effizient und zügig umsetzen. Schlanke Strukturen, erfahrenes Personal und eine privatwirtschaftliche Organisation und Führung ergeben deutliche Zeiteinsparungen bei hoher Kosten- und Qualitätssicherheit.“

Die Digitalisierung verändert die Gesellschaft ebenso wie die Wirtschaft. Kommunen sollten diesem Wandel offen gegenüber treten: Was Kämmerer und Bürgermeister von der Industrie 4.0 lernen können, um ihre Kommune effizient und bürgernah aufzustellen, darüber informierte der Workshop „Effizient und bürgernah: Kommunen im digitalen Wandel“.

Ein hoher Grad an Digitalisierung erfordert eine lückenlos funktionierende digitale Infrastruktur auf qualitativ hohem Niveau. Eine digitale Strategie zielt auf Innovation, Nachhaltigkeit, gesteigerte Wertschöpfung und Erhöhung der Lebensqualität. So eröffnen sich beispielsweise Wachstumspotenziale für Unternehmen. Die Stadt kann als technologisches Innovationsfeld fun-

gieren. Vorhandene Energie- und Ressourcenprobleme können durch eine Reduktion der Energie- und Stoffströme gelöst werden. Es entstehen neuartige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger und letztendlich auch veränderte Steuerungs- und Koordinationsprozesse im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Digitale Stadt Nürnberg

Die Stadt Nürnberg hat hierfür bereits eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen, wie Harald Riedel, Referent für Finanzen, Personal, IT und Organisation, berichtete. So wurde beispielsweise im Februar 2017 im Bereich Bildung die Umsetzung der IT-Strategie „Lernen und Lehren an städtischen und staatlichen Schulen in Nürnberg im Digitalen Zeitalter“ beschlossen. Auch das Kulturreferat kümmert sich seit geraumer Zeit um digitale Projekte wie etwa die Digitalisierung von Archiven, digitale Museumspädagogik oder Kulturclips. Zudem wurde ein E-Partizipationsverfahren erfolgreich eingeführt und daraus resultierend InSEK „Digitale Stadt Nürnberg“ initiiert.

Wie Riedel erläuterte, verstehe sich die Stadtverwaltung Nürnberg als moderner Dienstleister für ihre Bürgerschaft. Neben dem klassischen Bürgerservice vor Ort in den Dienststellen gebe es immer mehr elektronische Anwendungen für die Erledigung von Behördengängen.

Auf der Service-Plattform

„Mein Nürnberg“ ließen sich viele Behördengänge online erledigen: Mit seinem persönlichen Account könne der Bürger Formulare ausfüllen oder Anträge direkt bei der zuständigen Dienststelle einreichen. Außerdem sehe er, wie der Bearbeitungsstand seiner Dokumente ist. Die Daten seien dank verschlüsselter Kommunikationswege sicher.

In einigen Bereichen der Stadtverwaltung könnten elektronische Verfahren auch zur Vereinbarung von Terminen genutzt werden. Dazu zählten die Bauregistratur, die Einwohner- und Passtellen in den Bürgerämtern sowie im Einwohneramt, die Führerscheinstelle, die Anmeldung zur Eheschließung im Standesamt und die Kfz-Zulassung in den Bürgerämtern Süd und Ost.

Moderner Dienstleister

„Der klassische Schalterbetrieb wird zur persönlichen Beratung“, prognostizierte Friedel. Alle städtischen „Behördengänge“ werden online durchführbar sein. „Nachweise werden verwaltungsintern abgerufen und müssen nicht mehr beigebracht werden.“ Darüber hinaus werde es keine Formulare mehr geben; die Kommunikation finde auf verschiedenen elektronischen Medien statt.

Zudem werden sich neue Formen der Zusammenarbeit etablieren: „Die Stadtverwaltung stellt nicht nur Online-Angebote zur Verfügung, sondern beteiligt sich künftig aktiv an Communities.“ Auch müsse der Umgang mit Daten neu erlernt werden: Der Schutz der Privatsphäre sowie Transparenz und Augenhöhe bei der Nutzung der Daten erforderten einen noch erheblichen Diskurs.

Über die „Bedeutung der Stadtwerke als Wirtschaftsmotoren der

kommunalen Entwicklung“ informierte Christian Geselle, Oberbürgermeister der Stadt Kassel. Vor dem Hintergrund, dass in allen Geschäftsbereichen ein massiver Wandel feststellbar sei, sei eine Neujustierung des Wirtschaftsmotors nötig.

Die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) mache sich „fit für die Zukunft“, in dem Wettbewerbsposition und Geschäftsmodelle überprüft, Konzern- und Geschäftsfeldstrategien weiterentwickelt, strukturelle Anpassungen und Kostensenkungen vorgenommen sowie Wertschöpfungstiefen und mögliche Kooperationsmodelle geprüft werden. Zudem sorgten schnellere Entscheidungswege und eine höhere Eigenverantwortlichkeit für einen Wandel der Unternehmenskultur.

Mobile Banking:

Tipps für ein sicheres Konto

Viele Verbraucher nutzen ihr Mobiltelefon, um Bankgeschäfte zu tätigen. Damit steigt das Risiko, Opfer von Phishing-Angriffen zu werden.

„Cyberkriminelle nehmen das Online-Banking auf mobilen Endgeräten immer mehr ins Visier“, warnt Tatjana Halm, Juristin der Verbraucherzentrale Bayern, anlässlich des jährlich im Oktober stattfindenden European Cyber Security Month. „Dabei greifen die Täter mit spezieller Schadsoftware Bankkunden an“, so Halm.

„Nachdem die Hacker durch die Phishing-Angriffe Zugriff auf das Konto der Betroffenen erlangt haben, werden mTans auf Mobilgeräte der Täter umgeleitet. Mit diesen können sie dann Überweisungen tätigen.“ Der finanzielle

Letztlich ermögliche eine konsequente Neuausrichtung die Sicherung der Zukunft, betonte Geselle.

IT-Sicherheit ist auch auf kommunaler Ebene ein großes Thema. Schließlich verfügen Kommunen über einen großen Bestand sensibler Daten. Bürger und Unternehmen erwarten mit Recht, dass dem Schutz dieser Daten oberste Priorität eingeräumt wird. Doch die Realität sieht oftmals anders aus. Zum krönenden Abschluss des „13. Deutschen Kämmerertages“ zeigte der Fachinformatiker und Buchautor Tobias Schrödel am praktischen Beispiel, wie Hacker Sicherheitslücken in Computern und Handys zunutze machen. Unterhaltsam und für jeden verständlich erklärte er technische Zusammenhänge, die uns in unserem Alltag betreffen. **DK**

Schaden für Betroffene ist dabei oft beträchtlich. Laut Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) vom August 2017 lag die Schadenssumme im Jahr 2016 bei rund 4.000 Euro pro Fall.

Nutzer fangen sich Schadsoftware auf ihrem Mobilgerät oft über Apps aus unsicheren Quellen ein. Auch lange Update-Zyklen der Hersteller stellen ein Risiko dar, weil viele Sicherheitslücken erst spät geschlossen werden. Geräte mit stark veralteten Betriebssystemen, die im Handel oft preiswert angeboten werden, sind für Cyberkriminelle ebenfalls sehr leicht angreifbar. Die Verbraucherzentrale Bayern rät Nutzern von mobilem Online-Banking, immer die jüngsten Updates des Betriebssystems auf ihren Geräten zu installieren. **□**

Ihr starker Partner für

henne UNIMOg

UNIMOg **JCB** und mehr.

DSGV-Präsident Fahrenschon zur zentralisierten EU-Einlagensicherung:

„Debatte ad acta legen“

Das baldige Ende der Debatte über eine zentralisierte EU-Einlagensicherung forderte Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), nach einer Rede von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Juncker hatte darin – vorausgesetzt man baue Risiken ab – erneut eine Zentralisierung und Vergemeinschaftung von Sicherungsmitteln für Sparer in der EU für notwendig erklärt. Dem widerspricht Fahrenschon: „Die Debatte muss einfach schnell ad acta gelegt werden. Denn die Vorschläge verunsichern die Sparer. In letzter Zeit wurde kaum noch über eine Zentralisierung gesprochen – das hat dem Sparervertrauen nachweislich gut getan.“

In einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des DSGV geben 35 Prozent der Bundesbürger an, dass ihre Spareinlagen ganz sicher seien. Damit liegt der Wert wieder fast auf dem Niveau von 2015, bevor die EU-Kommission ihre Ideen zur Zentralisierung und Vergemeinschaftung von Sicherungsmitteln veröffentlicht hatte. Danach war der Wert vorüber-

gehend auf 27 Prozent gefallen.

Standards in Eigenregie erfüllen

„Die europäische Einlagensicherung ist so, wie sie jetzt europaweit organisiert ist, am verantwortungsvollsten und stabilsten. Es gibt EU-weit einheitlich hohe Standards, die jedes Sicherungs-

system in Eigenregie erfüllen muss. Für alle Sparer in der EU gilt der gleiche Rechtsanspruch. Risiko und Haftung bleiben in einer Hand, und es gibt zusätzlich Brandschutzmauern, die die Ansteckungsgefahren minimieren“.

Angemessene Regulierung statt „one-size-fits-all“

Fahrenschon forderte, dass die EU Bankenregulierung in Zukunft proportionaler ausgestaltet werden solle. Denn regional ausgerichtete Kreditinstitute mit einfachem Geschäftsmodell werden mittlerweile von einer Vorgabefülle erdrückt, die im Zuge der Krisenbewältigung für internationale, weltweit tätige Banken entwickelt wurde. „Vielfalt im Bankensektor erhöht die Stabilität. Angemessene Regulierung ist daher das Gebot der Stunde“, so Fahrenschon. Die Vorschläge, welche die EU-Kommission im Rahmen der Überarbeitung der Kapitaladäquanz-Verordnung unterbreitet hat, seien dazu noch nicht ausreichend. Aus Deutschland liegt nun ein konkreter Vorschlag für mehr Proportionalität in der Bankenregulierung vor, der auf EU-Ebene vorurteilsfrei diskutiert werden sollte.

Solidarität mit Wachstums- und Wettbewerbsförderung

Fahrenschon sprach sich dafür aus, die EU-Strukturfonds zielgerichteter für Reformimpulse einzusetzen. Bei der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sollte die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen Mitgliedstaates im Vordergrund stehen. „Wenn wir den Binnenmarkt weiterentwickeln und die wirtschaftspolitische Kooperation intensivieren, sollte es möglich sein, in allen Mitgliedstaaten Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.“ Voraussetzung sei, dass die einzelnen Staaten die notwendigen Wirtschafts- und sozialpolitischen Strukturformen etwa in den Bereichen Arbeitsmarkt, Rentenversicherung, Bildung oder branchenspezifischer Regulierung auf den Weg brächten.

Sparkassen wollen neue Impulse bei Vermögensbildung für alle

Fahrenschon: „Vertrauensverlust in Politik- und Wirtschaftssystem entgegenwirken“

Eine globale Krise des Vertrauens in das Politik- und Wirtschaftssystem haben die deutschen Sparkassen und Landesbanken ausgemacht. Die Befürchtungen der Bevölkerung vor Globalisierung, Digitalisierung und Migration müssten stärker ins Blickfeld genommen werden, sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, anlässlich der Pressekonferenz des DSGV bei der Herbsttagung von Internationalen Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Washington.

Eine Mehrheit der Bevölkerung zweifelt nach aktuellen Studien daran, dass das heutige wirtschaftlich-politische System in ihrem Interesse arbeite. Dieses Phänomen sei keine amerikanische oder britische Besonderheit, sondern zeige sich weltweit, vor allem in den westlichen Industrieländern.

Es werde immer deutlicher, wie stark die gesellschaftspolitische Stabilität wichtiger Schlüsseländer Einfluss auf die globale Wirtschafts- und Finanzmarktstabilität habe. Deshalb müssten die internationalen Akteure den unterschiedlichen regionalen Strukturen mehr Beachtung schenken als bisher, forderte der DSGV-Präsident.

Ungestörte weltweite Handelsbeziehungen

Fahrenschon warb in Washington für ungestörte weltweite Han-



Stifter und Begünstigte kamen auf dem Ziegelhof des Bunten Kreises zusammen. 97.000 Euro konnte die Stiftergemeinschaft dieses Jahr ausschütten.

Augsburger Stiftungstage

Stiftergemeinschaft schüttet 97.000 Euro an regionale Einrichtungen aus

Augsburg – Mit den Augsburger Stiftungstagen lenkte die Kreissparkasse das Interesse auf eine besonders nachhaltige Art der Vermögensanlage. Zwei Tage lang präsentierten sich Augsburger Stiftungen in der Zentrale am Martin-Luther-Platz und informierten über ihre Arbeit. Das Rahmenprogramm zeigte, wie vielfältig sich die gemeinnützigen Einrichtungen betätigen und Gutes in der Region bewirken. Ihre Arbeit wurde auch dieses Jahr mit einer Ausschüttung belohnt: Rund 97.000 Euro hatte die Kreissparkasse im vergangenen Jahr mit dem Vermögen der Stiftergemeinschaft erwirtschaftet.

Die Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse wächst weiter. Gegründet 2008 zählt sie inzwischen 55 Zustiftungen. Neu hinzu kam 2017 etwa die Bürgerstiftung Zusmarshausen.

Werte dauerhaft bewahren

Für Stifter, Begünstigte und Interessenten veranstaltete die Kreissparkasse erstmals die Stiftertage. Ziel war es, einen informellen Austausch von Informationen und Erfahrungen zu ermöglichen. Denn für den Stifter ist die Umsetzung einer Stiftung nur auf den ersten Blick aufwändig. „Viele sind erstaunt, wie einfach wir Lösungen für scheinbar komplizierte Nachfolgeregelungen gestalten, zum großen Teil sogar steuerlich interessant für den Stifter. Damit kann das Lebenswerk von Menschen dauerhaft bewahrt werden“, sagt Andreas Jäckel, Leiter des Kompetenzzentrums Nachlass- und Stiftungsmanagement der Kreissparkasse. Er weiß, was Stifter antreibt: „Menschen geben gerne

Geld für gemeinnützige Projekte, die ihnen wichtig sind. Sie legen Wert darauf, dass damit etwas dauerhaft Sinnvolles geschieht.“ Genau das ist bei Stiftungen der Fall. Im Gegensatz zu einmaligen Spenden sind sie besonders nachhaltig, denn ausgeschüttet werden nur die Erträge, das Stiftungsvermögen selbst bleibt unangetastet. Gründung und Verwaltung sind mit Hilfe der Kreissparkasse einfach. Schon ab 25.000 Euro ist die Gründung einer Namensstiftung unter dem Dach der Stiftergemeinschaft möglich. Der Stifter bestimmt den Zweck und die zu begünstigende Einrichtung, kann dies zu Lebzeiten aber auch jederzeit ändern.

Um die Verwaltung kümmern sich Experten

Um die Vermögensverwaltung kümmern sich die Experten der Kreissparkasse. Sie haben 2017 aus dem Stiftungsvermögen von über 5 Millionen Euro eine Ausschüttung von über 97.000 Euro erwirtschaftet – ein neuer Re-

kordwert und 17.000 Euro mehr als im Vorjahr. „Unsere seit Jahren vorausschauende Anlagestrategie hat sich auch im aktuellen Markt, in dem es kaum Zinsen gibt, bewährt“, so Andreas Jäckel.

Ein Höhepunkt der Stiftertage war die jährliche Ausschüttung, die diesmal auf dem Ziegelhof beim Bunten Kreis stattfand. 97.000 Euro flossen in diesem Jahr an mehr als 40 gemeinnützige Einrichtungen. Darunter etwa der Bunte Kreis, der Familien mit schwerkranken Kindern betreut, und die Lebenshilfe Augsburg, die geistig behinderte Menschen und deren Familien unterstützt.

Ungewöhnliches Ambiente

Im Rahmen der Stiftertage präsentierten einige Einrichtungen ihre Arbeit in der Kreissparkasse. Neben der Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse und der Stiftung Bunter Kreis waren darunter die Bürgerstiftung Augsburg Land sowie die Augsburger Hospiz- und Palliativstiftung. Die Stiftung Augsburger Theater Kultur, die die Theaterkultur in der Fuggerstadt fördert, nutzte die Gelegenheit, um Gelder einzuwerben und veranstaltete ein Benefizkonzert. Das Salon Orchester Sally Du Randt verwandelte das Atrium der Kreissparkasse in einen Konzertsaal. Die Zuhörer waren begeistert.



Ralf Fleischer (l.), Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, seine Vorstandskollegin Marlies Mirbeth (Mitte) und der Leiter der Direktion Personal, Andreas Kellerer (r.) sind stolz auf das erstmals errungene Zertifikat zum audit berufundfamilie, das von einer Tochtergesellschaft der gemeinnützigen Hertie-Stiftung verliehen wird.

Zukunftsfähig aufgestellt

Stadtparkasse München erhält die Zertifizierung „audit berufundfamilie“

München (sskm). Die Stadtparkasse München ist für ihre strategisch angelegte Familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet worden. Insgesamt erhielten 353 Arbeitgeber – 159 Unternehmen, 153 Institutionen und 41 Hochschulen – diese Auszeichnung in Deutschland.

Voraussetzung für das drei Jahre gültige Zertifikat ist das erfolgreiche Durchführen des audit berufundfamilie, das von der berufundfamilie Service GmbH angeboten wird. Das Audit erfasst den Status quo der bereits angebotenen familien- und lebensphasenbewussten Maßnahmen.

Familienbewusste Personalpolitik

Das Audit bewertet die bei der Stadtparkasse München bereits umgesetzten umfangreichen Maßnahmen als sehr familienfreundlich. Dazu gehören zum Beispiel die variable Arbeitszeit orientiert an Servicezeiten, unbezahlte Freistellungsmöglichkeiten sowie ein aktives Gesundheitsmanagement. Darüber hinaus eigene Kinderbetreuungseinrichtungen und zusätzliche Belegplätze in städtischen Kindergärten und Horteinrichtungen sowie das Beratungsangebot des pme Familienservice zu Kinderbetreuung und Pflege von Familienangehörigen.

Wichtige Elemente im Leben

„Sowohl Beruf als auch Familie sind sehr wichtige Elemente im Leben. Kann ich beides gut miteinander vereinbaren, wirkt sich dies positiv auf das eigene Wohlbefinden und letztlich auch auf die berufliche Motivation aus. Wir wissen, dass unsere Mitarbeiter der Schlüssel zum Erfolg unserer Sparkasse sind. Deshalb ha-

ben wir die Basis für eine Personalpolitik geschaffen, die die Familien und die individuellen Lebensphasen der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt“, sagt Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München. Die Stadtparkasse München gehört zu 55 Arbeitgebern, die das Verfahren zum audit berufundfamilie zum ersten Mal erfolgreich durchlaufen haben.

Dienstleister und Kompetensträger

Die berufundfamilie Service GmbH ist Dienstleister und der Kompetensträger im Themengebiet Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben. Sie begleitet erfolgreich Unternehmen, Institutionen und Hochschulen bei der Umsetzung einer nachhaltigen familien- und lebensphasenbewussten Personalpolitik und der Gestaltung familiengerechter Forschungs- und Studienbedingungen. Ihr zentrales Angebot ist das audit berufundfamilie/audit familiengerechte hochschule, das von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung initiiert wurde. Das audit steht unter der Schirmherrschaft des Bundesfamilienministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums. Die berufundfamilie Service GmbH ist eine Beteiligungsgesellschaft der berufundfamilie Management eG und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung.

Informationen: www.berufundfamilie.de

samkeit geschenkt werden.

Wegen der hohen Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung mit niedriger eigener Kapitalvorsorge einerseits und der niedrigen Wohnungseigentumsquote andererseits weise Deutsch-

Basel IV geht in die falsche Richtung

Mit Sorge verfolgt die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand die Verhandlungen im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht. Dort wird derzeit zwischen Notenbanken und Aufsehern auf internationaler Ebene um neue Eigenkapitalvorgaben für Bankkredite gerungen.

Die Verhandlungen lassen höhere Eigenmittelanforderungen bei Instituten mit vergleichsweise risikoreichen Geschäftsmodellen erwarten. Dies widerspricht dem bewährten Grundsatz, dass die Risikoabsicherung durch Eigenkapital in proportionalem Verhältnis zum laufenden Ausfallrisiko steht.

Strenge Regeln für risikoreiche Kredite sind zwar richtig. Aber es ist überzogen, risikoarmes Geschäft mit denselben strengen Regularien zu überziehen. Folge dieser Abkehr vom Proportionalitätsgrundsatz wäre eine Verteuerung der Kredite oder auch eine Einschränkung der Kreditvergabe. Besonders betroffen hiervon wären mittelständische Unterneh-

land eine höhere Vermögensungleichheit als andere Euroländer auf. Deshalb sollte neben der Wohneigentumsförderung auch die Vermögensbildung von Geringverdienern neu belebt werden. Dazu müsste das Vermögensbildungsgesetz in den Einkommensgrenzen und im Förderumfang zeitgemäß ausgestaltet werden. Fahrenschon kündigte dazu Vorschläge der deutschen Sparkassen für die neue Bundesregierung an.

men, für die der Hausbankkredit das tragende Fundament der Unternehmensfinanzierung ist.

Der Mittelstand ist auf angemessene internationale Regeln für Bankkredite angewiesen. Die unter dem Stichwort Basel IV derzeit diskutierten Regulierungsvorhaben gehen in die falsche Richtung. Leitbild für die Fortentwicklung der Eigenkapitalvorgaben für Bankkredite muss weiterhin der Proportionalitätsgrundsatz bleiben.

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand sind u.a. die Bundesverbände der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband.

Stadtsparkasse München:

Kundenservice neu gestaltet

Neues Filialkonzept: Längere persönliche Erreichbarkeit mit neuer DirektFiliale für alle von 8 bis 20 Uhr

München (sskm). Die Stadtsparkasse München gestaltet ihre Service- und Beratungsangebote für ihre Kunden neu: Sie orientiert sich dabei an den Wünschen ihrer Kunden, die neben BeratungsCentern für Privat- und Firmenkunden an zentralen Standorten zunehmend digitale bzw. mobil nutzbare Wege bevorzugen. „Unsere Kunden können nun je nach Situation, in der sie sich gerade befinden, noch besser als zuvor entscheiden und wählen, wie und wann sie mit uns in Verbindung treten. Wir bieten nun noch schneller die passenden Lösungen“, freut sich Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München, über diese Verbesserungen.

So wird die Zahl der vor zweieinhalb Jahren neu eingeführten acht BeratungsCenter, um weitere neun mehr als verdoppelt. Sie stehen für alle Finanzfragen von Privat- und Firmenkunden offen - zum Teil sogar mit Unterstützung von Spezialisten für Versicherungslösungen, Immobilienangeboten und Bauparläufigungen. Die Anzahl dieser Vertriebsstellen erhöht sich auf 17 und sichert somit einen flächendeckenden Einsatz in ganz München. Zusätzlich gründet die Stadtsparkasse eine neue Direkt-Filiale, die für die Kunden telefonisch Montag bis Freitag von 8 bis 20 Uhr da ist und sie aktiv betreut.

Persönliche ...

Anders als im bisher bekannten KundenServiceCenter, bei dem Kunden per Telefon ausschließlich Service- und Zahlungsaufträge erteilen, sprechen die Kunden bei der Direkt-Filiale immer persönlich mit einem Bankberater und benötigen dazu keine vorherige Terminvereinbarung. Der Berater kümmert sich um das jeweilige Anliegen des Kunden und berät fallabschließend zu Finanzprodukten. Dort sollen künftig bis zu 50 Kundenberater beschäftigt sein.

Neben den 17 BeratungsCentern für Privat- und Firmenkunden, weiteren 31 Filialen für Privatkunden wird es außerdem darüber hinaus künftig 71 sb-Standorte mit Geldautomaten geben - davon 46 zusätzlich mit sb-Terminal/Kontoauszugsdrucker ausgestattet. Weitere zehn Filialen werden an zwei oder drei Tagen von Montag bis Freitag - abhängig vom bisherigen Kundennutzungsverhalten - zu den bisherigen Öffnungszeiten geöffnet sein. BeratungsCenter, an deren Standorte Kunden auch mittags durchgehende Öffnungszeiten bevorzugen, werden diesen Wunsch erfüllen.

... und flexible Beratung

Die weiteren Filialen sind unverändert von Montag bis Freitag, 8:45 bis 12:30 Uhr und von 13:30 - 16 Uhr geöffnet, Donnerstags bis 18 Uhr. Zwölf der bisherigen Filialen werden zu sb-Einheiten umgewandelt, lediglich fünf Filialstandorte geschlossen. Selbstverständlich bieten die Berater aller Kundeneinheiten ihren Kunden gerne an, nach individueller Terminabsprache auch außerhalb der Filialöffnungszeiten zu beraten.

Digitalisierung

Weiterhin gibt es zentrale Kundeneinheiten, zum Beispiel für große Unternehmenskunden, Existenzgründer, für das Stiftungsmanagement, für Immobilien-Finanzierungen, das Private Banking oder die BusinessLine für kleinere Firmenkunden. Kunden können seit wenigen Jahren auch per Text- und Video-Chat mit dem KundenServiceCenter der Stadtsparkasse München kommunizieren. Längst kann ein neues Girokonto bei der Stadtsparkasse München bereits komplett digital eröffnet werden, ohne dazu in eine Filiale gehen zu müssen.

Verbesserte Services

Diesen verbesserten Services liegt eine Analyse darüber zu Grunde, wie stark die Kunden die Filialen für Beratungsleistungen frequentieren. Der Verwaltungsrat hat dem neuen Filialkonzept einstimmig zugestimmt. Die Stadtsparkasse München bietet auch nach Einführung ihres neuen Vertriebskonzepts ab März 2018 weiterhin das dichteste Bank-Filialnetz im gesamten Stadtgebiet. Das garantiert den Kunden unverändert große Nähe mit persönlicher und individueller Beratung. Dies wird mit der heutigen Mannschaftsstärke im Vertrieb gewährleistet. Die Mitarbeiter werden entsprechend der sich ändernden Wünsche so eingesetzt, dass diese sich jederzeit gut beraten und betreut fühlen.

„Die Münchnerinnen und Münchner sind moderne Menschen, die zeitgemäße Angebote

schätzen und erwarten. Auch die digitale Kompetenz der älteren Bevölkerung wächst. Daher bauen wir unsere digitalen Angebote laufend aus. In der aktuellen Oktober-Ausgabe des Fachmagazins CHIP wurde die Stadtsparkasse München für das beste OnlineBanking unter den deutschen Regionalbanken ausgezeichnet. Zu unseren verbesserten Services zählt die Möglichkeit, sich telefonisch auch außerhalb der Öffnungszeiten unserer Filialen persönlich beraten zu lassen“, sagt Ralf Fleischer.

„Mit unserem verbreiterten Angebot über viele unterschiedliche Kanäle bieten wir unseren über 800.000 Kunden Mehrwerte in Service und Beratung. Gerade die neue Direkt-Filiale, bei der unsere Kunden von Beratern auch ohne Termin persönlich am Telefon betreut werden, wird ebenso sehr begrüßt, so die Analysen der Kundenwünsche.“

Weitere Standorte

Die Versorgung der Münchner mit Bargeld ist mit dem neuen Filialkonzept weiterhin garantiert: 221 Geldautomaten sind an über 130 Standorten unverändert im Stadtgebiet im Einsatz. München ist derzeit in Deutschland die Stadt mit dem größten Bevölkerungswachstum. Und die Stadtsparkasse München wächst mit ihren Angeboten mit. Überall dort, wo in den nächsten Jahren neue Stadtquartiere entstehen, wird sie die Ansiedlung neuer sb-Einheiten, Filialen bzw. BeratungsCenter prüfen und neue Standorte errichten. Erst vor wenigen Monaten hat die Stadtsparkasse eine weitere sb-Einheit in den Riem-Arcaden eröffnet. □

Triple A in der HAUS DER STIFTER-Familie:

Ausstellung, Ausschüttung und Altruismus

Die HAUS DER STIFTER-Familie, die Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg, hat sich zum fünften Geburtstag das schönste Geschenk selbst gemacht: In der Ausstellung „Gutes tun ist einfach“ präsentieren sich bis 7. Januar 2018 die 14 Förderstiftungen der Stiftergemeinschaft erstmals zusammen im Atrium des Finanz- und Gesundheitszentrums am Sparkassenplatz in Friedberg. Eine eigene Stiftung einrichten, spenden oder zustiften: Auch darüber informiert die Ausstellung.

Im Rahmen der Vernissage konnte die Kuratoriumsvorsitzende Cornelia Kollmer darüber hinaus eine neue Förderstiftung in der Stiftergemeinschaft begrüßen. Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Fördervereins Jugendfarm im Augsburg Westen e. V. errichteten engagierte Mitarbeiter die Förderstiftung youfarm.

Neue Förderstiftung

Die Jugendfarm ist ein pädagogisch betreuter Spielplatz, der im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung die Spiel- und Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in den neu wachsenden Vierteln im Augsburg Westen verbessern will. Mit Hilfe der neugegründeten Stiftung sollen die Arbeit und die Projekte des Fördervereins Jugendfarm langfristig fortgeführt und die vielfältigen Angebote der youfarm finanziell gesichert werden. „Ein weiterer Baustein, der dazu beiträgt, Gutes für die Menschen und die Region zu tun“, so Cornelia Kollmer, die gleichzeitig auch dazu aufrief, sich weiter zu beteiligen und zu engagieren.

„Unsere Stifterfamilie besteht mittlerweile aus 43 Stiftungen. Die meisten, nämlich 29, wurden von

Privatpersonen eingerichtet, die anonym bleiben wollen. Anders die 14 Förderstiftungen, die sich in der Ausstellung präsentieren. Sie brauchen Öffentlichkeit um Spenden und Zustiftungen zu bekommen.“

Aber nicht nur die Förderstiftungen kommen in den Genuss der erfolgreichen Arbeit der Stiftergemeinschaft: In den vergangenen fünf Jahren wurden diverse Einrichtungen, überwiegend aus der Region, mit fast 200.000 Euro unterstützt. Heuer freuen sich 32 Einrichtungen über rund 40.000 Euro.

Zahlreiche Stifter und Begünstigte waren der Einladung der Stadtsparkasse Augsburg zu einem „Pre-Opening“ vor der eigentlichen Ausstellungseröffnung am Abend gefolgt. Bei Kaffee und Kuchen, den die Sparkasse spendierte, konnten sich die Stifterinnen und Stifter anschauen, was ihr Geld bereits Gutes bewirkt hat oder mit den Vertretern der begünstigten Einrichtungen ins Gespräch kommen.

Dieter Weisner von der DT Deutsche Stiftungstreuhand, die für die Verwaltung, Kontrolle und Betreuung der Stiftergemeinschaft zuständig ist, brachte es auf den Punkt: „Spenden hilft kurzfristig, Stiftungen helfen dauerhaft.“ □

S-Premium Forum der Stadtsparkasse Augsburg:

Gelassenheit kann man lernen

Neun Geheimnisse gelassener Menschen verrät Professor Dr. Martin-Niels Däfler rund 350 begeisterten Zuhörern der Stadtsparkasse Augsburg. Zu ihrem S-Premium Forum hatte die Sparkasse traditionell Geschäftspartner und Kunden eingeladen.

Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden Rolf Sattelmeier, machte Dr. Walter Eschle (stv. Vorstandsvorsitzender) die Gäste neugierig darauf, mehr über die GEMS, die gelassenen Menschen zu erfahren und dabei auch den ein oder anderen Tipp mitzunehmen.

Bewegung als Ausgleich

Denn: neun von zehn Menschen sind nicht gelassen. Diese Aussage stellte Prof. Däfler an den Beginn seines Vortrages. Die gute Nachricht: Gelassenheit entscheidet sich im Gehirn, d. h. sie ist erlernbar!

Was auf jeden Fall dazu gehört ist Bewegung, die als

Ausgleich für das körperliche und seelische Wohlbefinden sehr wichtig ist.

Im Hier und Heute leben

Auch Freundlichkeit im Alltag gehört dazu, genauso wie das „Britta-Steffen-Prinzip“. Dahinter verbirgt sich das Erkennen und Einordnen der Verhältnismäßigkeit von Problemen. Nimmt man als Maßstab z. B. den Weltfrieden, kann es gelingen, die Dinge, über die man sich ärgert oder aufregt, anders zu gewichten und entsprechend einzuschätzen.

Auch die Ratschläge, zu akzeptieren, was nicht zu ändern ist, an belastenden Situationen

das Positive zu suchen und im Hier und Heute zu leben bzw. auch öfter mal „nein“ zu sagen, kamen bei den Gästen gut an. Die von Professor Däfler angebotenen 'Nö!-Postkarten', zufällig in (fast) Sparkassen-Rot, gingen weg wie warme Semmeln.

Dass wir alle unterschiedliche Perspektiven haben und den Standpunkt anderer berücksichtigen sollen, legte der Professor für Kommunikation seinen Zuhörern ebenfalls ans Herz. Ein einfaches Mittel hierfür ist, öfter mal nach dem „Warum“ zu fragen, um einem Streit oder einer Eskalation zuvor zu kommen.

Humor verlängert das Leben um bis zu 20 Prozent, u. a. aufgrund der Bildung von immunstärkenden Zellen. Das haben Studien herausgefunden und deshalb die Empfehlung des auch als Buchautor erfolgreichen Trainers: Lachen Sie einfach öfter mal!

Für inneren Frieden sorgen

Dann gelingt es auch möglicherweise leichter, den inneren Frieden herzustellen, der, so der Coach, die Grundlage für alles andere ist. Übersetzt heißt das: Dankbar für alltägliche Kleinigkeiten sein, achtsamer durch die Welt zu gehen bzw. auf sich selbst zu achten. Denn: Nur wenn es mir gut geht, kann ich gelassen sein und damit auch anderen gut tun. „Wer nicht genießen kann, der wird ungenießbar“, so die Aussage, die dann zum letzten „Ratschlag“ des Abends führte: Genießen Sie das Leben! □



Der Stadtsparkassen-Vorstand und der „Professor für Gelassenheit“ mit seinem 'Methodenkoffer'. Von links: Dr. Walter Eschle (stv. Vorstandsvorsitzender), Cornelia Kollmer (Vorstandsmitglied), Prof. Dr. Martin-Niels Däfler und Rolf Sattelmeier (Vorstandsvorsitzender). □

Daheim ist einfach.

Wenn einem der Finanzpartner immer das Gefühl von Nähe gibt. Wir sind immer für Sie erreichbar. Ob in der Filiale in Ihrer Nähe oder online rund um die Uhr von zu Hause aus. Schauen Sie doch einfach mal entspannt vorbei.

sparkasse.de

Wenn's um Geld geht

„Der Abbau bürokratischer Hürden hilft“

GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros über Erwartungen und Forderungen der bayerischen Genossenschaften an die künftige Bundesregierung

Deutschland hat gewählt. Jetzt müssen die im künftigen Bundestag vertretenen Parteien eine regierungsfähige Koalition auf die Beine stellen und ihre Ziele in einem Koalitionsvertrag festschreiben. Worauf es den Genossenschaften im Freistaat dabei ankommt, macht der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Dr. Jürgen Gros, im Interview deutlich.

Herr Dr. Gros, auf die neue Bundesregierung warten viele Herausforderungen. Eine wird die von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron angeführte Debatte über die Weiterentwicklung der Europäischen Union sein. Wie stehen die bayerischen Genossenschaften dazu?

Jürgen Gros: Die bayerischen Genossenschaften stehen zur europäischen Idee. Sie bietet politische Stabilität und hat für die Wirtschaft förderliche Rahmenbedingungen wie den gemeinsamen Binnenmarkt hervorgebracht. Klar ist aber auch, dass Europa noch immer stark von Überregulierung, Bürokratie, zu wenig Transparenz und mangelndem Pragmatismus gekennzeichnet ist. Das müssen die bayerischen Genossenschaften in der Praxis immer wieder feststellen. Ob noch mehr Europa dagegen hilft und zur Festigung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beiträgt, bezweifle ich.

Was hilft dann?
Jürgen Gros: Der Abbau bürokratischer Hürden hilft. Statt Überregulierung und Kontrollwahn brauchen wir europäische Vorgaben, die sich auf das Wesentliche konzentrieren, die einfach und verständlich sind und vom deutschen Gesetzgeber nicht noch verschärft werden. Darüber hinaus sollte die neue Bundesregierung konsequent auf das Sub-

sidaritätsprinzip setzen. Das heißt, sie sollte penibel darauf achten, dass die EU-Mitgliedsstaaten das regeln dürfen und müssen, was sie regeln können. Wir brauchen eine klare Abgrenzung zwischen Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten und Zuständigkeiten der EU.

Können Sie dafür ein Beispiel nennen?

Jürgen Gros: Das beste Beispiel dafür sind die Pläne für ein europäisches Einlagensicherungssystem.



Dr. Jürgen Gros.

system. Die EU-Kommission will den in Deutschland seit 80 Jahren bewährten genossenschaftlichen Einlagenschutz faktisch durch ein gemeinschaftliches europäisches Sicherungssystem ablösen. Die

bisherige Bundesregierung hat in der Vergangenheit klar geäußert, dass sie von dieser Idee nichts hält. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken verlassen sich darauf, dass sich auch die neue Bundesregierung dafür einsetzen wird, das hohe Schutzniveau für die Sparer in Deutschland zu bewahren.

Warum ist Ihnen der Erhalt der deutschen Einlagensicherung so wichtig?

Jürgen Gros: Das deutsche Einlagensicherungssystem schafft Vertrauen bei den Sparern und Unternehmen. Eine europäische Einlagensicherung hingegen erzeugt Fehlanreize im Bankensystem und legt den Grundstein für eine europäische Transferunion. Was spricht dagegen, dass die EU-Mitgliedsstaaten auch weiterhin eigenverantwortlich für die Risiken in ihren nationalen Bankensystemen einstehen? Zumal die ungleich verteilten Bestände an faulen Krediten, die insbesondere die Länder Südeuropas belasten, immer noch nicht reduziert sind. Die jüngsten Rettungsaktionen von Banken in Spanien und Italien haben gezeigt, dass noch erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Der GVB tritt für eine verhältnismäßige Regulierung kleiner Banken ein. Welche Unterstützung erwarten Sie von der zukünftigen Bundesregierung?

Jürgen Gros: Es ist gut, dass die europäische Finanzmarktregulierung mittlerweile auf dem Prüfstand steht. Viele Regeln sind infolge der Finanzkrise vor zehn Jahren entstanden und auf international tätige Großbanken zugeschnitten. Die Regelwerke müssen aber auch die kleineren Institute wie die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken erfüllen. Das belastet sie sowie ihre Kunden erheblich und zeigt, dass Europa mehr Verhältnismäßigkeit in der Bankenregulierung braucht. Die neue Bundesregierung ist gefordert, sich weiter dafür einzusetzen und den eingeleiteten Überprüfungsprozess voranzutreiben.

Wie lässt sich mehr Verhältnismäßigkeit in der Regulierung herstellen?

Jürgen Gros: Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken fordern eine zielgenaue und differenzierte Bankenregulierung. Das heißt, regionale Institute mit überschaubaren und risikoarmen Geschäftsmodellen müssen anderen Anforderungen unterliegen als international tätige Investmentbanken. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken unterstützen die Einführung eines solchen, auf Regionalbanken angepassten Regulierungsrahmens, den übrigens auch Bundesbank und BaFin fordern. Es ist mittlerweile Konsens, dass kleine und mittlere Banken unter anderem von Melde- und Offenlegungspflichten befreit werden sollten, die zu hohem Aufwand führen, aber nicht zu mehr Finanzstabilität beitragen.

Der GVB warnt immer wieder davor, dass eine undifferenzierte „One-size-fits-all“-Regulierung in Deutschland zu Strukturveränderungen führt, weil sie kleinere Banken überlastet. Dadurch wächst der Druck zur Größe. Warum sollte sich die Bundesregierung für den Erhalt der Bankenlandschaft in Deutschland einsetzen?

Jürgen Gros: Die vielfältige Bankstruktur in Deutschland ist ein enormer Standortvorteil, den wir erhalten sollten. Das hat der Bundesfinanzminister zuletzt selbst hervorgehoben. Das Nebeneinander der unterschiedlichen Ge-

schaftsmodelle von Geschäftsbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken macht unser stabiles Finanzsystem leistungsfähig und dient der mittelständisch geprägten Wirtschaft. Das hat sich insbesondere in der Finanzkrise gezeigt, in der es in Deutschland – anders als in vielen anderen europäischen Staaten ohne eine vergleichbare Struktur – zu keiner Kreditklemme gekommen ist.

Die 1.278 bayerischen Genossenschaften mit ihren rund 51.000 Beschäftigten bilden gemeinsam eine der großen mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat. Was muss die Bundesregierung tun, um den Mittelstand zu fördern?

Jürgen Gros: Eines ist mir besonders wichtig: Der Mittelstand muss spürbar von Bürokratie befreit werden. Das gilt nicht nur für Regionalbanken, sondern für alle kleinen und mittleren Betriebe, zu denen auch viele Genossenschaften im Freistaat zählen. Sie sind Rückgrat und Motor unserer Wirtschaft, schaffen Wachstum und Beschäftigung. Dafür brauchen sie Rahmenbedingungen, die Eigenverantwortung fördern und Raum für Neues lassen. Die Bundesregierung muss deshalb den schleppenden Bürokratieabbau forcieren. Dazu gehört es auch, kritisch zu prüfen, welche Berichts- oder Dokumentationspflichten wirklich einen gesellschaftlichen Nutzen bringen, und welche allein das unternehmerische Handeln erschweren.

In den vergangenen Monaten sind immer wieder Forderungen laut geworden, den Einsatz von Bargeld einzuschränken. Was halten Sie davon?

Jürgen Gros: Bargeld ist in Scheinen und Münzen materialisierte individuelle Freiheit. Die Bürgerinnen und Bürger sollten weiterhin selbst entscheiden dürfen, ob sie bar bezahlen oder nicht. Die künftige Bundesregierung ist aufgefordert, dieses Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen. Die rund 260 bayerischen Energiegenossenschaften haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Photovoltaik- oder Biogasanlagen in Betrieb genommen, die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden. Wie wichtig ist der Bestandsschutz für diese Anlagen?

Jürgen Gros: Verlässliche Rahmenbedingungen sind unerlässlich. Am Bestandsschutz für die Altanlagen darf nicht getüfelt werden. Das heißt, einmal erteilte Zusagen, auf deren Basis Investitionsentscheidungen getroffen wurden, müssen weiterhin gelten. Andernfalls wird das Vertrauen der Bürger, Unternehmen und Investoren in politische Zusagen und Gesetze beschädigt. Die künftige Bundesregierung sollte zwingend die gesetzlich festgeschriebenen Vergütungszusagen bis zu ihrem Auslaufen garantieren.

Die genossenschaftliche Milchwirtschaft spielt in Bayern eine Schlüsselrolle. Rund fünf Millionen Tonnen Milch gehen pro Jahr durch genossenschaftliche Hände. Dennoch ist in den vergangenen Monaten immer wieder Kritik an den Lieferbeziehungen laut geworden. Was sagen Sie dazu?

Jürgen Gros: Mich wundert das. Die Lieferbeziehungen bei den genossenschaftlichen Molkereien sind allein die Angelegenheit der Genossenschaftsmitglieder. Sie bestimmen demokratisch darüber, wie mit Liefermengen oder Kündigungsfristen umgegangen wird. Auf diese Weise sind in den vergangenen 160 Jahren Strukturen gewachsen, die es sich zu erhalten lohnt. Denn sie bieten den Milchbauern viel Planungssicherheit und gewährleisten eine verlässliche Versorgung mit Milchprodukten. Dabei sollte es bleiben. Jeder Eingriff von außen verbietet sich deshalb. Das sollten auch die politischen Entscheidungsträger respektieren.

Vielen Dank für das Gespräch. □

Bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken:

Vergabe der Journalistenpreise 2017

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat haben im Literaturhaus in München zum sechsten Mal seit 2012 herausragende journalistische Arbeiten ausgezeichnet. Die drei mit insgesamt 20.000 Euro dotierten Preise gingen an Jessica Seidel, Valerie Tielich und Simon Kunert für eine Artikelserie in „Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung“, an Hannes Grassegger und Till Krause für einen Beitrag im „Süddeutsche Zeitung Magazin“ sowie an Moritz Aisslinger für eine Reportage in „Die Zeit“. Eine Jury hatte die Preisträger aus fast 70 Bewerbungen ausgewählt.

Der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Jürgen Gros, würdigte die Leistungen der Preisträger und hob den Stellenwert von hochwertigem Journalismus hervor. Es brauche Berichterstatter, „die auf der Suche nach Themen hartnäckig und unermüdet ihren Spürnasen folgen. Die sich nicht abwimmeln lassen und immer wieder nachfragen.“ Da die klassischen Qualitätsmedien zunehmend Konkurrenz durch soziale Netzwerke erhalten, müsse jedoch auch darüber gesprochen werden, wie Unternehmen diese Form von Journalismus unterstützen können.

Henriette Löwisch, Leiterin der Deutschen Journalistenschule, rief die Wirtschaft dazu auf, sich angesichts von „Filterblasen und Fake News“ stärker bei der Förderung des journalistischen Nachwuchses zu engagieren. „Für die Zukunft der demokratischen Gesellschaft ist es überlebenskritisch, dass die Journalisten von morgen bessere und fähigere Journalisten sind als die von heute“, sagte Löwisch.

Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Preis

Die Redakteure Jessica Seidel, Valerie Tielich und Simon Kunert erhielten den Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Preis (Preisgeld: 8.000 Euro) zum Thema wirtschaftliche Bildung für ihre siebenteilige Artikelserie „Ostbayern 4.0“ im „Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung“. Darin beschäftigen sie sich intensiv mit der Frage, wie die Digitalisierung die Arbeitswelten kleiner und mittlerer Unternehmen aus dem Landkreis Straubing-Bogen verändert. Die Jury überzeugte die „breit angelegte und für eine Regionalzeitung aufwendige Recherche“, auf der die Serie basiert. Die Laudatio hielt Gregor Peter Schmitz, Leiter des Hauptstadtbüros der Wirtschaftswoche und künftiger Chefredakteur der Augsburger Allgemeinen.

Erbschaftsteuer:

Sonderweg Bayerns ist richtig

Der Bund der Steuerzahler in Bayern begrüßt ausdrücklich die Haltung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, den Ländererlass zur Erbschaftsteuer nicht mitzutragen. Man könne Bayern deswegen nicht den Vorwurf machen, das geltende Erbschaftsteuerrecht nicht anwenden zu wollen. Es ist unbestritten, dass das Erbschaftsteuergesetz mit der Neuordnung der Unternehmensnachfolge für alle Bundesländer gilt, somit auch in Bayern.

Es ist aber laut bayerischem Steuerzahlerbund richtig, wenn Bayern daran festhält, dass das nach langem Ringen und mit Kompromissen entstandene Gesetz nun auch entsprechend dem Willen des Gesetzgebers ausgelegt wird, nach dem der Fortbestand der Unternehmen und die damit verbundenen Arbeitsplätze erhalten werden sollen. Der koordinierte Ländererlass, den Bayern nicht mitträgt, interpretiert die im Gesetz vorgesehenen Regelungen für die Betriebe vielfach steuerverfeindlich, was dem Sinn des Gesetzes widerspricht. Wenn Bayern an einer steuerverfreundlichen Gesetzesauslegung festhalten will, so sollten weder die anderen Länder noch die bayerische Opposition daran Kritik üben.

Der BdSt hatte sich im Gesetzgebungsverfahren – übrigens wie auch das Land Bayern – für eine Regionalisierung der Erbschaftsteuer ausgesprochen. Immerhin

Hermann-Schulze-Delitzsch-Preis

Der Hermann-Schulze-Delitzsch-Preis (Preisgeld: 8.000 Euro) für Verbraucherschutz ging an Hannes Grassegger und Till Krause. Sie erhielten die Auszeichnung für die Reportage „Im Netz des Bösen“, erschienen im „Süddeutsche Zeitung Magazin“. Mit investigativer Recherche deckten sie auf, unter welchen Bedingungen Mitarbeiter eines Dienstleisters im Auftrag von Facebook verstörende Inhalte wie Gewaltvideos und Hasskommentare auf der Social-Media-Plattform sichten und löschen. Die Jury urteilte: „Der Text hat die Tragweite des Themas früh erkannt und wirkt bis heute nach.“ Der Leiter des Instituts für Verbraucherjournalismus, Christoph Fasel, würdigte die Preisträger.

Förderpreis

Moritz Aisslinger nahm den Förderpreis für junge Journalisten (Preisgeld: 4.000 Euro) zum Themenfeld Digitalisierung entgegen. Er wurde ausgezeichnet für die Sozial-Reportage „Die armen Kinder vom Silicon Valley“, erschienen in „Die Zeit“. Darin beschreibt er eindringlich die Schattenseiten des Silicon Valley.

Im vordergründig strahlenden und reichen „Zukunftslabor“ der Welt gebe es eine erschütternde neue Armut. Die Jury urteilt, die bedrückende Reportage entlasse den Leser mit der Erkenntnis, „dass die IT-Riesen im Valley ihrer sozialen Verantwortung nur bedingt gerecht werden und ihre Spendenbereitschaft vielmehr einem Schweigegeld für ein nicht zu duldenes Versagen entsprechen“. Gerald Schneider, Ressortleiter Politik/Wirtschaft bei der Mediengruppe „Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung“, übernahm die Laudatio für den Nachwuchsjournalisten. □

Kommunale Kassenlage im ersten Halbjahr 2017

Die kassenmäßigen Gesamteinnahmen der bayerischen Kommunen sind im ersten Halbjahr 2017 um 5,1 Prozent auf 18,16 Milliarden Euro gestiegen. Ein moderater Aufwuchs (+ 2,2 Prozent) auf der Ausgabenseite (18,24 Milliarden Euro) trug dazu bei, dass sich der negative Finanzierungssaldo (- 0,08 Milliarden Euro) gegenüber dem Vorjahr (- 0,58 Milliarden Euro) deutlich verringert hat.

Die Steuereinnahmen (Netto) der bayerischen Städte und Gemeinden sind im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Prozent auf 7,79 Milliarden Euro gestiegen. Hervorzuheben ist die anhaltende Dynamik bei der Einkommensteuerbeteiligung, die um 15,5 Prozent gestiegen ist. Der Aufwuchs ist allerdings wegen eines Sondereffekts im ersten Quartal des Vorjahres 2016 etwas überzeichnet. Hier verbuchten die Städte, Märkte und Gemeinden ein negatives Aufkommen (- 0,06 Milliarden Euro). Dennoch ist die Entwicklung bei der Einkommensteuer steigend und übertrifft die Erwartungen der Steuerschätzer (+ 5,6 Prozent).

Gewerbesteueraufkommen

Das Netto-Gewerbesteueraufkommen (Bruttoaufkommen abzüglich Gewerbesteuerumlage) stieg im ersten Halbjahr um 3,0 Prozent auf 4,48 Milliarden Euro. Während das Netto-Aufkommen der kreisfreien Städte um - 3,4 Prozent auf 1,94 Milliarden Euro zurückging, gab es bei den kreisangehörigen Gemeinden einen deutlichen Aufwuchs um 8,5 Prozent auf 2,55 Milliarden Euro.

Etwa die Hälfte der kreisfreien Städte verzeichnete im ersten Halbjahr einen Rückgang, der sich stadtbezogen sehr unterschiedlich darstellt. Der sprunghafte Anstieg

bei der Umsatzsteuerbeteiligung um knapp 30 Prozent auf 255 Millionen Euro basiert auf einer einmaligen Entlastung (1,5 Milliarden Euro) für das Jahr 2017, die der Bund den Kommunen überwiegend (1,0 Milliarden Euro) über den gemeindlichen Umsatzsteueranteil gewährt.

Auf der Ausgabenseite setzt sich bei den Personalausgaben (4,71 Milliarden Euro) ein kontinuierlicher Aufwuchs fort (+ 5,2 Prozent). Im Vergleich zu den vorangegangenen Quartalen ist der Anstieg bei den Sozialausgaben etwas geringer ausgefallen. Die Ausgaben für Sozialhilfe haben sich um 0,5 Prozent auf 2,64 Milliarden Euro erhöht und bei den sonstigen sozialen Leistungen (insbesondere Jugendhilfeleistungen) reduzierten sich die Ausgabebelastungen um - 21,2 Prozent auf 0,96 Milliarden Euro.

Allerdings haben gerade die Jugendhilfeausgaben in den Jahren 2015 (+ 47,6 Prozent) und 2016 (+ 22,6 Prozent) zu exorbitant hohen Steigerungen bei den sonstigen sozialen Leistungen geführt. Deshalb ist der Entlastungseffekt im Lichte der vorangegangenen Steigerungsraten zu relativieren.

Die Bauausgaben der Kommunen stiegen insgesamt um 3,4 Prozent auf 2 Milliarden Euro. Beachtlich ist der Rückgang bei den Bauinvestitionen der kreisfreien Städte um - 22,4 Prozent. IBdBSt

Kontrolle der Lastannahmen:

Rohrstatik - Rohreinbau, Teil 1

Voraussetzung für langlebige Leitungen und Kanäle

Rohrleitungen und Schächte sind technische Konstruktionen, bei denen das Zusammenwirken von Bettung, Bauteil und Verfüllung die Grundlage für Stand- und Betriebssicherheit sind. Nach DIN EN 1610 ist die Rohrleitung bereits im Rahmen der Planung einer Maßnahme zu bemessen. Auf diese Weise ist sicherzustellen, dass die Rohre sämtliche vorhersehbar einwirkenden Lasten einschließlich Betriebslasten mit ausreichender Sicherheit aufnehmen können.

Durch den Planer ist das Tragwerkssystem Rohr/Boden vorzugeben und es sind die für die statische Berechnung maßgebenden Randbedingungen der Baumaßnahme im Objektfragebogen zu benennen (ATV-DVWK-A 127, S. 41). Die statische Berechnung wird dann in der Regel durch den Rohrersteller auf dieser Basis sowie der Rohr-Kenngrößen erstellt. Während der Ausführung muss geprüft werden, ob die tatsächlichen Randbedingungen auf der Baustelle den Annahmen in der Statik bzw. im Objektfragebogen entsprechen.

Dass die Randbedingungen auf der Baustelle mit den Annahmen in der Rohrstatik übereinstimmen (oder auf der sicheren Seite liegen), hat erheblichen Einfluss auf die Qualität der Bauausführung bzw. auf die Dauerhaftigkeit und Funktionstauglichkeit des erstellten Bauwerks. Doch vor Ort läuft nicht immer alles rund. Wenn die von den Rohrerstellern erstellten Rohrstatiken auf anderen Annahmen basieren, kann das verschiedene Ursachen haben: Entweder haben sich die Randbedingungen geändert, oder aber der Hersteller hat unzutreffende Angaben als Berechnungsgrundlage bekommen.

Vor diesem Hintergrund ist die Kontrolle der Lastannahmen durch das ausführende Unternehmen ein elementarer Bestandteil von dessen Eigenüberwachung. Bei Gütezeicheninhabern Kanalbau RAL-GZ 961 ist diese Kontrolle Bestandteil der Baustellenprüfungen durch die vom Güteausschuss beauftragten Prüfingenieure.

Sicherstellung der Planungsentscheidungen

Der Einbau von Abwasserkanälen und -leitungen ist durch DIN EN 1610 „Einbau und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen“ auf europäischer Ebene geregelt; im Arbeitsblatt DWAA 139 werden darauf aufbauend ergänzende Details beschrieben. Zusätzlich sind für verwendete Werkstoffe die zugehörigen Herstelleranleitungen zu beachten.

Nach DIN EN 1610, Abschnitt 4.2, gilt: Die Ausführung der Arbeiten muss in der Weise kontrolliert werden, dass die Entscheidungen, die sich aus den Planungsunterlagen ergeben, eingehalten oder an die veränderten Bedingungen angepasst sind. Gemäß Arbeitsblatt DWA-A 139 muss das Tragwerkssystem Rohr/Boden vorhandene und zukünftige Belastungen mit ausreichender Sicherheit aufnehmen können. Deshalb müssen die auf Abwasserleitungen und -kanäle einwirkenden statischen und dynamischen Lasten schon bei der Planung festgelegt werden.

Dazu gehören auch Belastungen aus Bauzuständen, die für die Bemessung bestimmend sein können. Hinzu kommt: Das Tragwerkssystem Rohr/Boden muss vor der Bauausführung definiert und nachgewiesen, bzw. in Art und Ausführung vorgegeben sein. Darüber hinaus müssen die statischen Nachweise der Rohre (siehe ATV-DVWK-A 127) und der Sicherung der Baugrube (siehe DIN 4124) vorliegen und auf der Baustelle inhaltlich bekannt sein.

Einflussgröße Bodenart

Im Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 127 sind die Böden in Hinblick auf ihre Eigenschaften für die sta-

tische Berechnung in vier Gruppen eingeteilt (Kurzzeichen nach DIN 18 196):

- Gruppe 1: Nichtbindige Böden (GE, GW, GI, SE, SW, SI)
- Gruppe 2: Schwachbindige Böden (GU, GT, SU, ST)
- Gruppe 3: Bindige Mischböden, Schluff (schluffiger Sand und Kies, bindiger steiniger Verwitterungsboden) (GU, GT, SU, ST, UL, UM)
- Gruppe 4: Bindige Böden (z. B. Ton) (TL, TM, TA, OÜ, OT, OH, UA).

Einflussgröße Verkehrslast

Außer durch den Boden werden die Rohrleitungen durch die Verkehrslasten beansprucht. Für deren Berechnung verwendet der Statiker sogenannte Regelfahrzeuge mit genormten Abmessungen und Gewichten. Die Lastansätze entsprechen den Brückenklassen 60/30 bzw. 30/30 der DIN 1072. Für die Lastermittlung von Eisenbahnverkehrslasten ist das in der DS 804 (Vorschrift für Eisenbahnbrücken und sonstige Ingenieurbauwerke) der Deutsche Bahn AG angegebene Lastbild UIC 71 maßgebend. Darüber hinaus sind die Verkehrslasten unter Baustellenbedingungen (geringe Überschüttung) zu beachten.

Bei Belastung durch speziellen Verkehr (z. B. Containerstapelfahrzeuge mit hohen Radlasten) müssen im Einzelfall die tatsächlichen Radlasten und Abmessungen berücksichtigt werden. Bezüglich der Flächenlasten sind Schüttgüter, Bauwerksgründungen mit den tatsächlichen oder rechnerischen Werten zu berücksichtigen.

Einflussgröße Überschüttungsbedingungen

Bei der Grabenverfüllung oberhalb der Leitungszonen werden vier Überschüttungsbedingungen unterschieden (A1 bis A4), die im Wesentlichen vom gewählten Grabenverbau abhängen sind. Auch die Grabenform beeinflusst die Belastung des Rohres. Das Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 127 unterscheidet verschiedene Grabenformen. Zur rechnerischen Abschätzung der Lasterhöhung infolge Unterrammung wird auf den Arbeitsbericht „Berechnungsansätze für die Rohrbelastung im Graben mit gespundetem Verbau“ verwiesen.

Beim Einbau von Abwasserrohren in einem Stufenabgraben steigt der Einfluss auf die Rohrbelastung mit der Höhe der Stufe im Verhältnis zum Rohrdurchmesser. Durch eine größere Setzung auf der Seite des tiefer liegenden Rohres stellt sich eine verstärkte Lastumlagerung auf das höher liegende Rohr ein.

Dieser Lastumlagerungseffekt tritt auch dann ein, wenn das untere Rohr vorher in einem eigenen Graben separat eingebaut wurde und das obere Rohr etwas später in einem neuen Bauabschnitt eingebaut wird.

Einflussgröße Rohrwerkstoff

Je nach Zusammenwirken von Rohrsteifigkeit und Bodenverformung werden Rohre als biegesteif oder biegeweich bezeichnet. Biegesteif sind Rohre, bei denen die Belastung keine wesentlichen Verformungen hervorruft und damit keine Auswirkung auf die

Druckverteilung hat. Biegeweich sind Rohre, deren Verformung die Belastung und Druckverteilung wesentlich beeinflusst, da der Boden Bestandteil des Tragsystems ist. Infolge der unterschiedlichen Verformungsfähigkeit des Rohres und des umgebenden Bodens lagern sich die errechneten Bodenpressungen um. Allgemein gilt der Merksatz „Ein steifes Rohr zieht die Lasten an, ein weiches Rohr weicht der Belastung aus.“

Die Druckverteilung am Rohrumfang ist abhängig von der Ausbildung des Auflagers, von der Verfüllung der Leitungszonen sowie vom Verformungsverhalten der Rohre. Das Arbeitsblatt ATV-

Peter Winter und Berthold Rüth:

Bayern lässt kommunale Schwimmbäder nicht untergehen

Arbeitsgruppe will Fördermöglichkeiten ausloten

„Schwimmen zu lernen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir freuen uns, dass der Freistaat Bayern und die Kommunalen Spitzenverbände dieses Anliegen weiter im Fokus haben“, erklären Peter Winter, finanzpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, und Berthold Rüth, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, zum Ergebnis der Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2018.

Die Errichtung und der Betrieb kommunaler Schwimmbäder sei eine Aufgabe der jeweiligen Gemeinden und Städte, verdeutlicht Winter.

„Der Freistaat unterstützt die Kommunen bei ihrer Aufgabe. Zum Beispiel bei Baumaßnahmen an Schulschwimmbädern bereits mit bis zu 80 Prozent, in begründeten Einzelfällen sogar mit bis zu 90 Prozent. Lösungen erreicht man nur durch einen harmonischen Dialog, nicht durch unrealistische Maximalforderungen, wie sie die Oppositionsfaktionen gerne formulieren“, so der Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags.

Lösungen durch harmonischen Dialog

In einer Arbeitsgruppe werden die Kommunalen Spitzenverbände daher gemeinsam mit den beiden Staatssekretären aus dem Finanz- und dem Innenministerium ausloten, wie eine künftige Förderung aussehen könnte. Winter selbst hat den Kommunalen Finanzausgleich als Vorsitzender des Haushaltsausschusses mitverhandelt und wird auch in die künftigen Gespräche eingebunden sein.

Elterliche Eigen- und Mitverantwortung

Bei der Förderung der Schwimmbäder sind nicht nur die Kommunen gefordert. „Organisationen wie die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) oder die Wasserwacht übernehmen hier sehr viel Verantwortung“, macht Rüth deutlich.

„Eine große Eigen- und Mitverantwortung haben aber auch die Eltern. Deshalb unterstützt die Staatsregierung auch Initiativen, die den Eltern Wege aufzeigen, wie ihre Kinder das Schwimmen erlernen können.“

„Der Freistaat hat einmal mehr bewiesen, dass er finanzschwache Kommunen bei ihren Herausforderungen nicht untergehen lässt“, so die beiden

DVWK-A 127 definiert unterschiedliche Auflagerreaktionen oder Lagerungsfälle.

Die Kontrolle der Lastannahmen auf der Baustelle ist für den Erfolg der Maßnahmen von grundlegender Bedeutung. Im Rahmen der Eigenüberwachung der Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau RAL-GZ 961 werden daher Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt, mit denen systematisch die Übermittlung der Sollwerte auf die Baustelle, die Dokumentation der Istwerte sowie der Abgleich von Soll/Ist erfolgen soll. Die Durchführung der Eigenüberwachung wird durch die Prüfingenieure bei den Baustellenbesuchen kontrolliert.

Der Beitrag „Kontrolle der Lastannahmen: Rohrstatik - Rohreinbau“ wird mit einer Vertiefung wichtiger statisch relevanter Randbedingungen in Kürze fortgesetzt. □

Sturzfluten treffen oft kleine Gewässer

Mit einem neuen Sonderförderprogramm unterstützt das Bayerische Umweltministerium künftig die Kommunen im Freistaat bei der lokalen Vorsorge gegen Sturzfluten. 3 Millionen Euro sind für das Risikomanagement vor Ort aktuell vorgesehen.

Umweltministerin Ulrike Scharf betonte zum Start des neuen Sonderförderprogramms: „Der Klimawandel hat einschneidende Folgen auch für Bayern. Das Jahr 2016 hat gezeigt: Der Schutz vor Sturzfluten ist eine neue wichtige Säule des Hochwasserschutzes in Bayern. Von Sturzfluten gehen enorme Gefahren für Leib und Leben aus. Wir lassen die Kommunen im Angesicht neuer Naturgefahren nicht allein. Wir wollen Bayern klimafest machen. Zentraler Baustein ist der Hochwasserschutz in den Regionen. Hochwasserschutz ist ein Gemeinschaftsprojekt und kann nur Hand in Hand mit den Kommunen und den Betroffenen erfolgreich sein. Wir haben ein kraftvolles Kommunalpaket für einen noch besseren Hochwasserschutz vor Ort geschnürt. Das neue Förderprogramm soll Kommunen ermöglichen, maßgeschneiderte Konzepte für den bestmöglichen Schutz ihrer Bürger zu schaffen.“

Mit dem neuen Sonderförderprogramm soll es den Kommunen ermöglicht werden, individuelle Konzepte zu erstellen, um sich gegen die Gefahren von Sturzfluten zu wappnen. Das Sonderförderprogramm richtet sich insbesondere an kleinere Kommunen, für die Sturzfluten eine existenzielle Bedrohung sein können. Ziel des Sonderförderprogrammes ist es, die Hochwassergefahren nicht nur von kleinen Gewässern sondern

auch von sogenanntem wild abfließendem Wasser in einer Kommune zu erkennen. Darauf aufbauend werden individuelle Handlungsmöglichkeiten und Schutzmaßnahmen für die Kommunen sowie für die Betroffenen vor Ort aufgezeigt. Nicht nur die klassischen Möglichkeiten des technischen Hochwasserschutzes sondern auch Elemente wie die Hochwasservorsorge bei der Flächennutzung oder Bauleitplanung werden dabei beleuchtet.

Sinnvolle Ergänzung

Der Fördersatz für das jeweils entwickelte kommunale Konzept beträgt 75 Prozent. Die maximale Zuwendung beträgt 150.000 Euro pro Kommune. Das neue Sonderprogramm ergänzt das bestehende Förderangebot zur ökologischen Gewässerbewirtschaftung und zum Hochwasserschutz an den Gewässern dritter Ordnung.

2016 haben Starkregen-Ereignisse auf kleinstem Raum massive Hochwasserkatastrophen mit Todesfällen und Schäden in Milliardenhöhe ausgelöst. Besonders die kleinen Gewässer waren von den extremen Sturzfluten betroffen. Die Hochwasserwellen lagen durch die massiven Niederschläge in vielen Bereichen weit über hundertjährigen Ereignissen. Für den Hochwasserschutz investiert der Freistaat bis 2020 rund 3,4 Milliarden Euro. □

CSU-Abgeordneten zum Abschluss ihrer Ausführungen. □



Jetzt kostenlos informieren:
0800 0 372 372

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

Sanierung einer Druckrohrleitung auf Sardinien:

Technische und logistische Meisterleistung von Diringer & Scheidel

Sechs Kilometer lang ist der Abschnitt der insgesamt 8,5 Kilometer langen Druckrohrleitung aus Stahlrohren DN 2000, den die Rotech Srl, ein italienisches Tochterunternehmen der Diringer & Scheidel Rohrzanierung GmbH & Co. KG, auf der Mittelmeerinsel Sardinien saniert hat. Hierbei kam ein Relining-Verfahren zum Einsatz, bei dem GFK-Großprofile DN 1800, SN 5000, PN 10 mit Baulängen von vier und sechs Metern in die unterirdisch verlaufenden Abschnitte der Hauptleitung für den Transport von Beregnungswasser eingebaut wurden.

Die Sanierungsarbeiten, die im Auftrag der Consorzio di Bonifica della Nurra durchgeführt wurden, sind vor allem mit Blick auf die technischen und logistischen Herausforderungen interessant: Unter anderem wurden die zu sanierenden Haltungen vor Beginn der Bauarbeiten von einem Ingenieurbüro gescannt. Auf Basis der vorliegenden 3-D-Aufnahmen hatten die Techniker von Rotech mit einer eigenen Software einen Rohrverlegeplan erstellt, nach dessen Vorgaben die GFK-Profile wie Teile eines Puzzles passgenau verlegt werden konnten.

Fortgeschrittene Korrosion

Die Druckrohrleitung liegt im Nordwesten von Sardinien in der Region der Städte Sassari und Alghero. Sie führt von einem Staubecken, das am Rande eines Hochplateaus südöstlich von Olmedo liegt, in ein Staubecken in der Nähe von Monte Uccari und von dort in die Verteilung für die Beregnung von landwirtschaftlich genutzten Flächen. Eine Sanierung der Stahlbetonrohre war nötig geworden, da insbesondere die Korrosion der Rohrbewehrung im Bereich der Muffen weit fortgeschritten war. Das hatte zur Folge, dass die Muffen dem Druck von ca. 5 bis 6 bar nicht mehr standhalten konnten.

„Hierbei muss man berücksichtigen, das weite Teile der Druckrohrleitung oberirdisch verlaufen“, erklärt Karl-Heinz Robatscher, Niederlassungsleiter Rotech Srl. Die italienische Tochter der D&S Rohrzanierung hatte bereits ein Jahr zuvor mit Erfolg Sanierungsarbeiten an der schadhaften Druckrohrleitung vorgenommen. Auch das in den Wintermonaten, wie vom Auftraggeber gefordert. „Von Dezember bis April

wird kein Wasser für die Beregnung der Felder benötigt“, so Robatscher weiter. „Aus diesem Grund wurden die Arbeiten in dieses Zeitfenster gelegt.“

Millimeter-Arbeit an der Einbaustelle

So auch beim zweiten Auftrag: Bis zum 20. März dieses Jahres mussten alle Arbeiten abgeschlossen sein. Die GFK-Rohre wurden in Spanien gefertigt und dann mit Schiff und Lkw zur Einbaustelle transportiert. Hier wurden die durchnummerierten Profile dann entsprechend des Verlegeplans mit einer Winde in die Haltungen eingezogen. Das erfolgte über Baugruben, die insbesondere in Kurvenbereichen der Druckrohrleitung angelegt wurden.

Das Einziehen der neuen Rohre geschah dabei einer regelrechten Millimeter-Arbeit, da ihr maximaler Außendurchmesser im Bereich der Kupplungen bei 1955 mm liegt. Im weiteren Verlauf der Arbeiten wurden einzelne Abschnitte abgemauert und der Ringraum mit Dämmmaterial verfüllt. Zum Schluss wurde ein Betonwiderlager erstellt, um die Druckleitung in ihrer Lage zu stabilisieren, bevor dann die Baugrube verschlossen wurde.

Erfolgsfaktoren

Zum erfolgreichen Abschluss der Sanierungsarbeiten trug in erster Linie die sorgfältige Vorplanung und die fachgerechte Verlegung der Rohre bei. So wurde zum Beispiel jede einzelne Rohrverbindung mit einem firmeneigenem Prüfgerät auf Dichtheit geprüft.

Weitere Informationen zur Diringer & Scheidel Rohrzanierung unter www.dus-rohr.de

30 Jahre Regensburger Vertrag:

Wirksames Schutzschild für Europas größten unterirdischen Thermalwassersee

Regensburg (obx) - Jahr für Jahr profitieren Millionen Menschen mit Gesundheitsproblemen von einem Stück Papier: dem Regensburger Vertrag. 1987 unterzeichneten der Freistaat Bayern und Österreich das Abkommen zum Schutz des größten unterirdischen Thermalwassersees Europas. Der unterirdische Heiß- und Heilwassersee ist mit 5.900 Quadratkilometern zwölfmal größer als der Bodensee. Er erstreckt sich von Ostbayern bis nach Oberösterreich. Die Heilquellen aller Orte des Bayerischen Thermenlands, Bad Füssing, Bad Griesbach, Bad Birnbach, Bad Gögging und Bad Abbach, sprudeln aus diesem Reservoir.

Die im Vertrag geregelten Entnahmebeschränkungen schützen diese Quellen der Gesundheit, im größten Gesundheitszentrum auf dem Kontinent mit über fünf Millionen Übernachtungen pro Jahr. Der Schutzschild wirkt. Aktuelle Untersuchungen haben gezeigt: Der Wirkstoffgehalt der Heilwasserbrunnen des Bayerischen Thermenlands ist seit einem halben Jahrhundert unverändert hoch. Dabei sollte vor allem der Einfluss des Energieeinzuges auf die Strömungsverhältnisse im Thermalwasserquifer geklärt werden.

Inhaltlich wurde die grenzüberschreitende Schutzvereinbarung in den letzten Jahren immer weiter perfektioniert. Meilenstein war da-

bei eine von der Europäischen Union mitfinanzierte Studie, die 2007 abgeschlossen wurde. Ergebnis war ein hochkomplexes thermisch-hydraulisch gekoppeltes 3D-Grundwassermodell. Es gibt Aufschluss über die thermisch-hydraulischen Zusammenhänge im Thermalwasserquifer. Es ist heute Grundlage für die Bewertung neuer Anträge zur Nutzung des Tiefenwassers für Heilzwecke aber auch für die Energiegewinnung.

Römische Entdecker

Entdeckt wurden die niederbayerischen Thermen bereits von den Römern, die schon vor über



Feierten mit vielen Gästen die Gründung des Staudenwasser-Zweckverbandes vor 50 Jahren: Von links Josef Böck, Hartmut Gärtner, Abt Notker Wolf, Sabine Grünwald, Armin Drexel und Hermann Lochbronner. Text und Bild: Walter Kleber

50 Jahre Zweckverband Stauden-Wasserversorgung

Kirchheim/Stauden. Mit einem Festakt im historischen Renaissance-Zedernsaal auf Schloss Kirchheim (Landkreis Unterallgäu) feierte der Zweckverband Stauden-Wasserversorgung kürzlich sein 50-jähriges Bestehen.

1967 hatten sich sieben kleine Staudengemeinden zusammen getan, um ihre Trinkwasserversorgung fortan gemeinsam zu organisieren und dauerhaft auf ein sicheres Fundament zu stellen (wir berichteten). Das ungeliebte Zweckbündnis der Anfangszeit, dem sich weitere Gemeinden angesichts ihrer desolaten eigenen Wasserversorgungseinrichtungen und Einzelbrunnen nur widerwillig anschlossen, hat sich fünf Jahrzehnte später zu einer beeindruckenden Erfolgsgeschichte entwickelt. Heute gehören dem Zweckverband mit Sitz in Reichertshofen 21 Städte, Märkte und Gemeinden mit 84 Ortsteilen in den drei Landkreisen Augsburg, Günzburg und Unterallgäu an.

Vater und Geburtshelfer

Entsprechend groß war die Schär der Gratulanten aus Kommunalpolitik, Verwaltung und Belegschaft, die dem „Geburtsstagskind“ zum 50. ihre Aufwartung machten. Bei der Feierstunde war viel vom Pioniergeist die Rede, der das Projekt Mitte der 1960er Jahre ins Rollen gebracht hatte.

Als eine Schlüsselfigur in der Startphase bezeichnete Verbandsvorsitzender Josef Böck, Bürgermeister von Langeneufnach, den damaligen jungen Regierungsrat Hartmut Gärtner, der im noch eigenständigen Landratsamt Schwabmünchen an der Seite

von Landrat Dr. Franz-Xaver Frey die Weichen gestellt hat. Böck bezeichnete den späteren Rathauschef von Bobingen und langjährigen Verbandsvorsitzenden (von 1973 bis 2008) unter langem Beifall der Festgäste als Vater und Geburtshelfer des Staudenwasser-Zweckverbandes. Mit Voraussicht und Beharrlichkeit habe der heutige Ehrenvorsitzende vor einem halben Jahrhundert den Grundstein für die Versorgung von heute rund 38.000 Einwohnern mit hochwertigem Trinkwasser gelegt.

Abt Dr. Notker Wolf OSB aus St. Ottilien, bis 2016 Abtprimar der benediktinischen Konföderation und oberster „Chef“ der weltweit 20.000 Benediktiner, stellte seinen Festvortrag unter das Leitmotiv „Wasser – ein kostbares Geschenk und Lebenselixier“. Wasser, so der Festredner, sei auf unserem Globus ungleich verteilt. In vielen Gegenden der Welt herrsche – Tendenz steigend – Wassermangel. Andererseits würden ganze Landstriche regelmäßig – und auch hier mit steigender Tendenz – von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht. Rund eine Milliarde Menschen hätten noch immer keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Lediglich drei Prozent des auf der Erde vorhandenen Wassers diene als Trinkwasser.

Ehrfurcht vor der Schöpfung

Als Folge der Klimaerwärmung und der Abschmelzung der Pole würden in absehbarer Zeit ganze Inselgruppen für immer im Wasser versinken. Abt Notker beklagte den oftmals sorg- und gedankenlosen Umgang mit Wasser in Haushalt, Industrie und Landwirtschaft. Die Ehrfurcht vor der Schöpfung verlange einen achtsamen und verantwortungsvollen Umgang mit allen Ressourcen. „Die Schöpfung wurde den Menschen zum Gebrauch, nicht zur Ausbeutung und zur Verschwendung anvertraut. Wir sind Treuhänder und nicht Eigentümer der Natur!“

Das rechte Maß, die erste Regel des Heiligen Benedikt, sei auch im Umgang mit Wasser eine Richtschnur. Damit auch kommende Generationen noch uneingeschränkter Zugang zu hochwertigem Trinkwasser haben, geißelte der Redner die Bestrebungen von Großkonzernen, sich Wasserquellen unter den Nagel zu reißen.

Die Glückwünsche der drei Landkreise zum runden Staudenwasser-Jubiläum überbrachte Sabine Grünwald, die stellvertretende Landrätin des Landkreises Augsburg. Zur Erinnerung an die Geburtstagsfeier gab es für jeden Gast ein Fläschchen hochprozentigen „Staudenwasser“ in einer Sonderabfüllung.

Verbandsversammlung Wasserverband Laber-Naab:

Rückblick auf erstes Halbjahr 2017

Die Entwicklungen und Aktivitäten im ersten Halbjahr 2017 sowie die Bestellung von Bediensteten für neue Aufgabenfelder standen im Mittelpunkt der jüngsten Versammlung des Zweckverbandes der Wasserversorgungsgruppe Laber-Naab in Beratzhausen. Aber auch über einige Satzungsänderungen hatten die Mitglieder abzustimmen.

So bei der Wasserabgabesatzung beim Punkt „Grundstücksanschluss“, wo künftig das Wasserzählerausgangsventil das Ende des Grundstücksanschlusses definiert. Dies bedeutet zudem für den Endverbraucher eine Vergünstigung, da beim Zweckverband der niedrigere Steuersatz (7 Prozent) angesetzt wird. Auch die Möglichkeit, einen per Funk auslesbaren Wasserzähler zu installieren, wurde in die Satzung aufgenommen. Künftig werde es, so Werkleiter Franz Herrler, nur noch Zähler mit Funkauslesung geben.

„Der Zweckverband sollte berechtigt sein, bei einem notwendigen Austausch einen Zähler mit Funkauslesung einzubauen“, erläuterte Herrler. Der Zweckverband wird aber bei einem Widerspruch das Funksignal abstellen. Da über das in Kürze auslaufende Projekt MORO digital eine entsprechende Software vorhanden ist, sei dies eine zukunftsorientierte Sache. Ein Nebeneffekt sei die dadurch mögliche Netzüberwachung. „Jeden Tag kann der Wassermeister durch die Zähler Netzverluste feststellen“, so Herrler weiter. Zunächst sei aber kein großflächiger Austausch vorgesehen, der Einsatz sei vor allem im geförderten Projektgebiet anvisiert.

In der Beitrags- und Gebührensatzung hatten die Mitglieder beim Aspekt „Bauwasser“ Änderungen zu entscheiden – vor allem hinsichtlich einer Zahlung pro Tag und Kubikmeter für Standrohr, Wasserzähler und Hausanschluss. Alle Änderungen nahmen die Vertreter einstimmig an.

Über den Einstieg des Wasserverbandes Laber-Naab in ISIS 12 (Bayerisches InformationssicherheitsmanagementSystem in zwölf Schritten) informierte Vorsitzender Max Knott. Das E-Governmentgesetz verpflichtet zu einem Informationssicherheitsgesetz. Am Beispiel von rund 11.000 Einzugsermächtigungen beim Zweckverband verdeutlichte Werkleiter Herrler den nötigen Schutz vor Hackerangriffen, Spamsendungen usw. Da dies auch bezuschusst wird, führte der Zweckverband ISIS 12 sofort ein, umgesetzt von einer Regensburger Firma. Damit verbunden ist die Bestellung eines Informationssicherheitsbeauftragten. Diese Aufgabe wurde Bernhard Gatzhammer übertragen.

„Die vielen von uns in Anspruch genommenen Fördergelder bedingen auch die Teilnahme an einem Benchmarking“, gab Herrler bekannt. Der Zweckverband hat sich für das „einfachste Modell“ entschieden. Hier werden für alle Tätigkeitsbereiche intern und extern Kennzahlenwerte ermittelt. Auf dieser Basis können zwar Parallelen zu anderen Einrichtungen gezogen werden, die aber trotzdem der Erläuterung bedürfen. „Es sind meistens gute bis sehr gute Werte, die dem Zweckverband beschieden wurden“, so der Werkleiter.

Lupburger Wasserkraftwerk gepachtet

Bei seinem Bericht über die wesentlichen Beschlüsse im ersten Halbjahr 2017 verwies Vorsitzender Knott darauf, dass das Wasserkraftwerk in Lupburg gepachtet wurde. Mehrere Gemeinden haben Kaufinteresse an Grundstücken des Zweckverbandes bekundet. Sie würden sie als Ökoausgleichsflächen verwenden.

30 Rohrschäden traten im ersten Halbjahr auf, 70 Grundstücksanschlüsse wurden verlegt. Im Zuge der Neuverlegung der Loop-Leitung werden ebenso neue Wasserleitungen bzw. Ersatzleitungen verlegt. Ein etwas größerer Rohrschaden entstand in diesem Kontext in der Nähe von Pfaundorf. Positiv waren die Werte der Wasseraufbereitungsanlage bei Hohenlohe – alle Wasserproben waren ohne Nachweis von Pflanzenschutzmitteln. Ein erfolgreicher Pumpversuch wurde bei einer Probebohrung nahe Kleinprüfening unternommen. In Angriff genommen wurde ferner die Verbundleitung mit der Hohenschambacher Gruppe. „Wir sind mit Arbeit gut eingedeckt“, fasste Herrler zusammen.

Über weitere Punkte informierte Vorsitzender Knott. So über das Anhörungsverfahren in Sachen TenneT, wo die Wasserversorger im Bereich Trinkwasserschutz bei Erdanschlüssen betroffen sind. Entsprechende Einwände hat er schriftlich an die TenneT gegeben. Darüber hinaus verwies Knott auf die jedem Mitglied als Tischvorlage zur Verfügung gestellte Oberpfälzer Wasserzeitung, in der die Kooperation Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura dargestellt wird.

Markus Bauer

DWA-Regenwassertage in Bad Kissingen

Die Ableitung, Behandlung und Bewirtschaftung von Niederschlagswasser ist ein Thema mit hoher Wertigkeit im politischen Raum. In den vergangenen Jahren gab es, vermutlich im Zusammenhang mit dem Klimawandel, eine Häufung extremer Niederschlagsereignisse. Damit verbundene Überflutungsaspekte urbaner Gebiete wurden im Rahmen der 16. DWA-Regenwassertage in Bad Kissingen in diversen Beiträgen behandelt.

Interessierten Teilnehmern aus Behörden, Kommunen und Verbänden, Hochschulen und Ingenieurbüros wurde ein informativer Überblick über die Entwicklungen und den derzeitigen Stand im Umgang mit Regenwasser geboten. Dazu berichteten und diskutierten Experten über ihre Er-

fahrungen aus geplanten und realisierten Projekten.

Technische Lösungen aus DWA-Regelwerk

Vorgetragen wurden technische Lösungen aus dem überarbeiteten DWA-Regelwerk zur Regenwasserbehandlung. Erstmals standen eine Präsentation und Diskussion des wichtigen Regelwerksteilentwurfs DWA-A 102/BWKA 3 „Grundsätze zur Bewirtschaftung und Behandlung von Regenwetterabflüssen zur Einleitung in Oberflächengewässer“ auf der Agenda.

Ergänzt wurde das Vortragsprogramm durch eine Präsentation neuer Entwicklungen einschlägiger Anbieter, einschließlich einer begleitenden Fachaustellung. **DK**

Stadt und Landkreis Bamberg:

Verbesserte Integrationsförderung

Stadt und Landkreis Bamberg nehmen als ausgewählte Kommunen am Modellprojekt „Regionale Koordinierung der Integrationsförderung“ teil. Das gemeinsame Projekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird an fünf Modellstandorten in Bayern durchgeführt.

Damit (Neu-)Zugewanderte im Integrationsprozess zeitnah und passgenau versorgt werden können, bedarf es der effizienten Verknüpfung und Koordinierung von Angeboten zum Spracherwerb und zur Arbeitsmarktintegration. Förderlich sind hierfür verbindlich abgestimmte Prozesse und Zuständigkeiten in einem Zusammenspiel von Bund, Land, Kommunen und Arbeitsverwaltung. Diese Herausforderung wollen Stadt und Landkreis Bamberg nun gemeinsam mit der Arbeitsagentur angehen.

Ziel ist es, die regionale Koordinierung zwischen Bund, Land und Kommunen sowie den zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Förderung der Integration vor Ort zu verbessern und an die aktuellen Herausforderungen anzupassen.

Teilnehmer sind neben Stadt und Landkreis Bamberg, die Landkreise Mühldorf am Inn, Weißenburg-Gunzenhausen,

Ostallgäu sowie Stadt und Landkreis Passau. Aufgebaut werden soll auf bereits existierende erfolgreiche Maßnahmen zum grundlegenden Spracherwerb und zur berufsbezogenen und arbeitsmarktlichen Integration. Den kommunalen Verwaltungen kommt dabei eine Schlüsselfunktion für die Koordination vor Ort zu. Im Rahmen des Modellprojekts soll untersucht werden, wie diese besser aufeinander abgestimmt und vernetzt werden können.

Modellvorhaben

Entstanden ist das Modellvorhaben im Rahmen der Koordinierungsrunde „Integration in Bayern“, die seit November 2016 regelmäßig unter Federführung der Bayerischen Integrationsministerin Emilia Müller tagt. Zur Auftaktveranstaltung kam Staatsministerin Müller nach Nürnberg, um gemein-

sam mit der Präsidentin des BAMF, Jutta Cordt und dem Geschäftsführer Operativ der Regionaldirektion Bayern der BA, Klaus Beier, den Startschuss zu geben.

Passgenaue Maßnahmen

„Mit dem Modellprojekt 'Regionale Koordinierung' bringen wir die Integration in Bayern wieder ein Stück voran. Im Rahmen des Projekts stimmen wir die vielen Angebote zur Integration, die es vor Ort gibt, optimal aufeinander ab. So vermeiden wir überflüssige Überschneidungen und können Integrationsmaßnahmen künftig noch passgenauer anbieten. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Spracherwerb und der Arbeitsmarktintegration, zwei der wichtigsten Schlüssel für gelingende Integration. Das Modellprojekt ist ein weiterer Baustein unserer bayerischen Integrationspolitik“, unterstreicht Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller.

Jutta Cordt, Präsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, ergänzt: „Die För-

derung von Spracherwerb und die Vermittlung kultureller Werte sind zwei zentrale Elemente der Integrationsarbeit des BAMF. Darüber hinaus engagieren sich in der Integrationsarbeit in Bayern der Freistaat, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, die Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure. Daher freue ich mich, dass es gelungen ist, das Modellprojekt in Bayern ins Leben zu rufen. Denn Integration gelingt umso besser, je zielgerichteter unterschiedliche Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden.“

„Der bayerische Arbeitsmarkt bietet beste Voraussetzungen, um geflüchtete Menschen in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Zwei der größten Bausteine unserer Integrationsarbeit sind der Spracherwerb und die Qualifizierung. Das Modellvorhaben setzt genau da an. Nur so ermöglichen wir eine erfolgreiche Einmündung in den Arbeitsmarkt“, sagt Klaus Beier, Geschäftsführer Operativ der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit.

Bereits vor dem offiziellen Start war das Vorhaben auf großes Interesse gestoßen. Vertreter des Bayerischen Städtetages, des Bayerischen Landkreistages, der Handwerkskammer und der IHK, des DGB sowie der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, des Verbandes der Freien Wohlfahrtspflege und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Bayern werden das Modellvorhaben mit ihrer fachlichen Expertise extern begleiten.

Mitarbeiter von Stadt und Landkreis Bamberg werden nun gemeinsam mit Vertretern/innen der Arbeitsagentur Bamberg in Vor-Ort-Workshops die aktuellen Bedarfe analysieren und Handlungsempfehlungen für eine verbesserte Integrationsförderung erarbeiten. Mit den Ergebnissen ist im Frühjahr 2018 zu rechnen. □

Rödental:

Gerhard Preß ist „Altbürgermeister“

Am 18. Oktober feierte Gerhard Preß, ehemaliger Rathauschef der Stadt Rödental, seinen 70. Geburtstag. Zu diesem Anlass bekam der Jubilar für seine Verdienste um die Stadt im Landkreis Coburg den Titel „Altbürgermeister“ verliehen. Insgesamt fungierte Preß 30 Jahre lang als Bürgermeister. Mittlerweile ist er seit über drei Jahren im Ruhestand.

Mit dem Empfang im Schloss Rosenau schloss sich für den Jubilar ein Kreis, war er doch dort mit seiner ersten Aufgabe im Landkreis Coburg betraut. Als Mitarbeiter des Landratsamtes wurde Preß Leiter des Altenheimes, das damals im Schloss untergebracht war. Im Anschluss war er als Kämmerer und schließlich als Stadtoberhaupt tätig.

Nachfolger Marco Steiner zählte in seiner Laudatio eine lange Liste an Projekten und politischen Ämtern auf, die das unermüdete Wirken von Gerhard Preß dokumentieren. Nach wie vor gern gesehener Gast ist der „Altbürgermeister“ unter anderem als Beisitzer in der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU.

Begnadeter Netzwerker

„Sie haben diese Ehrung mehr als verdient“, urteilte Oberfrankens Regierungspräsident Heidrun Piwernetz, die Gerhard Preß als begnadeten Netzwerker bezeichnete. Landrat Michael Busch erinnerte seinerseits an Zeiten, als beide nicht immer der gleichen politischen Meinung waren. „Ich bedanke mich dafür, dass ich als ehemaliger politischer Gegner heute als Freund hier stehen darf“, erklärte er und nannte Preß einen einzigartigen Politiker, der „mit Leidenschaft dem Zauber der Politik verfallen“ gewesen sei.

Geschätzter Partner

„Ein geschätzter Partner wurden Sie auch der Bayerischen Staatskanzlei und den Vertretungen Bayerns in Bonn, Berlin und Brüssel“, machte Ministerpräsident Horst Seehofer in seinem Glückwunschschreiben deutlich. Kommunalminister Joachim Herrmann wiederum würdigte das leidenschaftliche, persönliche Engagement, mit dem der Jubilar die positive Entwicklung der Stadt entscheidend habe voranbringen können. Oft sei dieser neue Wege gegangen und habe in seiner langen Amtszeit viel bewegt. Die zahlreichen Preise und Auszeichnungen für die Stadt sprächen für sich.

Gerhard Preß ist seit 1996 Träger des Bundesverdienstkreuzes. Er wurde mit der kommunalen Verdienstmedaille ausgezeichnet, in Bronze 2002 und in Silber 2005. 2012 erhielt der Jubilar den Bayerischen Verdienstorden. **DK**

Landrat Dreier besuchte bfz Landshut

Informationen zur modularen Ausbildung und Ganztagsbetreuung an Schulen

Landrat Peter Dreier hat sich am Hauptstandort Landshut der Beruflichen Fortbildungszentren (bfz) der Bayerischen Wirtschaft über das Erwachsenenbildungsprojekt Teilqualifizierung Plus (TQ Plus) informiert. Dabei werden Berufsausbildungen in mehrere Abschnitte und Einzelabschlüsse unterteilt. So hilft das bfz Landshut in Kooperation mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) unter anderem dabei, dass Personen, die noch keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, schnell fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden. Außerdem tauschte sich Dreier mit bfz-Leiterin Ingrid Schmidt über den Ausbau der Ganztagesbetreuung an Schulen aus.

„Mit TQ Plus steigen wir intensiv in die fachliche Qualifizierung ein, damit die Teilnehmer am Ende einen Abschluss in der Tasche haben, den auch die Unternehmen

fünf Monaten in Vollzeit zur Fachkraft für Güterbewegung und Arbeitssicherheit ausgebildet. Danach können berufsbegleitend weitere Module absolviert wer-



Beim Praxistest im Ausbildungsmodul zur Fachkraft für Güterbewegung und Arbeitssicherheit transportierte Landrat Peter Dreier besonders wertvolle Fracht, nämlich Ingrid Schmidt, die Leiterin des bfz-Hauptstandorts Landshut. □

anerkennen. Zuwanderern vermitteln wir dabei gleichzeitig die deutsche Sprache und die Grundregeln zum Leben und Arbeiten in Deutschland“, betonte Schmidt. „Die Theorie- und Praxisinhalte haben wir gemeinsam mit der vbw entwickelt. Da können sich die Firmen darauf verlassen, dass die Absolventen auch wirklich das können, was in der betrieblichen Praxis verlangt wird.“

Teilqualifizierungsmodule bietet das bfz in den Bereichen Logistik, Gastronomie und Metallverarbeitung an. Einen Einblick in die praktische Schulung erhielt Landrat Dreier in einem Modul des Berufsbilds Fachlagerist. Dort werden die Teilnehmer in knapp

den, bis die komplette Ausbildung geschafft ist. „Solche Angebote sind enorm wichtig, auch für eine zügige Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern“, sagte Dreier. „Wenn wir es schaffen, Migranten in Arbeit zu bringen, ist das die beste Hilfe für unsere Wirtschaft, die Fachkräfte braucht, und für unsere Gesellschaft, die nicht unbefristet Sozialleistungen aufbringen kann. Und natürlich ist Arbeit das beste Mittel für die Menschen selbst, um Fuß in der neuen Heimat zu fassen.“

Weiteres Thema war das bfz-Engagement für eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Region Landshut. Mit der Tochtergesellschaft gfi

(Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration) ist die Institution in der Ganztagesbetreuung an Schulen aktiv – unter anderem an der Landshuter Mittelschule St. Nikola und an der Mittelschule Ergoldsbach. Dabei werden die Räume der Schulen für Hausaufgabenbetreuung und pädagogische Angebote genutzt, sodass die Kommunen keine zusätzlichen Flächen zur Verfügung stellen müssen. Außerdem übernimmt die gfi die Personalkosten und die Verwaltung. „Dieses Angebot ist eine finanziell attraktive Lösung für Kommunen, um flexibel auf den jährlich schwankenden Bedarf an Ganztagesbetreuung an den Schulen reagieren zu können“, erklärte Schmidt. „Der Bedarf steigt stetig und darum wollen wir das Angebot weiter ausbauen – auch an Feiertagen und in Ferienzeiten.“

Dreier lobte diese Initiative: „Der Landkreis Landshut ist bereits jetzt eine Zuzugsregion – weiche Standortfaktoren wie die Kinderbetreuung sind aber entscheidend, damit unsere Region langfristig attraktiv für Familien und Unternehmen bleibt. Darum sind wir sehr froh darüber, wie das bfz Landshut auch in diesem Bereich als starker Partner an der Seite unserer Kommunen steht.“

Das bfz Landshut hat elf Außenstellen in Niederbayern – unter anderem an den Standorten Vilsbiburg, Dingolfing, Landau, Straubing, Deggendorf und Regen. 150 festangestellte Mitarbeiter kümmern sich um die Betreuung von Seminarteilnehmern, Unternehmen und die Verwaltung. Das bfz Landshut hat bisher mit rund 5700 Firmen in der Region erfolgreich zusammengearbeitet. Bedeutsame Partner sind die Arbeitsagenturen, Jobcenter, Renten- und Unfallversicherungsträgern, Kommunen und Schulen. In ganz Bayern hat das bfz 24 Hauptstandorte und 150 Außenstellen, in denen allein 2016 rund 92.000 Teilnehmer in den verschiedenen Bildungsprojekten betreut wurden. □

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de



Über den ersten Preis freuten sich mit Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert (links) die Vertreter des Rieser Naturschutzvereins und des Wohnheims der Lebenshilfe in Nördlingen. □

Bezirk Schwaben verleiht Ehrenamtspreis

„Vieles von dem, was unsere Gesellschaft prägt und menschlich macht, findet ganz selbstverständlich und im Stillen statt“, betonte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert bei der Verleihung des Ehrenamtspreises „Miteinander“ des Bezirks Schwaben. Alle zwei Jahre zeichnet der Bezirk Initiativen und Projekte im sozialen Bereich aus, die sich in besonderer Weise ehrenamtlich um Menschen mit Behinderung, Pflege- und hilfebedürftige ältere Personen oder auch Kranke kümmern.

Mit dem 1. Preis und damit mit 3.000 Euro wurde der Rieser Naturschutzverein e. V. ausgezeichnet. Seit 23 Jahren beteiligen sich an den herbstlichen Einsätzen zur Landschaftspflege auch Bewohner der Wohnheime der Lebenshilfe Donau-Ries. Sie sorgen an den Tagen, an denen man in der Landschaft arbeitet, für die Verpflegung der aktiven Umweltschützer - oft bis zu 70 Personen - mit Speis und Trank. Beide Gruppen verbindet ein enges Verhältnis, man feiert auch zusammen Feste, geht gemeinsam auf Veranstaltungen. „Es ist ein kleines, aber sehr besonderes Projekt“, betont Volkmar Thumser, Bezirksrat (SPD) und Behinderntenbeauftragter des Schwäbischen Bezirkstages. „Die Jury hat sich dafür entschieden, weil es anderen Vereinen in ganz Schwaben zeigt, wie einfach es sein kann, Menschen mit Behinderung teilhaben zu lassen“, so Thumser.

Der mit 1.500 Euro dotierte 2. Preis geht 2017 an den Verein „kennen und verstehen e.V.“ im Landkreis Aichach-Friedberg. „Als diese Initiative vor 20 Jahren ins Leben gerufen wurde, war das durchaus etwas Ungewöhnliches“, so Jurymitglied Kerstin Asmussen von der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen in Augsburg. Das Besondere an diesem Engagement sei: „kennen und verstehen“ arbeite ehrenamtlich in einem nicht einfachen gesellschaftspolitischen Feld. „Und es ist ein Verein, in dem sich Betroffene, Angehörige, Interessierte und Profis gemeinsam um die Sache kümmern - also ein Bürgerverein im besten Sinne.“ Als Träger eigener Selbsthilfegruppen, als Veranstalter der Psychiatrietage im Landkreis, die alle zwei Jahre stattfinden und als Ansprechpartner für alle Belange in diesem Bereich sei der Verein nicht mehr aus dem sozialpsychiatrischen Angebot wegzudenken.

Der 3. Preis und damit verbunden 750 Euro ging heuer nach Kempten: Anerkannt wurde das außerordentlich hohe Engagement der Bewohnervertretung im Integrierten Wohnen (IWO), einer Wohnanlage des kommunalen Wohnungsunternehmens „die Sozialbau“. Durch zahlreiche gemeinsame Aktivitäten sorgte die ehrenamtlich aktive Bewohnervertretung für ein hervorragendes Miteinander der rund 150 Bewohner im IWO, das mit dem Motto „Das bunte Leben in der Brennergasse“ tatsächlich sehr gut beschrieben sei, so Gertrud Kreutmayr, Leiterin der Sozialverwaltung des Bezirks Schwaben und Jurymitglied. Gemeinsames Erleben werde großgeschrieben. Ganz selbstverständlich sei es dabei, dass Menschen mit Behinderung mit dabei seien, dass alle Aktivi-

täten so geplant werden, dass niemand ausgeschlossen werde. Erstmals vergab der Bezirk Schwaben 2017 zudem neben den „Miteinander“-Ehrenamtspreisen eine „Best-Practice-Anerkennung“. Damit sollen Projekte und Angebot öffentlich gewürdigt werden, die aus der hauptamtlichen Arbeit heraus entwickelt wurden.

Die diesjährige Anerkennung ging an ein Praxisprojekt, das junge Menschen und Menschen mit Behinderung auf besondere Art zusammenbringt. Der Anstoß dafür kam - und dies ist die Besonderheit - aus der freien Wirtschaft. Das Unternehmen „Rohde & Schwarz Messgerätebau GmbH Memmingen“ suchte einen Kooperationspartner im sozialen Bereich für ein Projekt für die Auszubildenden in der Firma. Gesucht und gefunden: Bei den Offenen Hilfen bei Regens Wagner in Memmingen.

Mit Unterstützung weiterer Akteure, unter anderem dem Behindertenbeirat der Stadt Memmingen und der kommunalen Behindertenbeauftragten Nicola Theim, wurden viele Ideen für ein Begegnungsprojekt von Auszubildenden und Menschen mit Behinderung entwickelt. Idee und Ziel war es, im Sinne der Inklusion Menschen mit Behinderung und junge Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen, zusammenzubringen und durch gemeinsame Aktivitäten Berührungspunkte auf beiden Seiten abzubauen.

22 Auszubildende aus dem 2. Lehrjahr von „Rohde & Schwarz Messgerätebau GmbH Memmingen“ waren von November 2015 an mit viel Engagement dabei. Alles begann mit einem Vortrag zum Thema „Menschen mit Behinderung“. Was dann folgte, war selbst für die Initiatoren erstaunlich: So besuchten die Azubis unter anderem bei Regens Wagner Lautrach die Wohngruppen, die Förderstätte und die Werkstatt, um mehr über den Alltag ihrer neuen Bekannten zu erfahren, im Gegenzug lernten die Regens Wagner-Teilnehmer die Produktion von Rohde & Schwarz kennen.

„Die Begegnung von anfangs unterschiedlichen Gruppen, vor allem aber auch das intensive Kennenlernen bei gemeinsamen Projekten war laut Jury ein hervorragendes Best-Practice-Beispiel für Inklusion, das durch das hohe Engagement der Mitarbeiter bei Regens Wagner, durch den Behindertenbeirat, aber auch durch die Offenheit der Verantwortlichen bei Rohde & Schwarz entstehen konnte“, würdigte Bezirksrat Wolfgang Böhner das Engagement. „Ein Vorbild hoffentlich auch für viele weitere Unternehmen im schwäbischen Raum.“ □

700 Jahre Markt Pfarrkirchen

Mit einer Festsitzung des Stadtrats hat Pfarrkirchen das Jubiläum „700 Jahre Marktrechte und kommunale Selbstverwaltung“ gefeiert. Im Hans-Reiffenstuel-Haus trafen zahlreiche Ehrengäste ein, um persönlich zu gratulieren - unter ihnen auch Kommunalminister Joachim Herrmann.

„An die gemeinsame Geschichte erinnern, aus der Vergangenheit Kraft für die Zukunft ziehen - dafür steht der heutige Tag“, betonte Herrmann und ergänzte: „Wer nach Pfarrkirchen kommt, spürt sofort: Ihre Wurzeln reichen weit zurück.“ Pfarrkirchen und seine idyllische Umgebung im Rottal dienten den Menschen bereits seit Jahrtausenden als hochgeschätzter Lebensraum. Ausgrabungen im Ortsteil Untergräching belegten, dass die Gegend bereits zur Jungsteinzeit vor ca. 7.000 Jahren besiedelt war.

Die erste urkundliche Erwähnung des Ortes als „Parrachiricha“ stammt aus dem 9. Jahrhundert und geht auf den damaligen Passauer Bischof Engilmar zurück. Bis ins 12. Jahrhundert besaßen die Pfalzgrafen von Kraiburg-Ortenburg Grafschaftsrechte im Rottal. Anschließend begann für Pfarrkirchen und die Burg Reichenberg die Ära unter den Wittelsbachern. Sie verliehen dem Ort im Jahr 1317 die Marktrechte und legten damit den Grundstein für das Jubiläum. In den darauffolgenden Jahrhunderten erlebte Pfarrkirchen eine Blütezeit und gewann zunehmend an Bedeutung - bis 1862 der nächste Meilenstein folgte: die Erhebung zur Stadt.

Kommunale Selbstverwaltung

„Heute“, so Herrmann, „stehen Pfarrkirchen und der ganze Landkreis Rottal-Inn hervorragend da. Bei Ihnen herrscht Vollbeschäftigung.“ Mit einer Arbeitslosigkeit von 2,6 % werde sogar noch der niederbayerische Spitzenwert von 2,7 % übertroffen.

Mit Blick auf die kommunale Selbstverwaltung der Stadt verwies der Minister auf die Städtebauförderung als ein wirksames Förderinstrument zur Stärkung und Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen. Pfarrkirchen sei seit 1983 in der Städtebauförderung und habe über die Jahre insgesamt fast 18 Millionen Euro erhalten. Damit seien bedeutende Zukunftsinvestitionen ermöglicht worden.

Auch für die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum setze man sich gemeinsam ein. So werde derzeit an verschiedenen Stellen der Stadt ein Leitsystem für Sehbehinderte und Blinde eingebaut und das Pflaster für leichte Be-

gebarkeit erneuert. Auch diese Maßnahmen würden mit der Städtebauförderung unterstützt.

Was die Erhaltung und den Ausbau des Straßennetzes angeht, „so werden wir mit geballter Investitionskraft auch Maßnahmen im Raum Pfarrkirchen voranbringen“, betonte Herrmann. Exemplarisch nannte er den dreistreifigen Ausbau zwischen Eggenfelden und Hebertsfelden in Höhe von aktuell geschätzten 16,5 Millionen Euro.

Beim Staatsstraßenhaushalt 2017 wiederum können laut Minister Maßnahmen wie die Ortsumgehungen Waldhof oder Neukirchen und Godelsham zielgerichtet vorangetrieben werden. Die Umgehungen Neukirchen/Godelsham konnte bereits Ende 2016 für den Verkehr freigegeben werden. Dieses Jahr werden die Restarbeiten abgeschlossen. Die Umgehungen Waldhof wird in wenigen Wochen eröffnet. Für beide Maßnahmen hat der Freistaat Bayern insgesamt rund 25 Millionen Euro investiert.

European Campus Rottal-Inn

Wie Joachim Herrmann feststellte, stärkt der Freistaat Bayern den niederbayerischen Raum auch durch eine zunehmende Regionalisierung im Hochschulbereich. So betreibt etwa die Technische Hochschule Deggendorf in Pfarrkirchen den European Campus Rottal-Inn, an dem zum WS 2015/2016 der Studienbetrieb aufgenommen worden ist. Inzwischen werden dort fünf englischsprachige Studiengänge angeboten, die von knapp 600 Studierenden belegt werden. Dieses Erfolgsmodell sei im endgültigen Ausbau auf eine Studierendenzahl von ca. 1.000 angelegt. Hierzu werde das Wissenschaftsministerium noch eine staatliche Hochbaumaßnahme anmelden.

„Ich bin mir sicher: Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Investitionen in Städte- und Straßenbau und schließlich auch ein umfassendes Sicherheitskonzept - mit dieser kraftvollen Trias machen wir unser Land fit für die Zukunft. Damit Pfarrkirchen, Niederbayern und ganz Bayern auch künftig lebens- und liebenswerte Heimat bleiben“, unterstrich Herrmann abschließend. **DK**

Inklusionspreise des Bezirks Unterfranken

Insgesamt fünf Sieger-Gruppen erhielten in Würzburg den mit insgesamt 12.500 Euro dotierten Unterfränkischen Inklusionspreis aus den Händen von Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel. Bei diesem Wettbewerb, der heuer zum dritten Mal ausgeschrieben wurde, wurden Projekte ausgezeichnet, die nach Dotzels Worten „die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung im Alltag nachhaltig und konkret verbessern oder einen spürbaren Beitrag zu ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft leisten“.

In der Kategorie „Arbeit“ gewann das Projekt „Arbeitsreif“ einer der mit jeweils 2.500 Euro dotierten Preise. In dem Projekt, das in enger Zusammenarbeit mit Jobcenter und Landratsämtern entstand, werden junge Menschen mit psychischen Erkrankungen auf eine Ausbildung oder auf den Arbeitsmarkt vorbereitet.

Im Bereich „Bildung und Erziehung“ ging der Preis an die Heilpädagogische Tagesstätte der Richard-Galmbacher-Schule und deren Projekt „Ringeln“ um ein selbstverständliches Miteinander von jungen Leuten mit und ohne Handicap. In der Kategorie „Freizeit, Kultur und Sport, Natur und

Umwelt“ vergab die Jury den Preis an die Aktion „Rudern für alle“ der Rudergemeinschaft Olympos Würzburg e.V. Das Symbol dieser Initiative ist unmissverständlich: Menschen mit und ohne Behinderung rudern gemeinsam, sie sitzen im wahrsten Sinn des Wortes in einem Boot.

Der Theaterworkshop im Wohnbereich des Jakob-Riedinger-Hauses in Würzburg wurde mit dem Inklusionspreis in der Kategorie „Wohnen“ ausgezeichnet. Zudem konnte sich der Freizeitsportgruppe im RSV Wollbach über den Sonderpreis „Vielfältiges Engagement für Inklusion“ freuen. In diesem Projekt sah die Jury ein Mus-



Die glücklichen Preisträger gemeinsam mit Landrat Franz Löffler (rechts). □

Landkreis Cham:

Innovationspreis für Hygieneschutz-Produkt

Der Landkreis Cham hat den Innovationspreis 2017 „Beste Aussichten“ an Anton und Sandro Heindl aus Roding für die 20-jährige Forschungs- und Entwicklungsarbeit und deren Hygieneschutz-Produkt „Ultra clean“ vergeben. Im Rahmen einer festlichen Innovationsgala in der Stadthalle Roding würdigten Landrat Franz Löffler und Laudatorin Renate Pollinger, Geschäftsführerin von TVA Regensburg, zusammen mit zahlreichen Gästen die neuen Preisträger.

„Absolut erstaunlich - überzeugend, einzigartig, tragfähig. Ultra clean geht mit Sandro Heindl von Roding in die Welt“, so Renate Pollinger.

Beste Antwort auf Wettbewerbsdruck

Landrat Franz Löffler zeigte auf, warum der Landkreis Cham nun schon zum sechsten Mal seit 2007 einen Innovationspreis vergibt: „Wir wollen damit eine Kultur der Innovation fördern und das Thema Innovation in der Öffentlichkeit noch stärker verankern. Innovative Maßnahmen sind die beste Antwort eines Unternehmens auf den zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck und Schlüsselfaktoren für Wachstum und Beschäftigung. Die Innovationsfähigkeit unserer kleinen und mittleren Unternehmen treibt die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region entscheidend voran. Wir unterstützen die Unternehmen dabei und sorgen für günstige Rahmenbedingungen.“

Pffiffige Ideen und Produkte

Neben dem Preisträger wurden auch die anderen 12 nominierten Unternehmen für ihre pffiffigen Ideen und Produkte geehrt. Ein besonderes Augenmerk legt der Landkreis Cham auf die Förderung des innovativen Nachwuchses. In der Kategorie „Nach-

wuchs“ wurden deshalb 17 Nachwuchspreisträger mit 26 Schülerinnen und Schülern geehrt.

Den Festvortrag hielt der Vorstandsvorsitzende der EOS Holding AG Dr. Hans J. Langer zum Thema „Wie Additive Herstellverfahren globale Wertschöpfungsketten verändern werden.“ □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken
GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Mütter, die nicht glücklich sind

In Würzburg gibt es seit Mitte 2016 ein Netzwerk für Krisen rund um die Geburt

Leon wollte nicht aufhören zu schreien. Den ganzen Vormittag ging das schon so. Tina L. (Name geändert) fühlte sich am Rande ihrer Kräfte. Die Tränen kamen ihr. Warum schaffte sie es so oft nicht, ihr Kind zu beruhigen? War sie nicht fähig, eine gute Mutter zu sein? „Das fragen sich viele Frauen in solchen Situationen“, meint Andreas Schrappe vom Evangelischen Beratungszentrum. Doch die wenigsten trauen sich, darüber zu sprechen, wie schwierig die ersten Monate mit ihrem Baby sind.

Mutter zu werden, ist etwas absolut Beglückendes – so verheißt es der „Muttermythos“. Doch das stimmt nicht. „Zwischen 10 und 15 Prozent aller Frauen geraten rund um die Geburt in eine depressive Verstimmung, manche bekommen eine echte Depression“, sagt Gabi Rottmann-Heidenreich von der Schwangerenberatungsstelle am Würzburger Gesundheitsamt. Zusammen mit Andreas Schrappe engagiert sie sich im „Netzwerk Peripartale Krisen“, das im Juni 2016 an den Start ging. Eine Vielzahl von Fachkräften setzt sich in diesem Verbund dafür ein, dass Frauen wie Tina L., die ihr Muttersein als seelisch belastend erleben, früher als bisher Hilfe erhalten.

Tina L. hatte sich sehr auf ihr erstes Baby gefreut. Das Kind war geplant, die Wohnung entsprechend eingerichtet, mit viel Liebe hatte Tina L. während der Schwangerschaft Kleidungsstücke und Spielsachen für Leon ausgesucht. Erfahrung mit kleinen Kindern hatte sie nicht. Leon war das erste Baby, das sie jemals in den Armen gehalten hatte. Dennoch hatte sie sich nicht allzu viele Gedanken gemacht, ob sie mit Leon klarkommen würde. Tina L. dachte, dass sie instinktiv spüren

würde, was ihr Kind braucht. Doch der Alltag mit dem Baby verlief schließlich ganz anders, als sie sich das gedacht hatte. Nicht zuletzt die schlaflosen Nächte setzten ihr massiv zu.

Drei Monate nach Leons Geburt wandte sich Tina L. an das Evangelische Beratungszentrum, weil sie fürchtete, dass sich ihr Sohn nicht normal entwickelt. Das, sagt Andreas Schrappe, ist typisch: „Die meisten Frauen kommen nicht wegen sich selbst.“ Im Beratungsgespräch stellte sich allerdings rasch heraus, dass es Tina L. seelisch gar nicht gut ging.

Peripartale Krisen

Von ihrer Beraterin hörte Tina L. zum ersten Mal den Ausdruck „Peripartale Krisen“. Sie war erstaunt, zu erfahren, dass es jeder siebten Frau rund um die Geburt erst einmal schlecht geht. 300 Frauen sind schätzungsweise pro Jahr in Würzburg von diesem Phänomen betroffen. „Ein Drittel gerät schon in der Schwangerschaft in eine Krise, ein Drittel unmittelbar nach der Geburt, ein weiteres Drittel danach“, erläutert Schrappe.

Treffen kann es jede Frau, bestätigt Gabi Rottmann-Heiden-

reich. Wobei das „Abenteuer Kind“ besonders häufig dann in eine Krise mündet, wenn die Mutter keinen Partner hat. Auch finanzielle Not oder mangelnde Unterstützung durch Freundinnen, die eigene Mutter oder die Oma erhöhen das Risiko, in eine Krise zu rutschen. Als weiterer Risikofaktor werden derzeit Kinderwunschbehandlungen diskutiert. Nach oft jahrelangem Bemühen, schwanger zu werden, sind die mit dem Kind verbundenen Erwartungen teilweise so hoch, dass die Realität, die hinter den Erwartungen zurückbleibt, Depressionen auslösen kann.

Hilfreiche Gespräche

Mitunter kann den Frauen durch einfache Tipps gut geholfen werden. Bei Tina L. beispielsweise war das Wichtigste, ihr wieder zu ein paar ruhigen Nächten zu verhelfen. Dafür sorgte ihr Mann. Er nahm sich einige Tage frei, ließ Leon nachts bei sich schlafen und sorgte dafür, dass sich seine Frau einmal richtig erholen konnte. Auch die Gespräche mit ihrem Mann über ihre Verstimmungen taten Tina L. gut. „Vorher hatte sie alles mit sich selbst ausgemacht“, schildert Schrappe. Hilfreich war schließlich, dass sich die 28-Jährige einer Freundin anvertraute – die sofort bereit war, Leon hin und wieder zu nehmen, um Tina L. zu entlasten.

Das Tabu brechen

Im „Netzwerk Peripartale Krisen“ wollen Gabi Rottmann-Heidenreich und Andreas Schrappe das Tabu brechen, das mit Depressionen rund um die Geburt verbunden ist. „Keine Frau muss sich über Wochen hinweg quälen“, betont Schrappe. Frauen aus Würzburg könnten sich an viele Anlaufstellen wenden, die bei Krisen rund um die Geburt helfen. Dazu gehören laut Rottmann-Heidenreich grundsätzlich alle Schwangerenberatungsstellen: „Denn wir sind, was viele nicht wissen, zuständig, bis das Kind drei Jahre alt ist.“ Auch Erziehungsberatungsstellen können kontaktiert werden.

Hilfe gibt es außerdem in der Mutter-Kind-Sprechstunde der Psychosomatischen Tagesklinik des Würzburger Uniklinikums. Auch die Uni-Frauenklinik hat eine Sprechstunde für Mütter in seelischen Krisen. Das Aktivbüro der Stadt schließlich bringt betroffene Frauen in Kontakt mit der angeleiteten Gruppe „Krise nach der Geburt. Mütter in seelischer Not“.

Pat Christ

kammer als Ausbildungsberuf anerkannt.

Dies wünscht sich Werkstattleiter Günter Scheuring auch von der Handwerkskammer in Unterfranken für die Beschäftigten der Werkstatt Sennfeld. Spezielle Berufszertifikate könnten den so Qualifizierten in einzelnen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes zu mehr Akzeptanz verhelfen. „Damit soll keine Konkurrenz zur klassischen Berufsausbildung geschaffen werden“, betonte Günter Scheuring, „sondern es geht darum, Menschen mit Behinderung für den ersten Arbeitsmarkt besser zu qualifizieren und soweit möglich zu integrieren.“

Auch Landrat Florian Töpfer richtete an die Handwerkskammer Unterfranken den Wunsch, die Lebenshilfe dabei zu unterstützen, Menschen mit Behinderung im Wirtschaftsleben besser zu integrieren. „Es geht nicht darum, Berufsbilder aufzuweichen“, so Landrat Töpfer, „sondern vielmehr Barrieren für eine bessere Integration aus dem Weg zu räumen.“

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Ja Sabrina, man muss mit der Zeit gehen. Elektromobilität ist ein Megathema in Zeiten von Dieselskandal und Grenzwertüberschreitungen allerorten. Da muss auch die Stadt ein Zeichen setzen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, setzte gerade seine Unterschrift unter die Bestellung eines neuen Dienstwagens mit reinem Elektroantrieb. Zwar muss auch die Stadt ihren Fuhrpark immer wieder erneuern, aber dennoch gab es große Diskussionen, ob wir schon ganz auf Elektroantrieb setzen sollten.

Die Reichweite des Dings – natürlich ein echter Bayer – ist eigentlich ideal für unsere Stadt. Da kann der nutzende Mitarbeiter den ganzen Tag emissionsfrei und leise unterwegs sein, bevor das Auto nach Dienstschluss wieder an die Steckdose kommt und über Nacht für den nächsten Tag geladen wird. Klar, die Stromzapfsäule ist eine

Schwimmbad, den Schulen bis hin zum Park-and-Ride-Platz.

Schon jetzt bekommt unsere Bauordnungsbehörde Anfragen, ob Eigentümer verpflichtet werden können, für ihre Mieter Ladestationen anzuschaffen oder zu dulden. Können Nachbarn gegen die Elektrotankstelle auf meinem Wohngrundstück Einspruch einlegen, wenn z. B. keine Stellplätze unter freiem Himmel, sondern nur

Garagen vorgesehen und letztere zu klein sind, die Ladestation aufzunehmen? Berechtigte und sicher auch unberechtigte Fragen, die aber von einer noch großen Verunsicherung zeugen, all überall.

Im Ergebnis werden es aber die Autohersteller selber in der Hand haben, ob das Elektroauto tatsächlich einen Siegeszug antritt. So praktisch es nämlich in der Stadt ist, das neue Dienstwägelchen, so ist die Reichweite für Überlandfahrten doch echt knapp bemessen. Für eine Fahrt zur Bezirksregierung reicht es zwar hin ganz gut, aber zurück ginge nicht ohne neues Aufladen – ohne ausgefakte Ladeinfrastruktur schwierig. Dann stellt sich ja nach dem Produktionsdesaster beim kleinen Tesla ganz grundsätzlich die Frage, ob überhaupt Fahrzeuge in genügender Stückzahl bereitgestellt werden können. Kurz und knapp: Alles hängt an der Batterietechnologie.

Mein Chef, der Bürgermeister, lässt sich da nicht beirren: Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt und bei diesen ersten Schritten soll auch unsere Stadt dabei sein. Denn – und da hat er Recht – Fortschritt basiert auch auf Erfahrung. So will er tatsächlich die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft verpflichten, in den Wohnanlagen Schritt für Schritt Elektrotankstellen anzubieten, ebenso an den großen Pendlerparkplätzen und dem großen Parkplatz an der Innenstadt. Immer auf Kurs Innovation, der Chef. Damit kann er im Übrigen auch nicht falsch liegen, wusste doch schon der römische Philosoph Seneca: „Der größte Teil des Fortschritts liegt schon im Willen zum Fortschritt.“

Quo vadis Elektroauto?

Extra-Investition, aber die muss eine nach vorne schauende Stadtverwaltung ohnedies über kurz oder lang tätigen, schon allein, weil wir ja auch unsere Mitarbeiter ermuntern wollen, sich den Kauf eines Stromers zu überlegen.

Wenn man erst einmal drin fährt, weiß man die neue Technik eh zu schätzen. Leise, ohne großes Geruckel und Gezuckel, spurtstark und angenehm, so empfinde ich das Fahren. Klar, bei Annehmlichkeiten wie Sitzheizung, beheiztem Lenkrad oder Klimaanlage hat man anders als im reinen Benziner immer den Stromverbrauch im Kopf, kommt aber in der Stadt nie an das Limit.

Aber gehört den Elektrofahrzeugen wirklich die Zukunft? Lassen wir uns überraschen. Jedenfalls bleibt noch viel zu tun. Denn die drei Ladesäulen in der Rathaustiefgarage und die eine auf dem Besucherparkplatz werden nicht ausreichen, um eine Offensive für die Elektromobilität zu flankieren. Im Gegenteil, wir bräuchten eine ganze Reihe von Ladestationen am Straßenrand und den öffentlichen Parkflächen, vom

the Sabrina

Lebenshilfe Schweinfurt :

Neue Pilotprojekte

Landrat Florian Töpfer hat zusammen mit Vertretern der Handwerkskammer, der Agentur für Arbeit, des Landratsamtes und Sennfelds 2. Bürgermeister Helmut Heimrich die Werkstatt für behinderte Menschen in Sennfeld besucht. Der Landkreischief zeigte sich beeindruckt und würdigte die wertvolle Arbeit, die in der Lebenshilfe Schweinfurt und der Werkstatt für behinderte Menschen geleistet werde: „Sie bietet einen wichtigen Sozialraum für die betroffenen Familien und erfüllt eine wichtige Aufgabe für die Region und den Wirtschaftsraum“, so Töpfer.

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises Schweinfurt organisiert einmal im Quartal einen Unternehmensbesuch, den Landrat Florian Töpfer als Arbeitstermin nutzt, um sich vor Ort bei den Firmenvertretern über aktuelle Themen und Herausforderungen zu informieren.

Als größte der sechs Werkstätten der Lebenshilfe Schweinfurt beschäftigt die Werkstatt Sennfeld rund 500 Mitarbeiter mit Handicap. Sie gewährleistet damit die Integration behinderter Menschen in die regionale Arbeitswelt. Als Lohnfertiger bietet sie namhaften Industrieunternehmen Montage-, Konfektionierungs- und Verpackungsarbeiten an. Auch Handwerksbetriebe und Privathaushalte gehören zu ihren Kunden.

Eine eigene Schreinerei und Schlosserei sind angeschlossen, in denen Holzspielzeuge und Wohn-Accessoires in Eigenproduktion gefertigt werden. Die Produkte werden umweltschonend aus einheimischen Hölzern gefertigt und sowohl in Serien- als auch in Einzelfertigung produziert. Neu ist die „Manufaktur Sennfeld“, hinter der sich der Zusammenschluss der beiden eben genannten Abteilungen verbirgt. Hier werden nach Kundenvorgaben Möbel, Treppen, Türen und andere Auftragsarbeiten angefertigt.

Werkstattleiter Günter Scheuring führte die Besuchergruppe um Landrat Florian Töpfer durch die Einrichtung, in der unter anderem die hauseigene Schreinerei und Schlosserei beschäftigt werden konnten. Im Anschluss an den Rundgang wurden die künftigen

Herausforderungen diskutiert, die sich für die Lebenshilfe unter anderem durch das neue Bundesteilhabegesetz ergeben. Demnach wird ab nächstem Jahr der Markt für andere Arbeitgeber geöffnet. Bisher war das Beschäftigungsangebot nur anerkannten Werkstätten vorbehalten. Für Menschen mit Behinderung bedeutet das mehr Möglichkeiten bei der Wahl der beruflichen Ausbildung und Beschäftigung.

Qualifizierungsmaßnahmen

Um auch für die Zukunft konkurrenzfähig zu bleiben, sollen verschiedene Projekte dabei helfen, die Bildungsmaßnahmen für die Beschäftigten zu vertiefen und Qualifizierungsmaßnahmen zu schaffen. Seit Januar bietet die Werkstatt Sennfeld daher ihren Beschäftigten die Qualifizierung zur „Produktionsassistentin“ an. Bei der auf zwei Jahre ausgedehnten Qualifizierungsmaßnahme sollen weitere Fähigkeiten entdeckt, die Aufgaben sukzessive erweitert und eigenverantwortlich übernommen werden, so Günter Scheuring.

Eine von der Werkstatt angebotene „Fachwerkerausbildung“ war ein weiteres Thema in der Diskussionsrunde. Die Mitarbeiter erlernen im Rahmen der Ausbildung Teilaufgaben wie beispielsweise Sägen und Fräsen und werden dann zur Unterstützung von Fachkräften eingesetzt. In Nordrhein-Westfalen wird dieses Konzept bereits erfolgreich umgesetzt und von Handwerkskammer sowie Industrie- und Handels-



LEADER-Bescheidübergabe „Infopavillon Neubürg“

Vor kurzem wurde der LEADER-Zuwendungsbescheid des Projekts „Infopavillon Neubürg“ seitens der LEADER-Förderstelle am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Münchberg an den Projektträger, den Verein „Rund um die Neubürg – Fränkische Schweiz e.V.“ übergeben. Ort der Übergabe war der vorgesehene Standort des Infopavillons am Wanderparkplatz des Tafelberges „Neubürg“.

Der Bescheid wurde von Jens Hofmann vom AELF Münchberg, der die Nachfolge des zu Beginn des Jahres in den Ruhestand verabschiedeten Dr. Landmann antrat, an Landrat Hermann Hübner, der zugleich 1. Vorsitzender des Vereins „Rund um die Neubürg“ ist, übergeben. Jens Hofmann ist seit diesem Jahr insbesondere für die finanzielle Abwicklung der LEADER-Projekte am AELF Münchberg zuständig.

Beim Projekt Infopavillon Neubürg handelt es sich um das erste LEADER-Projekt im Landkreis Bayreuth, das durch eine ILE-Allianz (Integrierte Ländliche Entwicklung) umgesetzt wird. Dies ist also eine weitere Art der Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberfranken in Bamberg, das das ILE-Management bezuschusst und dem AELF Münchberg. Als Gesamtkosten sind für dieses Projekt knapp 30.000 Euro veranschlagt, von denen 24.840 Euro als zuwendungsfähige Kosten mit maximal 14.900 Euro durch das LEADER-Programm gefördert werden können (60 % Nettoförderung).

Mit dem Infopavillon wird der Namensgeber und geographische Mittelpunkt der ILE, der Tafelberg „Neubürg“, aufgewertet. Neben dem frequentierten Parkplatz entsteht so ein Ort, der Touristen und Bevölkerung über das Gebiet Neubürg/Fränkische Schweiz informiert und dessen kulturelle und landschaftliche Besonderheiten herausstellt. Weiterhin dient der Pavillon auch als Sammelpunkt für geführte Touren und nicht zuletzt als Schutzhütte bei Schlechtwetter. Unser Bild zeigt von links: Gerhard Hänsel (LAG Bayreuther Land), Karl Lappe (Bürgermeister Mistelgau), Jens Hofmann (AELF Münchberg), Hermann Hübner (Landrat Bayreuth/1. Vorsitzender der ILE „Rund um die Neubürg“), Sascha Köpf (ILE-Manager „Rund um die Neubürg“).

Bild: Bernd Lippert

Integrationspreis der Regierung der Oberpfalz:

Initiativen und Impulse von der Basis

Zum ersten Mal wurden bei der Verleihung des Integrationspreises der Regierung der Oberpfalz die drei Gewinnkategorien Kommunen, Vereine und Schulen gebildet. Die Erstplatzierten wurden in Regensburg jeweils mit einem Preisgeld von 1.000 Euro ausgezeichnet, während sich die Zweitplatzierten jeweils über ein Preisgeld in Höhe von 700 Euro freuen durften.

Wie Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller betonte, „ist Integration eine Aufgabe, die unsere gesamte Gesellschaft betrifft. Als Oberpfälzerin freut es mich besonders, dass sich in meiner Heimat so viele Menschen für die Integration engagieren. Mein Dank gilt vor allem den heutigen Preisträgern, denn sie zeigen: Ob im Verein, der Schule oder vor Ort in der Gemeinde – hier in der Oberpfalz halten die Menschen zusammen. So bleibt Bayern auch in Zukunft das Land der gelungenen Integration.“

Sieger Lappersdorf

Der erste Preis in der Kategorie Kommunen ging an den Markt Lappersdorf. Das Netzwerk Integration und die zahlreichen Initiativen und Aktivitäten stehen dort unter dem Motto „Aus Fremden werden Freunde“.

Im November 2013 wurden die ersten Flüchtlinge einquartiert und schnell fanden sich Nachbarn zu einer Gruppe zusammen, um den Neuankömmlingen zu helfen.

Dieses Nachbarschaftsprojekt war der Anfang eines Netzwerks, das sehr schnell immer größer wurde.

Ein Patensystem mit Ehrenamtlichen begleitete eingewanderte Familien und Einzelpersonen und sorgte für einen reibungslosen Ablauf. Es entwickelte sich eine Vielzahl von Projekten, Aktionen, Festen und Hilfsangeboten. Eine wesentliche Rolle spielt für das Netzwerk auch die offene Ganztagschule der Mittelschule Lappersdorf.

Diese bietet eine Vielzahl an Aktionen, Hilfsangeboten, Koch- und Kunstaktionen für Kinder und Jugendliche gemeinsam mit deutschsprachigen Kindern der Regelklassen an.

Die mit dem 2. Preis gewürdigte Initiative „Sulzbach-Rosenberg hilft!“ engagiert sich beim Thema

Flüchtlinge mit dem Ziel, Neuankömmlingen Hilfe in Form von Sprachkursen, Sachspenden und Unterstützung bei Behördengängen bis hin zur Wohnungs- und Jobsuche anzubieten. Zudem soll das öffentliche Klima in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen durch die Arbeit der Initiative positiv beeinflusst werden.

Sulzbach-Rosenberg

Das Besondere in Sulzbach-Rosenberg ist, dass mit Hilfe der Mitbürger eine gelungene Initiative aufgebaut werden konnte, die neben allen Stadtratsparteien, Vereinen, Kirchen, sozialen Einrichtungen und befreundeten Initiativen Hilfe anbietet, um Flüchtlinge nachhaltig integrieren zu

können. Dabei verstehen die Mitwirkenden unter Integration nicht nur die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge, sondern insbesondere auch die Vermittlung und Umsetzung von Werten und Normen.

Mit dem 1. Preis in der Kategorie Vereine wurde CampusAsyl, eine Plattform der Regensburger Hochschulen, ausgezeichnet. Der gemeinnützige Verein setzt sich für unterschiedliche Projekte für Geflüchtete von Beginn ihrer Ankunft bis zur vollständigen Integration in die Gesellschaft ein. Hilfe und Begegnungen ermöglichen, Engagement stärken und Forschung fördern zählen dabei zu den Zielen des Vereins.

Diese werden mit Hilfe von 300 Freiwilligen umgesetzt, die durch 16 unterschiedliche Projekte ca. 600 Geflüchtete in vielfältigster Form regelmäßig erreichen. Dazu zählen unmittelbare Sachhilfen durch Kleiderspenden ebenso wie die Stabilisierung in

psychologisch angespannten Situationen, die Vermittlung von grundlegenden Deutschkenntnissen oder die Beratung und Unterstützung bei Behördenprozessen.

Besonders wertvoll an der Arbeit des Vereins sind die persönlichen Beziehungen, die zwischen Geflüchteten und Einheimischen entstehen. Gerade auf diesem Weg erleichtert der Verein vielen Migranten den Weg in einen geordneten Alltag vor Ort und stellt die Weichen in Richtung einer langfristigen Integration.

Der mit dem 2. Preis bedachte Sportverein Schönhaid definiert sich über sportliche Aktivitäten mit der Intension zur Einbindung unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge. Am Anfang standen dabei vor allem gemeinsame Feierlichkeiten, Ausflüge und Sport im Vordergrund, wodurch immer mehr Jugendliche auch für das Fußballspielen begeistert werden konnten. Gemeinsam mit den aktiven Spielern, der Stiftung „Lichtblicke“ und durch freiwillige Spenden aus dem Verein wurden Sportbekleidung, Schuhe und Schienbeinschoner für die Jugendlichen besorgt, Spielerpässe beantragt und Spielerberechtigungen erteilt.

Sportverein Schönhaid

Der Sportverein zeichnet sich zudem besonders dadurch aus, dass hier Integration nicht nach dem Training oder dem Schlussspielfeld endet, sondern die Jugendlichen auch bei der Vermittlung von Ausbildungsplätzen und bei der Wohnungssuche für volljährig gewordene Flüchtlinge intensiv unterstützt werden. Darüber hinaus unterstützt der Verein eine kleine Frauen-Gymnastikabteilung, in der bereits daran gearbeitet wird, auch geflüchtete Mädchen und Frauen für die regelmäßig stattfindenden Gymnastikstunden zu gewinnen. Somit leistet der Sportverein Schönhaid in vielerlei Hinsicht einen wertvollen Beitrag zu einer erfolgreichen Integration.

Besonders verdient gemacht

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen als Eigenbeilagen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH die Dokumentation der Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen sowie unsere Einladung zum Bayerischen BreitbandForum 2017 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

um die Partizipation und Integration der Schüler mit Migrationshintergrund und vor allem von Flüchtlingskindern hat sich die Grundschule Altstadt an der Waldnaab. Die offene Ganztagschule mit 174 Kindern, wovon etwa ein Drittel einen Migrationshintergrund hat, wurde in der Kategorie Schule mit dem 1. Preis ausgezeichnet.

Schule der Begegnung

Das alltägliche Schulleben steht hier unter dem Leitbild „Schule der Begegnung“ und zeichnet sich u. a. durch intensive Sprachförderung und Werteerziehung unter ethnischen Aspekten sowie Workshops für Lehrkräfte zum Verständnis im Umgang mit traumatisierten Kindern aus.

Unterstützung fand man hier besonders durch die ehrenamtlich tätige Dr. Dalal Makari-Pausch, die sich nicht nur um die Flüchtlingskinder, sondern auch um deren Familien kümmert. Makari-Pausch bezieht in ihre Arbeit mit den Schülern vor allem auch Theater- und Schattenspiel mit ein und ermöglicht den Kindern auf diese Weise, traumatische Erlebnisse besser zu verarbeiten.

Die weltoffene, aktive und tolerante Josef-Voit-Grundschule in Freihing mit 87 Schülern aus elf Nationen mit dem Leitbild „Wir sind gemeinsam unterwegs“ (2. Preis) macht Mut, Fremdes zuzulassen und Ansichten und Vorurteile zu überdenken. Ebenso will die Schule nicht nur Kinder untereinander integrieren, sondern auch deren Eltern miteinbeziehen, um den Kontakt und das gegenseitige Kennenlernen zu in-

tegrieren und zu fördern. Die alljährliche Teilnahme an der „Klösterlichen Weihnacht“ im Kurfürstlichen Zeughaus in Amberg unter dem Motto „Multikulti“ verkörpert das Leitbild der Schule mit Inhalt.

Herausragend in der Arbeit der Schule sind auch zwei Theaterstücke, die von der Arbeitsgemeinschaft Schulschauspiel eingeübt wurden. In dem Stück „Rabatz wegen Gröhatz“ wird gezeigt, wie leicht es ist, durch Vorurteile Unfrieden, Verunsicherung und Angst zwischen Menschen zu säen. Das Theaterstück „Jan sucht einen Freund“ handelt davon, wie wichtig zwischenmenschliche Kontakte sind.

Funktionierende Integration

Regierungspräsident Axel Bartelt wies darauf hin, dass in den vergangenen Jahren viele Menschen in die Oberpfalz gekommen seien, um hier in Frieden und Freiheit leben zu können. „Damit Integration funktionieren kann, müssen aber beide Seiten aufeinander zugehen“, so Bartelt. Einerseits müsse der Wille der „Neubürger“ vorhanden sein, sich in eine freiheitlich demokratische Gesellschaft integrieren zu wollen und keine Parallelgesellschaften zu bilden. Andererseits seien alle aufgefordert, sich in ihrem direkten Umfeld aktiv am Prozess der Integration zu beteiligen. Bartelt zufolge „brauchen wir Initiativen und Impulse von der Basis - empathische Menschen mit gegenseitigem, ehrlichem Interesse füreinander, wie es die Bewerber um den Integrationspreis zeigen.“ **DK**

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 9. November 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie · Breitband · Mobilfunk
- Kommunale Baupolitik
- Gestaltung öffentlicher Räume · Stadtmobil

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnenmaste + Fahnen



FAHNEN KÖSSINGER
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbekauf

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE
Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung



Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Veranstaltungsort

ESKARA-Arena
Savigneux-Platz 4, 84051 Essenbach

Termin

Donnerstag, 09. November 2017, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr

Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller

www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstalter

Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie die ESKARA-Arena Essenbach

Unter www.bayerisches-breitbandforum.de → Anfahrt können Sie direkt Ihre Route planen.

→ ÖPNV: Der Bahnhof Landshut ist 10 km entfernt. Von dort erreichen sie den Hauptbahnhof München in 45 Minuten.

→ PKW: Autobahn A92 Ausfahrt Landshut-Essenbach. Nach 3 km erreichen Sie Essenbach. Die ESKARA-Arena befindet sich direkt bei der Ortseinfahrt Essenbach.

Die Parkplätze sind ausgeschildert.
Bilden Sie nach Möglichkeit Fahrgemeinschaften.

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 5. Bayerischen BreitbandForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische GemeindeZeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-11
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-breitbandforum.de



Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat



5. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Donnerstag, 09. November 2017
Einlass 9:00 Uhr
ESKARA-Arena
Savigneux-Platz 4, 84051 Essenbach
www.bayerisches-breitbandforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die Themenübersicht.
Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-breitbandforum.de

ab 09:00 Eintreffen / Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Theresa von Hassel
Bayerische Gemeindezeitung

Grußworte

Landrat Peter Dreier
Landkreis Landshut

Aktueller Stand des Breitbandausbaus in Bayern |

Höfebonus und die Gigabit-Initiative

Ministerialdirigent Dr.-Ing. Rainer Bauer
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat

Glasfaser- & Sensorüberwachung für

kritische Infrastruktur

Falk Wagner
LASER COMPONENTS GmbH

Öffentliches WLAN! Was muss die Digitalisierung Deutschlands noch leisten?

Karsten Micke
hotplots GmbH

Der Glasfaserausbau der Deutschen Telekom

Udo Harbers
Telekom Deutschland GmbH

Vodafone Gigabit-Offensive

Rolf-Peter Scharfe
Vodafone GmbH

Das Betreibermodell |

Vorteile - Fördermittel - Erfolgsfaktoren

Dr. Henrik Bremer
Wirtschaftsrat Recht

Erfolgreiche GIS-Nutzung beim Breitbandausbau

Daniel Öfele
Esri Deutschland GmbH

DigiNetz Gesetz & Co. - Wie stellen wir uns den politischen Her- ausforderungen im Breitbandausbau?

Stefanie Wagner & Andreas Weber
REHAU AG+Co

Kommunalbetreuung

Robert Scholz
amplus AG

Ausschreibung und Umsetzung von Breitbandprojekten

RA Andreas Lange, Peer Welling und Roland Werb
Rödl & Partner & Corwese GmbH

Breitband-Förderung: Und jetzt?

Die nächsten Schritte Richtung Zukunft

Julian Behnen
MRK Media AG

Synergieeffekte in der Netzebene 3 und 4 aufgrund Digitalem Workflow und GU-Leistungen

Markus Kopp
SPIE SAG GmbH

ca. 17:00 Ende der Veranstaltung

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Acal Bfi Germany GmbH • amplus AG • Anedis GmbH • Bayerisches Breitbandzentrum • CobiNet Fernmelde- und Datennetzkomponenten GmbH • Corwese GmbH • ESKARA GmbH • Esri Deutschland GmbH • FiloForum Gruppe • G. A. Kettner GmbH • gabo Systemtechnik GmbH • Höpfinger GmbH & Co. KG • hotspots GmbH • Langmatz GmbH • LASER COMPONENTS GmbH • M-net Telekommunikations GmbH • Magellan - geoinform AG • miecom-Netzservice GmbH • Mönninghoff GmbH & Co. KG • MRK Media AG • Opternus GmbH • Rehau AG+Co • Rödl & Partner GbR • Romold GmbH • SPIE SAG GmbH • Telekom Deutschland GmbH • TV Bayern Live • Vodafone Kabel Deutschland GmbH • Wirtschaftsrat Recht

Anmeldung

Bitte melden Sie sich möglichst bis zum 1. November 2017 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 9.11.2017 am 5. Bayerischen BreitbandForum teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion |

Dienstanschrift

Tel.

eMail



Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als:

Kommunalvertreter
kostenfrei

GZ-Abonnent
55,-€
Kd.Nr.: _____

Wirtschaftsvertreter
95,-€



Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern

UnternehmerKonferenz 2017 der bayerischen Sparkassen Dynamische und digitale Märkte

Der Megatrend Digitalisierung hat inzwischen alle Lebens- und Arbeitsbereiche erfasst. Was früher ein Gespräch unter vier Augen gebracht hat, wird heute oftmals per Smartphone erledigt. Auch für den Mittelstand und die kommunale Verwaltung bietet der Einzug digitaler Prozesse und Vernetzungen Herausforderungen, aber auch große Chancen zur Effizienzsteigerung und Zukunftsfähigkeit – ganz nach dem Motto der 15. UnternehmerKonferenz im NürnbergConventionCenter NCC: „Erkennen. Handeln. Zukunftsfähig bleiben“.

Den Rahmen der UnternehmerKonferenz bildeten Impuls- und Keynote-Vorträge mit dem Chef-Volkswirt der BayernLB, Dr. Jürgen Michels, von Christoph Keese (Axel Springer) sowie dem Diplom Psychologen Dr. Hans-Georg Häusel. Ein Unternehmertalk zwischen dem FlixBus-Gründer Daniel Krauss und dem Vizepräsidenten des Sparkassenverbandes Bayern, Roland Schmautz, rundete das Programm ab. Daneben konnten sich die Teilnehmer aus einem breiten Themen-Spektrum an Fachvorträgen einen lohnenden Tagesablauf zusammenstellen.

Auch in diesem Jahr legte die UnternehmerKonferenz wieder einen Schwerpunkt auf die Chancen in der Regionalentwicklung. In den Vorträgen ging es dabei um „Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung“, „MINT-Allianz Bayern“ sowie „Resilienzorientierte Stadt- und Regionalentwicklung“.

Eingebettet in die UnternehmerKonferenz mit weit über 1.000 Teilnehmern war traditionell die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises. Diese höchste Auszeichnung für Unternehmer

in Bayern wird in sechs Kategorien für besondere und herausragende Erfolge beim Aufbau und Erhalt von Unternehmen verliehen.

Qualität der Gründungsvorhaben

Laut Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, ist der Freistaat nach wie vor ein gutes Pflaster für Existenzgründer aller Branchen. „Erfreulicherweise steigt auch die Qualität der Gründungsvorhaben, die wir finanzieren. So können wir immer mehr Anträgen zustimmen.“

Dies bestätigte Vizepräsident Roland Schmautz mit Blick auf die Nominierten für den Bayerischen Gründerpreis: „Die Jungunternehmer sind anders als früher, und das ganz branchenunabhängig. Sie präsentieren sich heute mit mehr Selbstbewusstsein, Professionalität und Klarheit als in früheren Jahren. Internationalität, Personalführungskompetenz, Ausbildungsstand, aber auch Soft Skills haben insgesamt sehr zugenommen.“ ■



„Wandel aktiv gestalten“

Dr. Ulrich Netzer

Sparkassen sind gefragte Kreditpartner

Der Fokus muss darauf gerichtet sein, den heutigen Erfolg auch in künftige Arbeitswelten zu verlängern und den anstehenden Wandel aktiv zu gestalten. „Wir Sparkassen wollen Mut machen für eine Wirtschaftskultur von Innovationsfreude, Entschlossenheit und Nachhaltigkeit, damit Arbeitsplätze geschaffen werden und die regionale Entwicklung gesichert bleibt“, stellte der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Ulrich Netzer, fest.

Er erachtet dies als besonders wichtig, „weil das Gründungsinteresse in Deutschland immer noch nachlässt“. In der Studie „Gründerreport 2017“ zeige der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, dass die Unternehmensgründungen inzwischen bereits seit sechs Jahren rückläufig sind. Das Nachlassen des Gründungsinteresses sei ein Spiegelbild der guten Konjunktur und der dementsprechend guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.



Dr. Ulrich Netzer,
Präsident des Sparkassenverbandes Bayern

men und Selbständigen bei den bayerischen Sparkassen um 4,2 Prozent auf knapp 65 Milliarden Euro an. 95 Prozent davon gingen direkt an die bayerische Realwirtschaft. „Hier zeigt sich, dass die mittelständische Struktur der Wirtschaft ihre perfekte Entsprechung in den regionalen Sparkassen findet“, erläuterte Netzer.

An Existenzgründer und Unternehmensnachfolger haben die bayerischen Sparkassen im vergangenen Jahr rund 205 Millionen Euro Kredite ausgereicht. Mehr als zwei Drittel der gesamten Gründungsfinanzierungen werden in Verbindung mit zinsgünstigen Krediten der staatlichen Förderinstitute KfW, LfA Förderbank Bayern und Landwirt-

schaftlicher Rentenbank vergeben, mit denen die bayerischen Sparkassen sehr eng zusammen arbeiten.

„Insgesamt stellen auch wir fest, dass die Anzahl der Gründungsvorhaben im Jahr 2016 abermals leicht rückläufig war“, betonte Ulrich Netzer. Dabei habe sich das Gewicht weiter von echten Neugründungen hin zu Unternehmensnachfolgen verschoben. So beteiligten sich die bayerischen Sparkassen 2016 an der Finanzierung von knapp 1.500 Existenzgründungsvorhaben und Unternehmensnachfolgen. Bei durchschnittlich knapp drei geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätzen bedeutet dies erneut die Schaffung oder Sicherung von ca. 4.500 Arbeitsplätzen. ■



Ökonomische Dynamik

Dieser Abflachung des Gründungsgeschehens wollen die bayerischen Sparkassen laut Netzer entgegen wirken, „denn nicht zuletzt von neuen unternehmerischen Initiativen hängt die zukünftige ökonomische Dynamik unseres Wirtschaftsraums ab.“

Ein Blick auf die Kreditvergabe an den gesamten Mittelstand zeige auch ein äußerst lebhaftes Finanzierungsinteresse, fuhr der Präsident fort. Die Sparkassen seien dabei weiterhin äußerst gefragte Kreditpartner. 2016 stieg daher der Kreditbestand der Unterneh-

Dr. Nina Hehn / KlimaKom eG

Die „große Transformation“ vor Ort gestalten: Resilienzorientierte Stadt- und Regionalentwicklung

2015 hat die Staatengemeinschaft in Paris ein Abkommen mit dem Ziel verabschiedet, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf 1,5 °C gegenüber dem langjährigen Mittelwert zu beschränken. Doch die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen dafür nach Darstellung von Projektberaterin Dr. Nina Hehn bei weitem nicht aus. Wenn es nicht zu gewaltigen und unkalkulierbaren Veränderungen unserer Lebensumstände kommen soll, die Wissenschaftler seit geraumer Zeit in Anbetracht des Klimawandels voraussagen, seien Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gefragt, die nötigen Schritte anzustoßen.

„Wir brauchen eine ‚große Transformation‘“, führte Hehn aus. Diese beschreibe die Notwendigkeit, einen tiefgreifenden (welt-)gesellschaftlichen Veränderungsprozess hin zu einer klimaschonenden und nachhaltigen Entwicklung zu gestalten.

Als Genossenschaft für Kommunalberatung unterstützt KlimaKom die Kommunen dabei, deren Zukunftsfähigkeit erfolgreich zu sichern. Gemeinsam werden passende Handlungsgrundlagen erarbeitet, damit die Klimaschutzziele sowie eine unabhängige, sichere und preisstabile Energieversorgung aus regionalen Quellen erreicht werden können. Durch strategische Konzeptentwicklung, gutachterliche Tätigkeiten und Netzwerkaufbau in umfassenden Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen werden Kommunen auf die Zukunft vorbereitet.

Im Forschungsprojekt „Resilienz im ländlichen Raum“ entwickelt KlimaKom Plattformen für zivilgesellschaftliche Vereinigungen und nachhaltig wirtschaftende Unternehmen mit dem Ziel, die Vulnerabilität von ländlichen, zum Teil strukturschwachen Regionen in Bayern zu verringern und ihre Lern- und

Transformationsfähigkeit zu stärken. Das Projekt wurde von der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Auftrag gegeben.

Als Strategien und Ansatzpunkte einer resilienzorientierten Stadt- und Regionalentwicklung nannte Hehn:

- **Eigene Planungs- und Gestaltungshoheit & Vorbild**
(Bauleit- und Verkehrsplanung, Beschaffung und Vergabe, eigene Liegenschaften, Fuhrpark, Stadtwerke, Wohnungsbau)
- **Resilienzfonds**
- **Alternative Wohnformen**
- **Formen gegenseitiger Hilfe und Leistungsaustausch**
(Soziale Kaufhäuser, Nahversorgungsläden, Crowdfunding, Elterninitiativen)
- **Kollektive Formen der Produktion und des Leistungsaustauschs**
(z.B. Repair Café, Stadtgärten, Upcycling)
- **Sharing Communities**
- **Resiliente Unternehmen**
(Genossenschaften, Kommunalunternehmen, Stiftungen)
- **Komplementärer Leistungsaustausch**
(Regionalgeld, Zeitbank)

Als Plattform für Vernetzung und Wissensaustausch in der Region ist das sog. Forum 1.5 vor wenigen Monaten erfolgreich an den Start gegangen. Die Forum 1.5-Idee geht auf eine Initiative der Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung der Universität Bayreuth unter Leitung von Prof. Dr. Manfred Miosga zurück. Ziel ist es, ein sog. Reallabor anzustoßen, in dem verschiedene Handlungsmöglichkeiten erprobt und getestet werden. Langfristig sollen so neue Entwicklungspfade beschrritten und Wissen generiert werden. ■

Jens Ehlers / Versicherungskammer Bayern

Betriebliche Vorsorge in einem dynamischen Marktumfeld

Auch im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge ist die Versicherungskammer Bayern seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner der Kommunen. Nachhaltige Partnerschaft laute die Maxime, stellte Organisationsdirektor Jens Ehlers fest.

Laut Ehlers macht das Betriebsrentenstärkungsgesetz (BRSG) die betriebliche Altersvorsorge (bAV) künftig noch attraktiver und stärkt die Vorsorgebereitschaft in den Unternehmen. Das Betriebsrentenstärkungsgesetz bietet somit einen guten Anlass, das wichtige Thema „ergänzende betriebliche Altersvorsorge“ auch in den Verwaltungen sowie den Einrichtungen und kommunalen Betrieben erneut aufzugreifen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Möglichkeiten informieren zu lassen.

Das mit der S-Finanzgruppe/Versicherungskammer Bayern vereinbarte und langjährig bewährte Rahmenabkommen auf Grundlage des Tarifvertrages zur Entgeltumwandlung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im kommunalen öffentlichen Dienst (TV-EUZmw/VKA) besteht weiterhin uneingeschränkt in der bisherigen Ausgestaltung fort.

Die S-Finanzgruppe/Versicherungskammer Bayern wird ergänzend zu der bisher bereits



Mitarbeiter der Versicherungskammer Bayern

bekanntes und durch das BRSG weiterentwickeltes betriebliches Altersvorsorge auch im Bereich der Zielrente ab 2018 ein leistungsfähiges Angebot vorhalten.

„Unsere Mission lautet: Die Altersversorgung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber einfach, schnell und professionell ohne großen Aufwand bereitstellen“, erläuterte Ehlers. ■

Informationen unter:
www.vkb.de



„Angebot anregen und Bildung
in der Region fördern“

vl. Natalie Dees M.A., Initiative Junge Forscherinnen und Forscher e.V. (IJF)
Susanna Wolf M.A., Bayerische Sparkassenstiftung, Dr. Ingo Krüger, Bayerische Sparkassenstiftung

MINT-Allianz Bayern

So kann man die Zukunft zur eigenen Idee machen

Erfolgreiche Nachwuchsförderung im MINT-Bereich (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) braucht engagierte Partner, die regional in einem starken Netzwerk agieren und ihre Kompetenzen einbringen. Daher haben die Bayerische Sparkassenstiftung und die Initiative Junge Forscherinnen und Forscher e.V. (IJF) bereits 2013 die MINT-Allianz Bayern gegründet, wie Dr. Ingo Krüger, geschäftsführender Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung, und IJF-Geschäftsführer Christoph Petschenka erläuterten.

Bislang wurden von den beiden Förderpartnern gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort vier Netzwerke in den Regionen Ingolstadt, Hochfranken, Mainfranken und Augsburg aufgebaut. Deren Aufgabe ist es, bereits vorhandene Bildungsangebote und MINT-Akteure vor Ort besser zu vernetzen, in Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen bedarfsgerecht neue Angebote anzuregen und so die Bildung in der Region zu fördern.

In die Planung der MINT-Regionen sind von Anfang an sowohl regionale MINT-Akteure und Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Hochschulen, Bildungsinitiativen oder Forschungseinrichtungen als auch Kommunen, Verbände, Kammern, Behörden und Unternehmen einbezogen. Unterstützung kommt auch von Seiten der Sparkassen.

„Uns ist es wichtig, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit inhaltlich aufeinander abgestimmten MINT-Angeboten vom Kindergarten bis zu Ausbildung oder Studium in den Regionen Bayerns zu verbessern“, betonte Dr. Ingo Krüger. Zwar gebe es bereits viele lokale Aktionen, jedoch fehle es noch immer an Transparenz und einer entsprechenden Koordination sowie dem Wissen darum, was die Region braucht. Hier setze die MINT-Allianz Bayern an.

Lokale Wirtschaft stärken

Christoph Petschenka ergänzte: „Unser Ziel ist es, die naturwissenschaftlich-technische Nachwuchsförderung vor Ort auszubauen und damit die Zukunftsfähigkeit von Regionen zu sichern. Sie ist ein Garant dafür, jungen Menschen berufliche Perspektiven aufzuzeigen, sich dem Fachkräftemangel entgegenzustellen und die lokale Wirtschaftskraft zu stärken.“

Mit dem Programm „MINT-Netz Bayern“ fördert auch die Bayerische Staatsregierung unter Federführung des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst

die Bildung regionaler MINT-Netzwerke nach dem Vorbild der MINT-Allianz Bayern. Es wurden acht Regionen ausgewählt, die sich über einen Zeitraum von zwei Jahren zu neuen funktionsfähigen regionalen MINT-Netzen entwickeln wollen.

Auch die Münchener Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. hat sich der MINT-Förderung verschrieben, wie Michael Vogel, Abteilungsleiter Personalmarketing, darlegte. „Mehr Frauen in die angewandte Forschung“ sei erklärtes Ziel von Fraunhofer. Hierzu sei ein umfassendes Förderkonzept mit Instrumenten und Projekten aufgesetzt worden. Wesentliche Elemente sind beispielsweise eine breit angelegte Zusammenarbeit mit Schulen und gezielte Personalentwicklungsprogramme.

„Fraunhofer TALENTA“ sei direkt auf die Bedürfnisse in der jeweiligen Karrierephase zugeschnitten und biete entsprechende Qualifizierungsangebote. Mit der sog. Karrierezeit schaffe Fraunhofer im Berufsalltag den nötigen Freiraum für die eigene fachliche Weiterentwicklung.

Das Förderprogramm „Fraunhofer Attract“ wiederum soll hervorragenden externen Forschern die Möglichkeit geben, ihre Ideen bei Fraunhofer anwendungsorientiert weiterzuentwickeln. Der Wissenschaftlerin oder dem Wissenschaftler steht hierzu über höchstens fünf Jahre ein Budget von maximal 2,5 Mio. Euro zu Verfügung, um eine Gruppe aufzubauen und zu leiten.

Fazit: MINT-Bildung gelingt besonders gut, wenn sie auf den spezifischen Bedarf der jeweiligen Region zugeschnitten ist und zugleich die regionalen Ressourcen optimal koordiniert und weiterentwickelt werden. ■

Weitere Infos unter:

www.bayerische-sparkassenstiftung.de

www.initiative-junge-forscher.de, www.fraunhofer.de

Dr. Hans-Georg Häusel

Blick ins Gehirn:

Was Kunden heute und morgen wirklich wollen

Die moderne Gehirnforschung zeigt, dass weit über 70 Prozent der Kaufentscheidungen auf unbewusste Kräfte zurückgehen – im Firmenkundenbereich und auch bei kommunalen Entscheidungen. Unternehmen, die wissen, wie Kaufentscheidungen im Kundengehirn ablaufen und wie man sie beeinflussen kann, gehören zu den Gewinnern. Denn sie haben verstanden, wie die Kombination von Website, (Verkaufs-)Gespräch und anschließendem Service zu positiven Ergebnissen führen kann.

Der Diplompsychologe Dr. Hans-Georg Häusel klärte darüber auf, was zu beachten ist, wenn man bei seinen Kunden nachhaltig im Gedächtnis bleiben will. Hierzu hat der Hirnforscher mit „Limbic“ ein Motiv- und Emotionsstruktur-Modell



entwickelt, das sowohl in seiner wissenschaftlichen Fundierung als auch in seiner praktischen Anwendung für das Marketing derzeit einzigartig ist und die modernsten Erkenntnisse und Disziplinen der Psychologie, Neurobiologie, Soziologie und Philosophie vereint.

Neben den grundlegenden Vitalbedürfnissen wie Nahrung, Schlaf und Atmung gibt es Häusel zufolge drei Motiv- und Emotionssysteme, die das gesamte Leben der Menschen bestimmen: Balance, Dominanz und Stimulanz. Daneben existieren weitere „Submodule“, die sich im Laufe der Evolution herausgebildet haben: Bindung, Fürsorge, Spiel, Jagd/Beute, Raufen, Appetit/ Ekel und Sexualität. In der Limbic Map werden diese zentralen Emotionssysteme in einen Zusammenhang gebracht. Dort lassen sich dann Kunden oder Zielgruppen bezüglich ihrer Präferenzen verorten.

Fazit: Eine ebenso faszinierende wie höchst unterhaltsame Reise durch das menschliche Gehirn. ■

Eugen Klumpp / DekaBank

Zeitwertkonten – Herausforderungen der Arbeitswelt von morgen heute gestalten

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels mit alternden Belegschaften, der Globalisierung und drohendem Fachkräftemangel sind kommunale Unternehmen gut aufgestellt, wenn sie erfahrene und engagierte Fachkräfte gewinnen, an sich binden und Investitionen in ihre Motivation und Leistungsfähigkeit tätigen. Unternehmen, die von ihren Mitarbeitern nicht nur Flexibilität einfordern, sondern ihnen auch entsprechende Freiräume bieten, sind attraktiv und können im Wettbewerb um beste Köpfe punkten.

Irgendwann geht auch die engagierteste Mitarbeiterin oder der erfahrenste Mitarbeiter in Rente, auch im kommunalen Bereich. Zeitwertkonten ermöglichen, den Ausstieg aus dem Berufsleben sanft zu gestalten. Davon profitiert auch das Unternehmen, weil Know-how nicht abrupt verloren geht, sondern zuverlässig an jüngere Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden kann.

Die Arbeitszeitkonten der DekaBank bieten laut Eugen Klumpp, Abteilungsleiter Vorsorgemanagement und Betriebliches Fondssparen, die Möglichkeit, den

bestmöglichen Einklang zwischen Berufs- und Privatleben zu erreichen. Sogenannte Zeitwertkonten zielen dabei auf eine längerfristige Freistellung von der Beschäftigung und sind ein wichtiges Instrument zur Steuerung des Personaleinsatzes. Zudem können sie als Ersatz für Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen dienen.



Mitarbeiter am Stand der DekaBank

Das Prinzip von Zeitwertkonten ist denkbar einfach: Pro Arbeitgeber wird ein Deka-Bank Depot eröffnet. Die Arbeitnehmer bringen Zeiteinheiten und/oder Entgeltbestandteile in das Deka-ZeitDepot ein, etwa aus dem laufenden Gehalt, aus Prämien, Bonus, Sonderzahlungen, Resturlaubstagen oder Überstunden.

Die Anlage der Wertguthaben erfolgt brutto, d.h. vor dem Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Bei Bedarf können die angesparten Wertguthaben nach Abstimmung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für langfristige Freistellungen vom Arbeitsprozess (Langzeitkonto) oder für eine Verkürzung der aktiven Erwerbsphase unmittelbar vor Renteneinstieg (Lebensarbeitszeitkonto) genutzt werden. Die Besteuerung und Verbeitragung erfolgt nachgelagert, d.h. bei Auszahlung der Wertguthaben an den Arbeitnehmer.

Langfristige Kundenbetreuung

DekaBank und bayerische Sparkassen sorgen für die Beratung und Einrichtung des innovativen Produkts und für eine langfristige Betreuung des Kunden. Durch eine automatisierte Administration wird eine stabile Online-Plattform geschaffen. ■

Informationen rund um das Thema

„Arbeitszeitkonten mit Fonds“:

www.deka-zeitdepot.de

bzw. www.deka.de

Michael Diepold / AKDB

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung – Auswirkungen und Herausforderungen für die Wirtschaft



Michael Diepold, AKDB

Getrieben von gesetzlichen Vorgaben und von Anforderungen der Bürger und der Wirtschaft ist die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf dem Vormarsch. Bürger profitieren vielerorts bereits von den Online-Prozessen, die ihre Kommunen anbieten.

Moderne Verwaltungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Effizienz und Effektivität ihrer Prozesse steigern, aber auch ihren Bürgerinnen und Bürgern

eine hohe Servicequalität bieten wollen. Diese erwarten von eGovernment, dass Verwaltungsvorgänge vollständig und sicher online abgewickelt werden können.

Bürgerservice-Portal

Mit Lösungen wie dem Bürgerservice-Portal der AKDB können Kommunen laut Michael Diepold, Leiter des Geschäftsfeldes eGovernment, Bürgern und seit kurzem auch Unternehmen Verwaltungsdienstleistungen medienbruchfrei über das Internet anbieten – und das rund um die Uhr. Zentrale Bausteine sind dabei die Authentifizierung über das Bürgerkonto, eine sichere Kommunikation mit dem Postkorb und das ePayment für eine einfache Bezahlabwicklung. Bundesweit offerieren mittlerweile über 1.000 Kommunen mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB Online-Dienstleistungen rund um die Uhr.

Mit dem neuen Basisdienst Unternehmenskonto, der über das Bürgerservice-Portal der AKDB aufgerufen werden kann, wurde der Zugang zu Portal-Diensten für juristische Personen erweitert. So können zum Beispiel Vermieter und Wohnungsgeberbestätigung Ein- und Auszüge ihrer Mieter online an die Meldebehörde übermitteln. Vertretungsberechtigte Mitarbeiter einer Wohnbaugesellschaft können sich sicher registrieren und Vorgänge an die zuständige Behörde melden.

Medienbruchfreier Prozess

Gut genutzt werden kann das Unternehmenskonto auch im Zusammenhang mit der medienbruchfreien Außerbetriebsetzung von Kraftfahrzeugen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, neben den Fachverfahren auch eigene Online-Dienste in das Bürgerservice-Portal einzubinden. ■

Bayerischer Gründerpreis 2017

Von Aquakultur bis Ziegelimperium

Mit dem heuer bereits 15. Bayerischen Gründerpreis wurden wieder vorbildliche Leistungen in der Entwicklung und beim Ausbau von innovativen und tragfähigen Geschäftsideen ausgezeichnet. Wie der Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbandes Roland Schmautz unterstrich, „erstreckt sich die ausgesprochen hohe Qualität der Konzepte und Unternehmensstrategien über alle Kategorien des Gründerpreises und auch über alle Branchen“.

„Wir sehen heuer die Fortsetzung des Trends zur Internationalisierung der Unternehmen“, ergänzte Schmautz. Der heimische Standort bleibe immer öfter nicht der einzige. Die Arbeitswelten der Zukunft würden hier schon gelebt – die bayerischen Unternehmen stellten sich frühzeitig auf ein globalisiertes Umfeld ein.

In der Kategorie „Konzept“ gewann das Münchener StartUp flissade. Das Unternehmen entwickelt ein revolutionäres Raumkonzept für flächeneffizientes Wohnen in der Stadt von morgen: flissade ist Innenraum und Außenraum zugleich – an schönen Tagen Balkon, bei schlechtem Wetter kostbarer Wohnraum. Durch eine bewegliche Gebäudehülle kann der Wohnraum je nach Wunsch und jederzeit schwellenlos erweitert werden. Das junge Unternehmen aus dem Bereich Smart Cities hinterfragt konventionelle Wohntypologien und gibt damit neue Antworten auf die aktuellen Herausforderungen der Wohnraumknappheit. Durch das innovative Raumkonzept können insbesondere im urbanen Umfeld bis zu 15 Prozent mehr Wohnfläche im Vergleich zu konventionellen Wohngebäuden geschaffen werden.

Mit dem Bayerischen Gründerpreis in der Sparte „StartUp“ wurde die Crusta Nova GmbH aus Langenpreising (Landkreis Erding) ausgezeichnet – eine Firma, die mitten in Bayern Krustentiere züchtet. Das oberbayerische Unternehmen züchtet in einer nachhaltigen Aquakultur artgerecht und ohne den Einsatz von Chemikalien Salzwassergarnelen. Weil die bayerische Garnele niemals tiefgefroren wird, hat man sie so frisch auf dem Tisch, als lebte man direkt am Meer. Crusta Nova ist 2016 in den Markt eingetreten, die Gambas werden von der Spitzengastronomie und dem Fischeinzelhandel begeistert aufgenommen.

Starkes Wachstum und Innovationsfreude

Als Preisträger der Kategorie „Aufsteiger“ präsentiert sich die D&K Spezialtiefbau GmbH & Co. KG aus Bad Grönenbach im Allgäu. Vor vier Jahren erst wurde der Baubetrieb aufgenommen, doch mittlerweile gehört sie schon zu den etablierten und führenden Baufirmen im Bereich des Spezialtief- und Grundbaus im süddeutschen Raum. Starkes Wachstum, hohe Innovationsfreude und ein hochmotiviertes Team von jungen Bauleitern zeichnen die Firma aus. Von zwei Mitarbeitern auf 55 und →



Preisträger und Laudatoren des Bayerischen Gründerpreises 2017

einen Umsatz von mehr als 12 Millionen Euro hat sich der Nischenanbieter für Spezialiiefbau zum regionalen Marktführer entwickelt und expandiert auch weiterhin.

In der Kategorie „Nachfolge“ ging die MAUSS-BAU GmbH & Co. KG aus Erlangen als Sieger hervor. 1887 gegründet, wird sie mittlerweile in der fünften Familiengeneration durch Sofia und Philipp Schneider geführt. Während der 130 Jahre währenden Geschäftstätigkeit kamen immer mehr Sparten rund um das Thema Bauen und Immobilie hinzu. Heute gehören das breit aufgestellte Dienstleistungsportfolio, aber auch das Engagement jenseits des Tellerrands in einer eigenen Stiftung zu entscheidenden Erfolgsfaktoren der MAUSS-Unternehmensgruppe. Mit dem Generationenwechsel hat die Gruppe jetzt nochmals eine neue Struktur mit hoher Innovationskraft bekommen und seitdem mehr als 200 Arbeitsplätze geschaffen. So ist der Schritt hin zu einem modernen Unternehmen gelungen, das dennoch ein Familienbetrieb bleibt.

Der Sonderpreis erhielt die Grandl Futtermittel GmbH & Co. KG im oberbayerischen Soyen. In Zeiten der Standardisierung hat sie sich zu einem Pionier der Futtermittelbranche gemauert, der individuell zugeschnittene Spezialfuttermischungen für die optimale Ernährung in der Viehhaltung produziert. Jeder Landwirt kann genau die Getreide- und Eiweißmischung bestellen, die er auf seinem Hof braucht, betrachtet man die sonstigen individuellen Ernährungsverhältnisse vor Ort. Dabei ist das fundierte Wissen über die Fütterung der Grundstein der Firma Grandl Futtermittel, die selbst aus der Perspektive eines aktiven Landwirts agiert. Bis heute hat sich daraus ein Betrieb mit 17 Mitarbeitern und einem Kundenstamm von ca. 500 Betrieben entwickelt.

Lebenswerk

Der Preis für das Lebenswerk wurde schließlich an Ludwig Girnghuber senior und die GIMA GmbH nach Marklkofen in Niederbayern vergeben. Ein traditionsreicher Baustoff und ein Familienunternehmen mit Weitblick: Seit mehr als 110 Jahren liefert die Girnghuber GmbH, besser bekannt als GIMA, Ziegel aller Art mittlerweile in die ganze Welt. Die Produktpalette um-

fasst klassische Dachziegel, die die Schwesterfirma ERLUS vermarktet, Ziegel für die Wand und Pflasterklinker für den Boden, feingliedrige Fassadenklinker und großformatige Ziegelplatten für hinterlüftete Fassadensysteme, die von der Tochtergesellschaft Moeding Keramikfassaden vertrieben werden. Die große Vielfalt ist gepaart mit einer hohen Innovationsbereitschaft für jede Anforderung eine individuelle Lösung zu finden und den Kunden stets mit Spezial- und Sonderlösungen zu begeistern.

In Zusammenarbeit mit Architekten und Planern entwickelt das Unternehmen immer neue Oberflächen, Farben und Formen für verschiedenste Bauaufgaben in Architektur und Stadtgestaltung – jüngst zum Beispiel für den spektakulären Erweiterungsbau der Tate Modern von Herzog & de Meuron Architekten in London: Das perforierte Klinkerkleid verleiht der Gebäudehülle eine spannungsreiche Plastizität und interpretiert die klassische Ziegelfassade neu. Mit großformatigen und gebogenen keramischen Fassadenplatten wird zudem derzeit in München das TranslaTUM, ein neues Forschungsgebäude des Klinikums Rechts der Isar von Doranth Post Architekten, fertiggestellt.

Die Sieger-Beispiele zeigen: Einmal mehr ermutigte der Bayerische Gründerpreis erfolgreich zu Innovationsfreude und Entschlossenheit. ■



Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern

IMPRESSIONEN



Termin für 2018

Die nächste Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen findet am 12. Juli 2018 im NürnbergConvention Center NCC Ost der MesseNürnberg statt.

Informationen:
www.unternehmerkonferenz.de

Kontakt:
Andrea Bastian
Tel.: 089/2173-1377
Fax: 089/2173-1393;
eMail: andrea.bastian@svb-muc.de

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 20/2017

Redaktion: Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Bildrechte: Sparkassenverband Bayern
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg